



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

Die 1970er und 1980er Jahre als wirtschafts- und gesellschaftspolitische Wendezeit.

Die Stahlindustrie und ihre Krise in der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien 1973-1982. Hochphase und Anfang vom Ende eines Gesellschaftsentwurfes.

verfasst von / submitted by

Maximilian Schauer

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2020 / Vienna, 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 190 313 445

Studienrichtung lt. Studienblatt
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

Lehramtstudium
UF Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung
UF Biologie und Umweltkunde

Betreut von / Supervisor

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Eigner

Vorwort

Die Idee zu dieser Arbeit kam mir auf dem nordspanischen Jakobsweg. Genauer, als ich an einem großen integrierten Stahlwerk, welches noch zu Zeiten von Francos Autarkiebestrebungen errichtet wurde, vorbeimarschierte. Das Werk war noch in Betrieb, allerdings sah es schon sehr veraltet aus, und wie viele Stahlwerke in Europa gehört es mittlerweile zu ArcelorMittal. Über die Schönheit dieser Werke lässt sich streiten, allerdings stellen sie mit Sicherheit einen Blickfang dar und auch das Leben und die regionalen Gesellschaften blieben davon sicher nicht unbeeinflusst. Da ich in Oberösterreich aufwuchs und die Landeshauptstadt von einer ähnlichen Kulisse geprägt ist, tangierte mich diese Art der Industrie schon immer mehr oder weniger. Im Zuge meines Studiums interessierte mich besonders die Transitionsphase in Westeuropa, welche in den 1970er Jahren begann. In diesem Jahrzehnt begann auch für die europäische Eisen- und Stahlindustrie ein Veränderungsprozess, welcher nach stetigem Wachstum nun eine Phase der Schrumpfung und des Rückgangs einleitete. Die Auswirkungen dieses Prozesses und die Wechselwirkungen mit der allgemeinen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklung in den 1970er und 1980er Jahren sollen das Thema dieser Arbeit werden, in dessen Verlauf zahlreiche Städte ihren weithin sichtbaren Industriecharakter verloren, indem ganze, stadtteilgroße Stahlwerke verschwanden. Infolgedessen verringerte sich auch der Einfluss der Industriearbeiterschaft und somit auch der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien nach ihrem *alten* Selbstverständnis. Dadurch erhielten neue Ideen Auftrieb. Ideen, die dazu führten, dass 1979 Margaret Thatcher in Großbritannien an die Macht kam und 1982 in der BRD die „Geistig-moralische Wende“ ausgerufen wurde. Was danach kam, ist Geschichte. Als *Millenial* bekommt man den Eindruck, dass der Prozess, welcher in den 1970er Jahren angestoßen wurde, nach wie vor nicht zu Ende ist – eine sehr europäische Sichtweise, denn die lange Stabilitätsphase in der Nachkriegszeit war ein sehr *westliches* Phänomen. Trotz aller Krisen produzieren die beiden Hochöfen im spanischen Gijon nach wie vor munter Roheisen. Wie lange noch? Das wird sich zeigen.

Mein Dank gilt meiner Familie für die vielfältige Unterstützung und Rückhalt, Herrn Prof. Peter Eigner für umfassende Betreuung und Hilfestellung sowie Helga Schauer und Jasmin Klossek für Hilfe und Lektorat.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	6
a. Kontextualisierung	6
b. Erkenntnisinteresse und Forschungsstand	9
c. Verlauf der Arbeit.....	10
d. Begriffsbestimmungen	12
e. Methode.....	22
2. Das goldene Zeitalter (1945-1973/75)	24
a. Wirtschaftswunder, Arbeitsgesellschaft und Schwerindustrie.....	24
i. Die BRD	24
ii. Großbritannien	31
b. Konsens, Ford, Keynes und Bretton Woods.....	41
c. Wohlfahrt, Planungssicherheit und Prosperität? Entwicklungen bis in die 1970er Jahre. 47	
i. Die BRD	47
ii. Großbritannien	53
3. Krise(n)!	57
a. Wendejahr 1973.....	57
i. Erste Ölpreiskrise.....	58
ii. Bretton Woods und Inflation.....	62
b. Die 1970er Jahre als Jahrzehnt der Krisen	65
c. Stahlkrise und Krise der Arbeitnehmersgesellschaft.....	75
i. Die europäische Eisen- und Stahlindustrie in der Krise.....	75

ii.	Die Krise der Arbeitnehmergeinschaft.....	94
iii.	Wechselwirkungen und Zusammenhänge.....	101
4.	Folgen der Krise(n) und Lösungsversuche	106
a.	Eisen- und Stahlindustrie.....	106
i.	Die BRD	106
ii.	Großbritannien	113
b.	Arbeitsgesellschaft	124
5.	Conclusio und Ausblick	126
6.	Literatur- und Quellenverzeichnis	134
7.	Anhang	142

1. Einleitung

a. Kontextualisierung

Kaum ein Industriebereich hat das Gesicht vieler Länder der Erde dermaßen geprägt wie die Schwerindustrie. Damit sind im weiteren Sinne die Grundstoffindustrien gemeint und im engeren Sinne die Eisen-, Stahl- und Bergbauindustrie. Die rauchenden Schloten, die markanten Silhouetten der Hochöfen, der Lärm der Stahlwerke – all diese, in Zeiten von gewandeltem Umweltbewusstsein bedenklichen und stärker hinterfragten Landmarken – waren vor allem nach 1945 ein Zeichen für Wohlstand, Beschäftigung und Wachstum. Da die Schwerindustrie sehr arbeitsintensiv war, war sie immer von einer sehr hohen Anzahl an Beschäftigten geprägt. Dadurch wurde mit der Schwerindustrie und insbesondere mit der Stahlindustrie, vor allem in der Bevölkerung Westeuropas und besonders nach dem Zweiten Weltkrieg, immer eine Art der Prosperität verbunden. Es steht außer Zweifel, dass die Schwerindustrie in den westeuropäischen Ländern entscheidenden Anteil am Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg hatte. Die Erzählung des wirtschaftlichen Aufschwungs und des Wirtschaftswunders in den europäischen Staaten und darüber hinaus – hier sei insbesondere auf Japan und Südkorea verwiesen – dauert in den meisten Versionen von 1950 bis 1973. Auch die *dreißig goldenen Jahre (les trentes glorieuses)*¹, eine vor allem auf Frankreich bezogene Version der Erzählung des Wirtschaftswunders, beziehen sich auf den Zeitraum von 1945 bis 1975. Häufig ist auch vom *Golden Age* die Rede.

Den Ausgangspunkt dieser Untersuchung stellt das Jahr 1945 dar. Natürlich spielte die Schwerindustrie auch schon im 19. Jahrhundert eine essenzielle Rolle im Zuge der Industrialisierung in Europa. Die Revolutionen, Umwälzungen und Strukturbrüche der damaligen Zeit wären sicherlich auch ein sehr interessantes Forschungsfeld, sind allerdings für diese Arbeit von nachrangiger Bedeutung. Auch vor dem Zweiten Weltkrieg spielte die Schwerindustrie eine überragende Rolle in der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik eines Landes, zumal in dieser Zeit – spätestens ab 1930 – die Zahl der produzierten Tonnen Stahl als proportional zur militärischen Potenz eines jeweiligen Staates angesehen wurde. Speziell auf

¹ Bei kursiv geschriebenen Wörtern handelt es sich um Hervorhebungen des Autors.

Deutschland bezogen, spielte die Schwerindustrie auch schon vor dem Zweiten Weltkrieg – zumindest ab 1933 – eine ähnliche Rolle wie in der Zeit des Wirtschaftswunders, im Sinne der Beschäftigungspolitik. Allerdings fußte die industrielle Expansion auf einer zukünftigen militärischen Expansion. Zu diesem Zweck wurden gewaltige Hüttenwerke errichtet, wie die Hermann-Göring-Werke in Salzgitter und Linz. Diese gigantomanischen Werke mit 46 projektierten Hochofenanlagen wurden allerdings – auch kriegsbedingt – nicht bis zur Endausbaustufe fertiggestellt. Diese Anlagen waren auch im späteren Kriegsverlauf ein wichtiges Angriffsziel alliierter Bomberstaffeln, da sie einen zentralen Stellenwert in der Rüstungsindustrie und der Wirtschaftsstruktur Deutschlands hatten. Auf Großbritannien geführte Luftangriffe hatten im Gegensatz nicht die Schwerindustrie des Landes zum Ziel, auch weil die deutschen Luftangriffe nie an die Intensität der alliierten Luftangriffe in der späteren Phase des Krieges heranreichten und deren primären Ziele die Verteidigungsanlagen und direkten Rüstungsbetriebe sowie die Städte waren.

Für das Jahr 1945 kann man hier also von einem Bruch in der industriellen Infrastruktur sowie der Wirtschaftspolitik ausgehen. Kriegsrelevante Industrieproduktion hatte somit keinen wirklichen Einfluss mehr auf die staatliche Zukunftsplanung der Schwerindustrie. Im Laufe der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden Betriebe der Schwerindustrie von den provisorischen Regierungen der Verliererstaaten des Zweiten Weltkrieges verstaatlicht, also in Staatseigentum überführt, was einfach war, weil in vielen Fällen der vorherige Eigentümer – physisch oder zumindest juristisch – nicht mehr vorhanden war. Dies traf insbesondere auf alle Betriebe der „Reichswerke“² zu, denn in diesem Fall war der vorherige Besitzer das nun nicht mehr existierende Deutsche Reich. Aber auch zahlreiche andere Betriebe im Ruhrgebiet und im Saarland erhielten eine gewisse Sonderstellung, da ihnen einerseits im Zuge von Reparationsforderungen besondere Aufmerksamkeit zukam und sie als Schlüsselindustrien für den Wiederaufbau auch für Deutschland eine besondere Bedeutung innehatten. Dieses Vorgehen zeigte allerdings nicht immer Erfolg, da die eigentliche Macht im besiegten Land die alliierten Siegermächte waren, welche – hier vor allem in der sowjetisch besetzten Zone – auch

² Diese bestanden auf dem Gebiet der späteren BRD aus dem Stammsitz der Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten „Hermann Göring“ in Salzgitter. Ein weiteres Werk wurde ab 1938 in Linz aufgebaut. Die staatliche Salzgitter AG war eines der am längsten in Staatsbesitz stehenden, bundesdeutschen Unternehmen (Privatisierung 1989). Vgl. Wikipedia, Reichswerke Hermann Göring. 2019. https://de.wikipedia.org/wiki/Reichswerke_Hermann_G%C3%B6ring (Zugriff am 03.12.2019).

ein großes Interesse an den industriellen Anlagen und Ressourcen der Besiegten hatten. Zu beträchtlichen Demontagen kam es allerdings hauptsächlich in der Sowjetzone, in den anderen Zonen nur in der Anfangszeit der Besatzung. Die Westalliierten unterstützten nach einer kurzen Phase, in der sie ebenfalls Demontagen anstrebten, einerseits die Verstaatlichungen, andererseits den Wiederaufbau der deutschen Schwerindustrie auch mit dem Ziel, wieder ein selbstständiges Deutschland aufzubauen, welches als Partner in Mitteleuropa gewonnen werden kann. Schließlich blieb die Schwerindustrie Deutschlands und Europas (Kohle und Stahl) – vor allem in der Nachkriegszeit – ein besonders beachteter und verwalteter Teilbereich der Wirtschaft – dies zeigte sich unter anderen auch in der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), auch Montanunion genannt. Diese Gemeinschaft resultierte u.a. aus der „Saarfrage“ und aus französischen Bedenken bezüglich eines zu schnellen Wiedererstarkens Deutschlands in Bezug auf diese so wichtigen Wirtschaftsbereiche, war doch das Saarland eines der Zentren der deutschen Schwerindustrie.³ In den Siegerländern des Zweiten Weltkrieges – hier beziehe ich mich ganz auf Großbritannien – herrschte nach 1945 eine ähnliche Ausgangssituation. Ähnlich in dem Sinne, dass auch dort die Schwerindustrie am Ende des Zweiten Weltkrieges staatlich kontrolliert war und die Kriegswirtschaft auch nicht mehr der bestimmende Faktor der Wirtschaftspolitik war. Somit eignet sich das Jahr 1945 gut als Ausgangspunkt dieser Untersuchung, welche sich aber hauptsächlich mit der krisenhaften Entwicklung der Schwerindustrie in den 1970er Jahren befassen wird. Allerdings ist es notwendig die Entwicklung von Industrie, Politik und Gesellschaft bis in die 1970er Jahre in den ersten Kapiteln zu skizzieren, um die große Bedeutung der Schwerindustrie für das „Wirtschaftswunder“ nach dem Zweiten Weltkrieg und den daraus resultierenden Gesellschaftsentwurf aufzuzeigen. Dieser Gesellschaftsentwurf war geprägt vom Begriff der „Arbeitsgesellschaft“. Eine These hierbei ist, dass die Stahlindustrie als klassische, fordistisch geprägte Industrie eine der großen Bastionen der Arbeitsgesellschaft im Sinne von Arbeitnehmergesellschaft und Normalarbeitsverhältnis darstellt.

³ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung zur Gegenwart (München 1999) S.268 ff.

b. Erkenntnisinteresse und Forschungsstand

Ein Ziel dieser Arbeit ist der Versuch, eine Verknüpfung der Krise der Schwerindustrie mit der Krise eben jenes Gesellschaftsentwurfes nachzuweisen bzw. zu analysieren. Die Frage ist nun, warum diese Krise eintrat und wieso diese in den 1970er Jahren begann. Warum wurde dieser Gesellschaftsentwurf so lange aufrechterhalten und im Verlauf der 1970er und den nachfolgenden Jahren so radikal herausgefordert und verändert? Inwiefern beeinflussten die Stahlindustrie und ihre Krise diese Entwicklungen und wurde umgekehrt die Stahlindustrie von diesen Entwicklungen beeinflusst?

Die 1970er Jahre stehen für den Beginn einer Zeit der Veränderung, des Wandels und der Krise – Prozesse, welche nicht unbedingt von allen gesellschaftlichen Akteuren mit Missfallen wahrgenommen wurden, hier z.B. von den *Neuen sozialen Bewegungen* – und sind damit sehr interessant für zahlreiche historisch und sozialwissenschaftlich motivierte Wissenschaftler⁴ und Forschungsprojekte. Zwei dieser Wissenschaftler, Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael, widmen sich im Zuge ihres Forschungsschwerpunktes „Nach dem Boom“, welcher aus einem Buch mit diesem Titel sowie einer Reihe von Schriften und Arbeiten besteht, dem selben Rahmen, in dem meine Arbeit verortet ist.⁵ „Nach dem Boom“ analysiert die Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts – die Zeit nach jenem großen Boom der 1950er bis 1970er Jahre – als von einem Strukturbruch geprägtem sozialen Wandel von revolutionärer Qualität.⁶ „Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom“, ist der Titel eines Buches von Lutz Raphael, dessen erste Auflage 2019 erschien und damit ganz eindeutig seinen Forschungsstandpunkt und sein Forschungsinteresse zeigt, welches in der Zeit nach dem Strukturbruch in den 1970er Jahren verortet ist. Die Eisen- und Stahlindustrie steht trotz der Erwähnung im Buchtitel nicht im Fokus des Buches, sondern stellt ein Sinnbild für die *alten Industrien* dar, welche, beginnend in den 1970er Jahren, stark an Bedeutung verloren. Auf das Schicksal der Eisen- und

⁴ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird für sämtliche Personenbezeichnungen in der folgenden Arbeit nur die männliche Sprachform verwendet; diese soll die weibliche miteinschließen.

⁵ Anselm *Doering-Manteuffel*, Lutz *Raphael*. Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970 (Göttingen 2008)

⁶ Ebd. Klappentext. (Sollte sich die auf eine Fußnote folgende Fußnote auf das gleiche Werk wie die Fußnote davor beziehen, ist dieses Werk mit „Ebd. Seitenzahl“ gekennzeichnet. Wenn es sich auch auf die gleiche Seite bezieht, verwende ich „Ebd.“)

Stahlindustrie geht der Autor allerdings nicht genauer ein.⁷ Ebenfalls im Rahmen von „Nach dem Boom“ erschienen ist der Sammelband „Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom“ von oben genannten Autoren sowie Thomas Schlemmer, der einen ähnlichen Ansatz verfolgt wie „Jenseits von Kohle und Stahl“, sich aber mehr an der Mikroebene orientiert.⁸ Die Forschungsansätze der an diesem Projekt beteiligten Historiker orientieren sich hauptsächlich an einer gesellschaftsgeschichtlichen Untersuchung der Lebens- und Arbeitswelten von Menschen in Industriestaaten nach der Hochphase der fordistischen Arbeitsgesellschaft. Insbesondere Lutz Raphael vergleicht hierfür zahlreiche Arbeits- und Erwerbsbiografien in den Jahren 1970 bis 2000.⁹ Die 1970er Jahre werden weiters als Übergang „Vom Fordismus zum Postfordismus“¹⁰ oder als „das Ende der langen Nachkriegszeit“¹¹ bezeichnet. Christoph Boyer verweist darauf, dass die gesellschaftlichen Krisenprozesse, welche in den 1970er Jahren begannen, eine wesentlich größere Bedeutung hatten als die weltweiten Umbrüche, welche ihren Ausgang im Jahr 1989 nahmen.¹²

c. Verlauf der Arbeit

Im ersten Kapitel werde ich mich auf die Charakterisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Nachkriegszeit in Westeuropa bis Mitte der 1970er konzentrieren, wobei das Wirtschaftswunder, die Arbeitsgesellschaft und die eng damit verbundene Schwerindustrie im Fokus stehen werden. Die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, welche für diese Zeit und die spätere Krise zentral sind, sowie das Verhältnis zwischen Schwerindustrie und Staat, sollen dabei untersucht werden. In diesem

⁷ Lutz *Raphael*, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom* (Berlin 2019).

⁸ Anselm *Doering-Manteuffel*, Lutz *Raphael*, Thomas *Schlemmer*. *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom* (Göttingen 2016).

⁹ Lutz *Raphael*, *Arbeitsbiografien und Strukturwandel „nach dem Boom“*. *Lebensläufe und Berufserfahrungen britischer, französischer und westdeutscher Industriearbeiter und -arbeiterinnen von 1970 bis 2000* (Göttingen 2017).

¹⁰ Joachim *Hirsch*, Roland *Roth*, *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*. (Hamburg 1986).

¹¹ Geoff *Eley*, *End of the Post-war? The 1970s a Key Watershed in European History*. In: Andreas *Wirsching*, *The 1970s and 1980s as Turning Point in European History?* *Journal of Modern European History*, 2011, Vol.9(1).

¹² Christoph *Boyer*, *Nach dem Boom. Schwierige Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung*. In: Thomas *Raithe*, Thomas *Schlemmer* (Hrsg.), *Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989* (München 2009).

Kapitel sollen die Eigenschaften der Schwerindustrie untersucht und ihre Relevanz für Politik und Gesellschaft beleuchtet und hervorgehoben werden. Hierbei soll analysiert werden, ob und warum die Schwerindustrie eine beinahe systemstabilisierende Wirkung innehatte und auch warum ihr Niedergang – u.a. – den Anstoß zu einer ganzen Reihe an Entwicklungen und Veränderungen in vielen Bereichen lieferte. Die Arbeitsverhältnisse und Beschäftigungszahlen werden hier eine Rolle spielen. Die sehr hohen Beschäftigungszahlen der Schwerindustrie in Deutschland und Großbritannien verliehen dieser Gruppe ein hohes politisch-soziales Gewicht. Die Macht der Gewerkschaften und auch der sozialdemokratischen Parteien war durch die Vollbeschäftigung und den Arbeitskräftemangel sehr groß. Diese Vollbeschäftigung wurde auch durch die staatlichen Beschäftigungsstrategien der – teils staatlichen – Unternehmen der Schwerindustrie erzielt und aufrechterhalten.

Diese Praxis der Vollbeschäftigung sowie deren Implikationen für die Eisen- und Stahlindustrie sollten zu großen und gravierenden Problemen im Verlauf der 1970er Jahre führen. Die Macht und der Einfluss der Gewerkschaften und Arbeitnehmer resultierten aus und waren gebunden an Vollbeschäftigung – und gewissermaßen auch an den Arbeitskräftemangel. In den *dreißig goldenen Jahren* des wirtschaftlichen Aufschwunges konnte Vollbeschäftigung über lange Zeit erreicht werden. Dies änderte sich in den 1970er Jahren, auch bedingt durch die Krise der Schwerindustrie, welche zahlreiche Ursachen und Auswirkungen hatte.

Die 1970er Jahre sind in vielerlei Hinsicht ein besonderes Jahrzehnt. Man kann hier auch von einem *Jahrzehnt der Krisen* sprechen, vollzogen sich doch einige krisenhafte Entwicklungen in diesem Jahrzehnt oder nahmen in diesem Zeitraum ihren Ausgang. So kam es in den 1970er Jahren zur Krise der Eisen- und Stahlindustrie, welche sich auch dadurch zeigte, dass im Jahre 1974 die höchsten europäischen Produktionszahlen für Rohstahl¹³ verzeichnet wurden, die in der Folge stark abnahmen. Ebenso waren die Beschäftigtenzahlen dieser Industrie 1974 auf einem hohen Niveau. Weitere Ereignisse waren der Ölpreisschock von 1973, dessen Einfluss auf das Geschehen auch als überschätzt kommentiert wird. Zumindest in diesem Sinne überschätzt, als er für einen plötzlich einsetzenden, langen wirtschaftlichen Abschwung samt *Strukturkrise* verantwortlich wäre.¹⁴ Hirsch und Roth konstatieren, dass die seit Mitte der

¹³ Zwar produzieren die Werke der Eisen- und Stahlindustrie noch andere Produkte als Rohstahl, dennoch existieren für dieses Grundprodukt die meisten Datenreihen und damit einigermaßen gute Vergleichbarkeit.

¹⁴ „Überschätzte“ Ölpreiskrise. Jens Hohensee argumentiert in seinem Werk, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der Ölpreiskrise oftmals überschätzt sowie übertrieben dargestellt werden. Vgl. dazu Jens Hohensee, *Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa* (Stuttgart 1996).

siebziger Jahre sichtbare Wirtschaftskrise¹⁵ nicht den Charakter eines der üblichen kapitalistischen Konjunkturzyklen hätte, sondern von tiefergehender, „struktureller“ Natur wäre.¹⁶ Das Weltwährungssystem von Bretton-Woods wurde ebenfalls 1973 endgültig begraben, wie auch der Glaube an gesamtwirtschaftliche Steuerbarkeit und an endlose Prosperität und grenzenloses Wachstum.¹⁷

Die Analyse der Krise und deren Folgen für den Gesellschaftsentwurf und die Politik der damaligen Zeit werden den Hauptteil dieser Arbeit ausmachen. Hierbei werde ich mich auf die Länder Großbritannien und Bundesrepublik Deutschland konzentrieren. Dafür werde ich mir sowohl politische Entscheidungen, Statistiken sowie politisch-gesellschaftliche Meinungsbildungsprozesse – hier vor allem auf die Beteiligung der Gewerkschaften bezogen – ansehen, als auch exemplarisch im Kapitel der Auswirkungen der Krise sowie der Lösungsversuche auf einzelne Unternehmen¹⁸ der Eisen- und Stahlindustrie eingehen. Hier strebe ich an, meine Fragestellung auf beide Länder anzuwenden und die gewonnenen Ergebnisse zu vergleichen. Ebenfalls Thema des Vergleiches werden die unterschiedlichen Lösungsansätze und Konfliktbewältigungsstrategien der betrachteten Länder sein.

d. Begriffsbestimmungen

Schwerindustrie

Mit dem Begriff Schwerindustrie sind im weiteren Sinne die Grundstoffindustrien gemeint und im engeren Sinne die Eisen-, Stahl- und Bergbauindustrie. Für Europa und die von mir betrachteten Länder sind diese vor allem die Eisen- und Stahlindustrie sowie der (Stein-) Kohlebergbau. In einem horizontalen Prozess (als nacheinander folgende Prozessschritte) sind diese Segmente am Endprodukt – *Stahl* – gleichförmig beteiligt (Kohle – Koks – (Eisenerz) – Roheisen – Stahl). Somit gelten oftmals ähnliche Bedingungen und Entwicklungen für diese beiden Segmente der Schwerindustrie. Da Steinkohle allerdings im 20. Jahrhundert viele

¹⁵ Das Werk „Das neue Gesicht des Kapitalismus“ stammt aus dem Jahr 1986. Deshalb ist auch die Rede von „Wirtschaftskrise seit“. Wenn man allerdings die Wachstumszahlen der Periode vor 1975 mit jenen ab 1975 vergleicht, dann ist der Begriff Wirtschaftskrise für die Zeit danach nicht mehr so weit hergeholt. Vgl. Joachim Hirsch, Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus (Hamburg 1986).

¹⁶ Ebd. S.31.

¹⁷ Stephan Schulmeister, Zur Krise der Weltwirtschaft in den 70er und 80er Jahren – ein Rekonstruktionsversuch. In: Rudolf Burger (Hrsg.), Verarbeitungsmechanismen der Krise (Wien 1988).

¹⁸ Im Fall von Großbritannien war dies ab 1967 ein staatliches Unternehmen, die British Steel Corporation (BSC) welche den Löwenanteil der britischen Eisen- und Stahlerzeugung ausmachte.

weitere Verwendungen innehatte – sie wurde auch im großen Stil zur Erzeugung von Wärme und zur Stromerzeugung eingesetzt – ergeben sich hieraus auch unterschiedliche Entwicklungen.

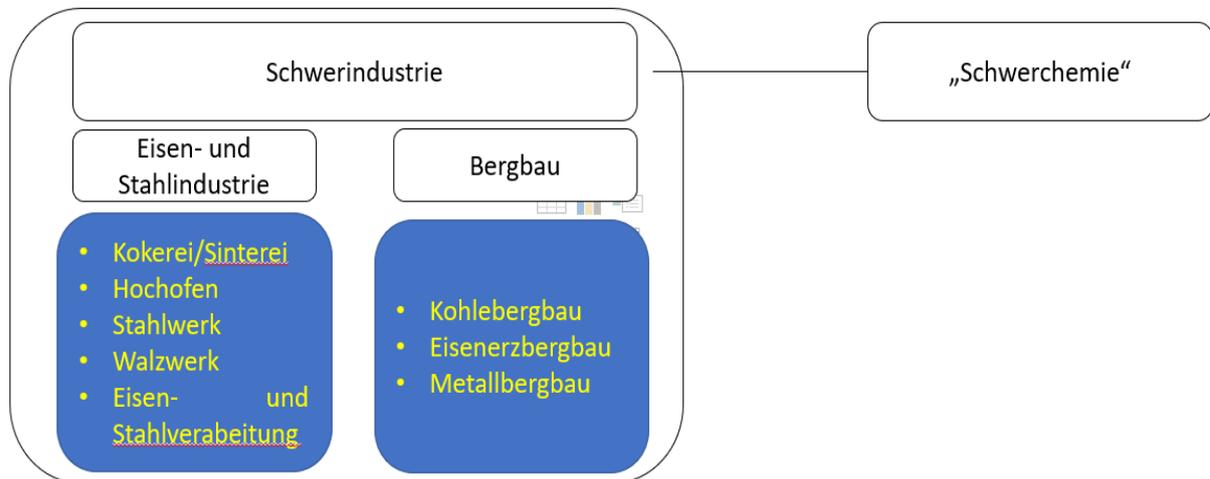


Abbildung 1. Diagramm zur Struktur der Schwerindustrie.¹⁹

Die Eisen- und Stahlindustrie ist der wesentlichste Bestandteil der Schwerindustrie. Zur Schwerindustrie im engeren Sinne zählt auch der Bergbau. Im weiteren Sinne werden auch die „Schwerchemie“²⁰ sowie Grundstoffhersteller dazugezählt (z.B. Baustoffhersteller). Die einzelnen Anlagekomponenten der Eisen- und Stahlindustrie sind oftmals vertikal integriert. Dies bedeutet, dass eine Produktionsstätte (man spricht hier auch von einem Hüttenwerk) alle Kompetenzen und Anlagen besitzt, welche notwendig sind, um aus den Ausgangsrohstoffen Eisenerz und Kohle fertige Stahlprodukte herzustellen. Hierbei spricht man von Anlagen zur Rohstoffvorbereitung wie Sinteranlage und Kokerei, von der Hochofenanlage zur Herstellung von Roheisen, dem Konverter-Stahlwerk zur Rohstahlerzeugung und schließlich von Walzwerken und Gießereien zur Bearbeitung des Stahls und zur Erzeugung der Endprodukte.

¹⁹ Quelle: Eigens erstellte Grafik.

²⁰ Wikipedia. Schwerindustrie. 2019

<https://de.wikipedia.org/wiki/Schwerindustrie> (Zugriff am 20.01.2020)

Arbeitsgesellschaft

Mit dem Begriff der Arbeitsgesellschaft²¹ – im Sinne einer *Arbeitnehmergesellschaft* - werden folgende Begriffe assoziiert:

- Vollbeschäftigung
- Keynesianismus
- Fordismus
- Korporativer Konsens
- Wirtschaftswachstum
- „Soziale Marktwirtschaft“
- Normalarbeitsverhältnis

Vollbeschäftigung war ein zentrales Prinzip der Arbeitsgesellschaft während der Zeit des Golden Age. Allerdings hatte die Politik der Vollbeschäftigung im Sinne des Fordismus nicht nur Befürworter, sondern auch Gegner:

- „Ablehnung“ der Vollbeschäftigung durch
 - Arbeitsnachfrager (Unternehmen)
 - Liberale Ökonomen
 - „68er“ (68er als Sammelbegriff für das Phänomen der Neuen sozialen Bewegungen)

Argumentiert wurde häufig mit einer verschleppten und versteckten Arbeitslosigkeit in der Schwerindustrie²², weil diese als Bastion der Arbeitnehmergesellschaft mit Arbeitsverhältnissen nach dem Normalarbeitsverhältnis galt.

Mit dem Begriff Arbeitsgesellschaft, welcher zahlreiche unterschiedliche Prägungen aufweist, verbindet man nach 1945 allgemein eine Gesellschaft, welche durch ein Normalarbeitsverhältnis²³ geprägt ist. Dieses ist durch folgende Punkte gekennzeichnet:

²¹ Zur Arbeitsgesellschaft, vgl. Michael *Hirsch*, Die Überwindung der Arbeitsgesellschaft. Eine politische Philosophie der Arbeit (Wiesbaden 2016); Anton *Rauscher*, Arbeitsgesellschaft im Umbruch. Ursachen, Tendenzen, Konsequenzen (Berlin 2002).

²² Dieser Argumentation folgt auch Marcus Demgenski, welcher für die auch in Zeiten schwacher Nachfrage hohen Beschäftigungszahlen hauptsächlich das politisch-soziale Framework verantwortlich macht. Vgl. Marcus Demgenski, Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel (St. Gallen 1990).

²³ Matthias *Klopmeier*, Entwicklung, Krise und Zukunft der Arbeitsgesellschaft: Modell ohne Alternative?! (Hamburg 2014) S.36.

- Abhängige Erwerbsarbeit in Vollzeitarbeit (normalerweise 36 Stunden oder mehr) mit existenzsicherndem Einkommen
- Sozial abgesichert und eingebunden in ein „Netz von rechtlichen und tariflichen Normen“
- „Unbefristet“
- Weisungsgebunden
- Standardisiert in der zeitlichen Organisation der Arbeit (Länge und Lage der Arbeitszeit)
- Entspricht dem patriarchalischen Modell („Male Breadwinner Family“), d.h. der Mann als Versorger der Familie²⁴.

Der letzte Punkt dieser Aufzählung verdient besondere Beachtung, da hier gezeigt wird, inwieweit das Selbstverständnis dieser hier skizzierten Arbeitsgesellschaft auf einem dauerhaften, kontinuierlichen (*lebenslangen*) Arbeitsverhältnis – meist auch im gleichen Betrieb oder Unternehmen – fußt. Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass es dabei zu einer systematischen Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen gekommen war, wie z.B. der Frauen und der Gastarbeiter*innen (hier lassen sich verschiedenen Parallelen zu heutigen Stamarbeitern*innen und Leiharbeiter*innen ziehen). Diese Benachteiligung basiert darauf, dass Frauen, so die Zuschreibung,

„[...] aufgrund der Reproduktionsarbeit nicht voll erwerbsfähig waren und so auch nicht einer dem Mann vergleichbaren sozialen wie materiellen Sicherung bedurften.“²⁵

Auf diesem Umstand resultieren teilweise auch die heute immer noch bestehenden Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau.

Fordismus

Der nach Henry Ford²⁶ und der von ihm in seinem Unternehmen eingeführten Fließbandarbeit – zur Produktion seines preiswerten „Modell T“ genannten Automobils – benannte Begriff ist

²⁴Matthias Klopmeier, Entwicklung, Krise und Zukunft der Arbeitsgesellschaft: Modell ohne Alternative?! (Hamburg 2014) S.36.

²⁵Ebd. S.37.

²⁶ Henry Ford (1863 – 1947) US-amerikanischer Automobilhersteller.

untrennbar mit der Phase der Prosperität nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa verbunden.

Dieser Begriff geht zurück auf die Zeit zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg. In dieser Epoche ließ Ford in seinen Fließbandfabriken das „Modell T“ für den Massenmarkt produzieren, von meist unqualifizierten Arbeitern. Diese – Hirsch und Roth verwenden hier den aussagekräftigen Begriff „stupide“ – einfachen und repetitiven Tätigkeiten, Karl Marx sprach hierbei von *entfremdeter Arbeit*, vergütete er den nun beliebig gewordenen Arbeitern mit relativ hohen Löhnen.²⁷

Das tayloristische „Scientific Management“²⁸ ermöglichte eine extreme *Tiefe* der Arbeitsteilung; so wurden die Produktionsschritte in zentralen Industrien auf wenige Handgriffe pro Arbeiter zerlegt. Somit konnten zahlreiche ungelernete Arbeitskräfte beschäftigt werden. Dieser neue kapitalistische Produktions- Reproduktions- Zusammenhang fußte darauf, dass seine Profitstrategie auf einem bisher nicht bekannten Grad an Disziplinierung und Ausbeutung basierte, allerdings die Arbeiter allmählich in die Lage versetzte, Konsumenten ihrer eigenen Produkte zu werden – und dies zur höheren Zufriedenheit aller Beteiligten. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich der Fordismus als übergeordnetes Akkumulationsprinzip auch in Westeuropa und Japan durch. Dies lag an der nun fest etablierten Super- und Hegemonialmacht USA und ihren Wirtschaftshilfen nach dem Zweiten Weltkrieg, mit denen ihr Wirtschaftsmodell in diese Staaten quasi exportiert wurde.²⁹ Notwendig für den Erhalt des Fordismus waren Entwicklungen, wie der New Deal in den USA, der Korporatismus und eine spezifische Form der Sozialpartnerschaft, weiters soziale Sicherungssysteme (da geringe Qualifikation und sehr geringe Möglichkeiten zur Subsistenzwirtschaft unter den Arbeitnehmern überwogen), eine möglichst lebenslange (*erwerbslebenslange*) Anstellung bei einem Arbeitgeber und eine weitgehende Vollbeschäftigung. Die Entwicklungen des Sozialstaates werden als Abkommen zwischen Arbeit und Kapital verstanden (staatlich organisierter Produktions- und Reproduktions-Zusammenhang), die Arbeiter werden am Wohlstand beteiligt, Frauen leisten die notwendige

²⁷ Joachim Hirsch, Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus (Hamburg 1986) S.51.

²⁸ Das „scientific management“ geht zurück auf den amerikanischen Ingenieur Frederick Taylor (1856 – 1915). Taylor war einer der Pioniere auf dem Gebiet der Arbeitswissenschaft und der Arbeitszeitoptimierung. Sein Hauptwerk trägt den Titel „The Principles of Scientific Management“.

²⁹ Joachim Hirsch, Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus (Hamburg 1986) S. 48-51.

Reproduktionsarbeit (siehe „Male Breadwinner Family“); durch beides steigt der Absatz der Produkte und die kapitalistische Akkumulation kann sich fortsetzen. Aufgezählte Punkte sind charakteristisch für die Epoche des (Hoch-)Fordismus in Europa, welche sich ungefähr auf die 25 Jahre zwischen 1948 und 1973 bezieht.³⁰

Hirsch und Roth sprechen hierbei von fordistischer Vergesellschaftung, welche von einer „Durchkapitalisierung“ der Gesellschaft geprägt ist. Die politisch mit dieser Gesellschaft assoziierte Komponente ist der „keynesianische Wohlfahrtsstaat“.

„Der Fordismus trägt damit alle Züge eines kohärenten ‚historischen‘ Blocks, d.h. einer gesellschaftlichen Formation, bei der ein spezifisches Akkumulations- und Vergesellschaftungsmodell und ein diesem entsprechender politischer Regulierungsmodus durch ein übergreifendes, relevante Teile sowohl der ökonomisch herrschenden als auch der beherrschten Klassen verbindendes ‚ideologisches‘ Konzept von gesellschaftlicher Ordnung und gesellschaftlicher Entwicklung zusammengekittet werden. Es ist dies das hegemoniale Projekt des ‚keynesianischen Wohlfahrtsstaates‘.“³¹

Josef Esser und Werner Väth machen weiters eine Verbindung zwischen der Entwicklung und Ausgestaltung der Eisen- und Stahlindustrie und dem Akkumulationsmodell des Fordismus aus.

„Thus, the automated and vertically-integrated production method, with its built-in permanent increase of capital-intensity and productivity, has by now become the dominant norm, offering the most favourable utilisation of capital; but it must be appreciated that the reasons for this development are not merely economic, but also social and political. The basis and part of this process is a new [in historischer Perspektive neu M.S.] model of capitalist accumulation Fordism.“³²

Keynesianismus

„Sicher ist nur, der Keynesianismus war die Wirtschaftstheorie dieser Periode und die intellektuelle Grundlage für die Wirtschaftspolitik nicht nur sozialdemokratischer Regierungen in jener Zeit.“³³

³⁰ Joachim Hirsch, Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus (Hamburg 1986) S. 52-74.

³¹ Ebd. S.74.

³² Josef Esser, Werner Väth, Overcoming the Steel Crisis in the Federal Republic of Germany. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S.624.

³³ Oliver Nachtwey, Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party (Wiesbaden 2009) S.95.

Wie auch beim Fordismus, geht der Keynesianismus auf seinen Namenspatron John Maynard Keynes und dessen politische Ökonomie zurück. Die Theorien Keynes' stellten angesichts der Weltwirtschaftskrise eine „wissenschaftliche Revolution“³⁴ dar, auch weil sie einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftswissenschaft mit sich brachten, der es erlaubte, die bestehenden Probleme auf eine völlig neue Art zu betrachten. Keynes' Theorie zeichnet eine scharfe Kritik der Politik des Laissez-faire aus, die keine Mittel gegen die hohe Arbeitslosigkeit gefunden hat. Hierfür bot die keynesianische Theorie gleichzeitig eine Begründung für Staatsinterventionen und auch eine praktische Handlungsanleitung.³⁵ Keynes stellte

„[...] insbesondere das zentrale Axiom der Neoklassik von den Selbstheilungskräften des Marktes, das sogenannte Say'sche Theorem, auf den Kopf. Damit brach er mit der konventionellen Weisheit der Neoklassik, dass in der Krise die Löhne gesenkt werden müssten. Für Keynes ist es nicht das Angebot, welches die Nachfrage bestimmt – so wie es das Say'sche Theorem annimmt -, sondern umgekehrt die effektive Nachfrage, die das Angebot bestimmt.“³⁶

Keynes ging von einer immanenten Instabilität des Marktes aus, die insbesondere durch staatliche Interventionen behoben werden müsse. Diese Interventionen und Instrumente waren:

- eine Geldpolitik, die die Investitionen durch niedrige Zinsen anregen sollte.
- eine antizyklische, kreditfinanzierte Fiskalpolitik (deficit spending) als politisches Instrument zur Stabilisierung der Konjunktur.

Keynes' Theorie beeinflusste das ökonomische Denken seit den 1930er Jahren stark und wurde zur ideellen „Grundlage der Gesellschaftsordnung in der Nachkriegszeit“ (der Arbeitsgesellschaft). Der Keynesianismus als wirtschaftspolitisches Programm und Theorie erreichte dabei eine bis dahin nicht gekannte Bedeutung im gesellschaftlichen und geistigen Umfeld.³⁷ Dies korrespondierte mit der Vergesellschaftung, Durchkapitalisierung und „Durchstaatlichung“ der Gesellschaft als Konzepte des Fordismus. Wenn man so will, ist der

³⁴ Oliver Nachtwey, Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party (Wiesbaden 2009) S.95.

³⁵ Ebd. S. 95-96.

³⁶ Ebd. S. 95.

³⁷ Ebd. S. 95-96.

Keynesianismus die politische Sphäre der „Arbeitnehmergesellschaft“ und der Fordismus die ökonomische.

Nachkriegskonsens

Der Begriff Nachkriegskonsens wurde durch die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt, obwohl dieser Begriff eigentlich auch die politischen Verhältnisse in anderen europäischen Staaten ganz gut beschreibt. Der Nachkriegskonsens bezeichnet eine Zeit der überwiegenden Übereinstimmung der beiden großen gesellschaftlichen Interessensgruppen nach dem Zweiten Weltkrieg. Dies waren einerseits die Unternehmer und Vertreter des Kapitals und „deren“ Conservative Party und andererseits die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften und „deren“ Labour Party. Die guten Erfahrungen, resultierend aus der Zusammenarbeit in der Kriegswirtschaft des Zweiten Weltkrieges, ermöglichten auch eine Fortsetzung dieser Übereinstimmung in Friedenszeiten. Allerdings ist dieser Begriff nicht nur auf die politische Zusammenarbeit der Parteien gemünzt, sondern:

„[...] bezieht sich auf weit mehr als auf die Strategien und Mechanismen der Parteienkonkurrenz; er bezieht sich auf ein Modell der Nachkriegsentwicklung, das sich durch eine spezifische Kompromissstruktur der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Grundentscheidungen auszeichnet“.³⁸

Der Kompromisscharakter der britischen Nachkriegsgeschichte war auch einer der großen Angriffspunkte Margaret Thatchers und ihres neuen konservativen Programmes Ende der 1970er Jahre.³⁹ Er entsprang einem gewissen Patt der gesellschaftlichen sowie politischen Kräftekonstellation. Einerseits konnte keine der beiden Parteien, Labour bzw. Conservative Party, – über längere Zeit – die politische Oberhand gewinnen, andererseits konnten die Unternehmer den wirtschaftlichen Aufbau und Aufschwung der Nachkriegswirtschaft ohne die, eine anerkannte „Gesellschaftspartei“ darstellenden Gewerkschaften, nicht bewältigen und umgekehrt auch nicht.⁴⁰

³⁸ Hans Kastendiek, Vom Nachkriegskonsens zum Thatcherismus. In: Hans-Georg Wehling (Hrsg.), Großbritannien (Stuttgart 1992) S.104.

³⁹ Ebd. S.119.

⁴⁰ Ebd. S.104.

Ein Beispiel aus der BRD für die gemeinsamen Interessen der „Volksparteien“ zeigt eine Forderung der oppositionellen Unionsparteien aus dem Jahr 1969. Die Kriegsoffizierrenten sollten im Jahre 1969 durch einen Vorschlag der Sozialliberalen Koalition erhöht werden. Hierbei stimmten die Unionsparteien dagegen, weil ihnen die Erhöhung nicht weit genug ging. Nach Bökenkamp seid dies – u.a. – ein aussagekräftiges Beispiel dafür, dass die Ausweitung der Sozialausgaben quasi ein Gemeinschaftsprojekt aller Parteien war. Besonders deutlich war das auch bei der Rentenreform 1972 zu sehen.⁴¹

Strukturwandel (Drei-Sektoren-Hypothese)

Marcus Demgenskis Dissertation mit dem Titel „Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel“ bietet sich gut an, um näher auf den Begriff der Wirtschaftsstruktur einzugehen. Wie viele andere Schriften zum Thema Strukturwandel beruft auch er sich auf die „Drei-Sektoren-Hypothese“ des französischen Ökonomen Jean Fourastié. Diese Hypothese erklärt den Wandel der Beschäftigungs-, Produktions- und Nachfragestruktur auf Sektorenebene. Die erklärenden Größen sind die – für meine Arbeit nicht so relevanten – Einkommenselastizität der Nachfrage und die Arbeitsproduktivität. Nach Fourastié ist der Strukturwandel eine Folge der wirtschaftlichen Entwicklung und lässt sich durch diese erklären, deshalb handelt es sich um einen endogenen Ansatz⁴². Einen exogenen Ansatz vertreten hingegen Vernon und Schumpeter mit dem Produktlebenszyklus und dem „Prozess der schöpferischen Zerstörung“. Hierbei sorgt der Unternehmer durch neue Problemlösungen dafür, dass neue Produkte die alten verdrängen und „alte“ Strukturen durch neue abgelöst werden. Motor dieser Entwicklung ist der Unternehmer, sodass von einem exogenen Ansatz gesprochen werden kann.⁴³

Die – kurz umrissene – Drei-Sektoren-Hypothese von Fourastie besagt, dass

- vor der industriellen Revolution 80% der Beschäftigten in der landwirtschaftlichen Produktion und je 10% in der sekundären Produktion und in den tertiären Diensten tätig waren.

⁴¹ Gerard *Bökenkamp*, Das Ende des Wirtschaftswunders. Geschichte der Sozial-, Wirtschafts-, und Finanzpolitik in der Bundesrepublik 1969-1998. (Stuttgart 2010) S. 13f.

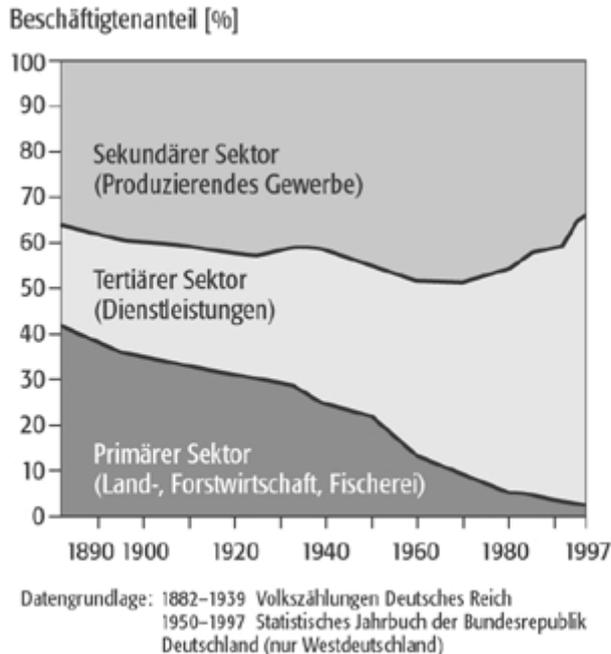
⁴² Marcus *Demgenski*, Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel (St.Gallen 1990) S.9.

⁴³ Ebd. S.10.

- der Anteil des sekundären Sektors an der Gesamtbeschäftigung in der Industriegesellschaft bis auf gut 50% anstieg, bis dieser Anteil
- in einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft – durch das Wachstum des tertiären Sektors auf 80% - wieder auf 10% absinkt, so wie Beschäftigten in der Landwirtschaft. ⁴⁴

„Die Bezugsgröße für die Darstellung der regionalen bzw. sektoralen Struktur bildet entweder die Gesamtzahl der Beschäftigten oder das Bruttosozialprodukt. Je nachdem erhält man die Beschäftigung- oder die Produktionsstruktur, mit der naturgemäß auch die Nachfragestruktur eng verknüpft ist.“⁴⁵

Beide Größen sind für meine Arbeit von Bedeutung, auch wenn insbesondere die Beschäftigtenzahl in der Eisen- und Stahlindustrie im betrachteten Entwicklungsabschnitt besondere Beachtung verdient. Eine dritte – wirtschaftspolitisch sehr relevante – Größe stellt die Staatsverschuldung dar. Da Steuer- und Sozialpolitik und die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sich in der Haushaltsentwicklung widerspiegeln und diese die Entwicklung der Staatsverschuldung maßgeblich beeinflussen, kann diese Größe auch als leitendes Motiv gewählt werden. ⁴⁶



⁴⁴ Marcus Demgenski, Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel (St.Gallen 1990) S.11.

⁴⁵ Ebd. S.8.

⁴⁶ Gerard Bökenkamp, Das Ende des Wirtschaftswunders. Geschichte der Sozial-, Wirtschafts-, und Finanzpolitik in der Bundesrepublik 1969-1998. (Stuttgart 2010) S.4.

Abbildung 2.: Die drei Sektoren, gewichtet nach der Beschäftigtenanzahl im Deutschen Reich und in der BRD. (Datenlücke zwischen 1939-1950).⁴⁷

Die 1970er Jahre bilden hier eindeutig einen Wendepunkt in der Kurve des Beschäftigtenanteils des sekundären Sektors.

e. Methode

Als methodischen Zugang zu diesem Thema habe ich den historischen Vergleich gewählt. Hierbei orientierte ich mich an den Arbeiten Hartmut Kaelbles, der in seinen Werken und Schriften die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der Methode des Vergleiches ausgearbeitet hat und zahlreich angewandt hat.⁴⁸ Da meine Vergleichsobjekte beides europäische Länder sind und beide eine ähnliche und eng verzahnte Geschichte aufweisen, eignen sie sich gut, um sie einem historischen Vergleich zu unterziehen. Mein Fokus liegt dabei auf dem Vergleich der Wirtschafts- und Sozialgeschichte mit besonderem Blick auf die eine Schnittmenge dieser beiden Aspekte bildenden Schwerindustrie, welche sowohl für die BRD als auch für Großbritannien eine zentrale Rolle in der Entwicklung dieser beiden Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg einnimmt. Im Fokus des Vergleiches stehen demnach die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie in den beiden Staaten, die Wechselwirkung zwischen dieser Industrie und der politisch-gesellschaftlichen Sphäre, die dazu parallele Entwicklung von Arbeitsgesellschaften sowie die Krise der Eisen- und Stahlindustrie und der Arbeitsgesellschaften in den beiden Staaten. Methodische Besonderheiten liegen unter anderem in den unterschiedlichen Ausgangslagen der beiden Länder nach dem Zweiten Weltkrieg sowie in der unterschiedlichen Verfasstheit der beiden Gesellschaften, hinsichtlich der Schwerindustrie und dem politisch-gesellschaftlichen System sowie der politisch-gesellschaftlichen Willensbildung. Die britische Eisen- und Stahlindustrie bestand im Untersuchungszeitraum aus hauptsächlich einem großen staatlichem Unternehmen, welches im Zuge der Verstaatlichung ein Set an spezifischen Aufgaben bekam, während die deutsche Eisen- und Stahlindustrie zum Großteil privatwirtschaftlich organisiert war (von der Salzgitter AG abgesehen). Offensichtlich werden Unterschiede auch beispielsweise bei den

⁴⁷ Quelle: Lexikon der Geografie. Sektorentheorie.2001.

<https://www.spektrum.de/lexikon/geographie/sektorentheorie/7164> (Zugriff am 10.11.2019).

⁴⁸ Hartmut *Kaelble*, Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert (Frankfurt/New York 1999).

Gewerkschaften und ihrem Verhalten in der Krise. Bei völlig gleichen Vergleichspartnern wäre ein Vergleich allerdings auch sinnlos. Ein genauer und vollständiger Vergleich, welcher sämtliche politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aspekte meiner Untersuchungsobjekte abbildet, wird sich im Zuge dieser Arbeit als unmöglich erweisen und wäre eventuell im Zuge eines größeren Projektes realisierbar. Ich werde mich auf den Vergleich der Entwicklung der Schwerindustrie der beiden Staaten und dem damit in Wechselwirkung stehenden Gesellschaftsmodell der fordistischen Arbeitsgesellschaft im Verlauf der Entwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fokussieren.

2. Das goldene Zeitalter (1945-1973/75)

a. Wirtschaftswunder, Arbeitsgesellschaft und Schwerindustrie

Eric Hobsbawm teilt das 20. Jahrhundert in seinem Standardwerk „Das Zeitalter der Extreme“ in drei Perioden auf. Dies waren „Das Katastrophenzeitalter“, „Das goldene Zeitalter“ und „Der Erdrutsch“.⁴⁹

Das goldene Zeitalter bezieht sich auf die Jahre 1945 bis 1975 (in den „Verliererstaaten“ des Zweiten Weltkrieges – Deutschland, Österreich und auch Japan – beginnt dieser Zeitabschnitt erst um 1950). In diese Zeit fällt auch das „Wirtschaftswunder“. Dieses zeichnet sich durch sehr hohe Wachstumsraten der Volkswirtschaften aus, welche zu Vollbeschäftigung und wachsendem Wohlstand führten. Diese Entwicklung bezieht alle westeuropäischen Länder ein und auch die osteuropäischen Länder verzeichneten in diesem Zeitraum hohe Wachstumsraten. Im Zentrum dieser Entwicklung stehen hauptsächlich die demokratisch verfassten Staaten Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Österreich, die BeNeLux – Staaten sowie Italien. Ihnen war gemeinsam, dass sie einerseits demokratisch verfasste Staaten waren und andererseits in den Genuss des „European Recovery Programm“ kamen (der „Marshall-Plan-Hilfe“). Für Großbritannien war dies nicht ungewöhnlich, war doch der Zustand einer massiven, amerikanischen Hilfe bereits aus dem Zweiten Weltkrieg bekannt. Für die anderen Länder war dies allerdings eine gewisse Neuheit. Für mich von besonderem Interesse sind hier die Länder Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland als meine beiden Vergleichspartner.

i. Die BRD

1. Nachkriegszeit und Wirtschaftswunder

Die Erfahrungen der Zwischenkriegszeit – insbesondere ab 1929 – haben den klassischen Liberalismus, welcher im 19. Jahrhunderts noch vorherrschend war – oftmals als Laissez-faire-Liberalismus bezeichnet – schwer diskreditiert. Insbesondere in Deutschland stellte sich nun die Frage, mit welcher Richtung der Nationalökonomie nun die Nachkriegszeit bestritten werden sollte. Diese Frage sollte, wie sich zeigte, maßgeblich durch die Besetzung des

⁴⁹ Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts (München 1998).

besiegten Deutschen Reiches durch die Siegermächte beeinflusst werden. Im Zuge der Entwicklungen der Beziehungen der beiden maßgeblichen Siegermächte USA und UdSSR zueinander entstanden hier unterschiedliche Ansätze. Wie groß der Einfluss dieser Ansätze für eine Gestaltung Nachkriegsdeutschlands war, kann man erahnen, wenn man daran denkt, welche Folgen es für Europa gehabt hätte, wenn sich der Plan von Henry Morgenthau⁵⁰ auch nur ansatzweise durchgesetzt hätte. Allerdings entstand dieser Plan bereits während des Krieges, als das Freund-Feind-Verhältnis der USA in Europa noch ein anderes war. Im Zuge der Entfremdung und Konfrontation der USA und der UdSSR in Europa, wandelten sich die Prinzipien, welche für die Gestaltung des neuen Deutschlands eine Rolle spielen sollten.

„Der energische Wiederaufbau Westdeutschlands begann jedoch erst, als vor allem die amerikanische Besatzungspolitik sich unter dem Eindruck zunehmender Entfremdung gegenüber der Sowjetunion grundlegend wandelte. Erst jetzt wurde auch die Gefahr einer längerfristigen Lähmung der westdeutschen Wirtschaft, die 1945/46 aufgrund der unsicheren politischen Rahmenbedingungen – nicht zuletzt im Bereich von Reparationen und Demontagen – noch bestanden hatte, gebannt.“⁵¹

Dieser Wandel spielt auch eine große Rolle für den Umgang mit Reparationsforderungen gegenüber dem Deutschen Reich seitens der Siegermächte. Diese Reparationsforderungen waren vor allem für die deutsche Schwerindustrie maßgeblich, waren diese kapitalintensiven Betriebe doch begehrte Güter und vorrangiges Ziel von Demontagen. Das grundsätzliche Vorhaben, sich für etwaige Kriegsaufwendungen und Schäden im Sinne von Reparationsleistungen mittels Demontage von Industrieanlagen in den besiegten Ländern (und hier vor allem im Deutschen Reich bzw. seinen Nachfolgestaaten) zu entschädigen, teilten eigentlich alle Siegermächte. Aufgrund der massiven Verluste und Aufwendungen beharrten vorrangig die UdSSR und mit großem Abstand auch Frankreich – hier spielt ein gewisses Konkurrenzdenken mit Deutschland eine Rolle – auf Reparationsleistungen und damit auch auf Demontagen. Auch aus diesem Grund – und vor allem aufgrund der entstehenden Spannungen – wurde seitens der Westalliierten versucht, das Ruhrgebiet, als traditionelle Region der konzentrierten Schwerindustrie, nicht Stalin zu überlassen. Aus den

⁵⁰ Henry Morgenthau (1891-1967) amerikanischer Finanzminister unter Franklin D. Roosevelt. Dieser verfolgte während des Krieges das Ziel, Deutschland zu deindustrialisieren und in einen Agrarstaat zu verwandeln. Zu diesem Thema vgl. Wilfried *Mausbach*, Zwischen Morgenthau und Marshall. Das wirtschaftspolitische Deutschland der USA 1944-1947 (Düsseldorf 1996).

⁵¹ Manfred *Görtemaker*, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung zur Gegenwart (München 1999) S.127.

gleichen Motiven erhob Frankreich Ansprüche auf das Saarland, welches ein weiteres Zentrum der deutschen Eisen- und Stahlindustrie sowie des Kohlebergbaus darstellt.⁵²

Der Strategiewandel der Westalliierten – und hier besonders der USA – bezüglich der Deutschlandpolitik sorgte auch dafür, dass Westdeutschland als Einheit – als Bundesrepublik Deutschland – fortbestehen konnte und die starke und traditionsreiche deutsche Schwerindustrie, allen Kriegszerstörungen zum Trotz, zum Großteil erhalten werden konnte. Weiters hatte dieser Strategiewechsel einen großen Einfluss auch die Verfasstheit der zukünftigen Wirtschaftsform der Bundesrepublik Deutschland. Hierfür spielte auch der sich anbahnende Konflikt im Zuge des Kalten Krieges eine große Rolle, welcher sich im Zuge der ersten Berlinkrise unmissverständlich ankündigte. Waren nach Ende des Zweiten Weltkrieges zahlreiche sozialistische Initiativen im gesamten Land entstanden und der Laissez - faire-Kapitalismus aufgrund der Ereignisse in der Zwischenkriegszeit schwer in Misskredit geraten, so schlug die zukünftige Bundesrepublik Deutschland unter der Federführung von Konrad Adenauer dennoch einen klar antikommunistischen Kurs⁵³ ein. Man sprach in diesem Zusammenhang von einer „Westbindung“, welche natürlich auch durch die in Aussicht gestellten Hilfsmittel des Marshall-Plans verstärkt wurde. Mit dieser Westbindung ging auch eine klare Orientierung in Richtung kapitalistischer Marktwirtschaft einher. Wenn der damalige Langzeit-Bundeskanzler Konrad Adenauer den Antikommunismus verkörperte, dann war „das Gesicht“ zu dieser marktwirtschaftlichen Orientierung sein ebenso langjähriger Finanzminister und spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard.⁵⁴ Wirtschaftspolitisch wurde hierfür das Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ in der BRD etabliert, ein noch heute gültiger Terminus. Die Soziale Marktwirtschaft wurde von „neoliberalen“ Ökonomen der ersten Stunde konzipiert, welche die Verfehlungen des klassischen Liberalismus auszubessern versuchten und der Marktwirtschaft einen klaren, staatlichen Ordnungsrahmen gaben. Hierfür wurde auch der Begriff des „Ordoliberalismus“ geprägt. Monopolistische Entwicklungen sollten verhindert und ein fairer Wettbewerb unter allen Teilnehmern garantiert werden. Einer der Entwickler dieser Sozialen Marktwirtschaft war Alfred Müller-Armack. Dieser wollte ausdrücklich

⁵² Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung zur Gegenwart* (München 1999) S.126.

⁵³ Konrad Adenauer (1876-1967) war Bundeskanzler der BRD 1949-1963. Weiterführend zu Antikommunismus und Konrad Adenauer vgl. Stefan Creuzberger, Dierk Hoffmann (Hrsg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik (München 2014).

⁵⁴ Ludwig Erhard (1897-1977) deutscher Finanzminister und Bundeskanzler.

„[...] im Namen des Westens ‚der Herausforderung des östlichen Kollektivismus‘ eine zeitgerechte Antwort‘ entgegensetzen. Dabei ging es darum, ‚eine Synthese zwischen freiheitlich-unternehmerischer-marktwirtschaftlicher Organisation auf der einen Seite und den sozialen Notwendigkeiten der industriellen Massengesellschaft‘ der Gegenwart zu finden.“⁵⁵

Das Neue an der sozialen Marktwirtschaft bestand für Müller-Armack darin, den vom „Altliberalismus“ geforderten schwachen Staat aus seiner „Nachtwächter“-Rolle zu erlösen und ihm die zentrale Funktion bei der Sicherung einer wirklich freien Wirtschaft zu verleihen.⁵⁶

2. Arbeitsgesellschaft

Im „goldenen Zeitalter“ begann sich in Deutschland ein Strukturwandel bezüglich der Verteilung der Arbeitsplätze auf die drei Sektoren zu vollziehen⁵⁷. Dabei handelte es sich allerdings nicht um ein speziell bundesdeutsches Phänomen, sondern um ein typisches Merkmal der Entwicklung in Richtung einer modernen Industriegesellschaft der damaligen Zeit.

„So lag der Anteil der im Agrarsektor tätigen Menschen an der Gesamtzahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik bereits 1950 nur noch bei 22 Prozent; bis 1960 sank er sogar auf 13 Prozent. Die Industrie beschäftigte dagegen schon in den fünfziger Jahren knapp die Hälfte aller Arbeitskräfte, während der tertiäre Sektor, der schließlich sowohl die Landwirtschaft als auch die Industrie überflügeln sollte, zu dieser Zeit noch bei 20 Prozent lag und erst in den sechziger und siebziger Jahren entscheidend an Boden gewinnen sollte. Der Anteil der selbstständig Beschäftigten nahm im Laufe dieser Entwicklung kontinuierlich ab und lag bereits 1960 bei unter 20 Prozent gegenüber immerhin noch 28 Prozent im Jahre 1950.“⁵⁸

Durch diese Entwicklung begann sich eine Arbeitsgesellschaft im Sinne einer Gesellschaft der Arbeitnehmer, welche meist in großen mechanisierten (Industrie-)Betrieben arbeiteten, im Laufe des goldenen Zeitalters immer stärker zu etablieren. Görtemaker verweist hier darauf, dass die moderne, kapitalistische Industriegesellschaft, welche auf dem freien Unternehmertum beruht, in „Wirklichkeit“ eine vielfältig differenzierte Arbeitnehmergesellschaft ist, in welcher es zur vorrangigen Aufgabe der Politik geworden ist,

⁵⁵Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung zur Gegenwart. (München 1999) S.154.

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ Welche – verkürzt ausgedrückt – Landwirtschaft, Industrie/Gewerbe und Dienstleistungen repräsentieren.

⁵⁸ Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland S.166.

die Rahmenbedingungen für Aufstieg und soziale Sicherheit auf allen Ebenen zu schaffen.⁵⁹ Diese Entwicklung sei – mit steigender Tendenz – bereits in den 1950er Jahren festzustellen. Dies war insofern eine große Neuerung, da die im deutschen Kaiserreich und auch in der Weimarer Republik praktizierte „negative Integration“ der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik quasi gänzlich überwunden wurde. Auch weil die SPD und die Gewerkschaften – u.a. dank Vollbeschäftigung und stetig steigendem Lebensstandard – als die wesentlichen Organisationsträger der Arbeiterschaft zu bis dahin unbekannter gesellschaftlicher Akzeptanz kamen.⁶⁰

3. Schwerindustrie

Die Schwerindustrie, hier im Fokus Kohlebergbau und Eisen- und Stahlindustrie, stand nach dem Zweiten Weltkrieg in vielerlei Hinsicht im Zentrum zahlreicher Begehrlichkeiten aber auch Kontroversen. Zu Beginn der Nachkriegszeit stand der Gedanke, Deutschland wirtschaftlich und militärisch stark zu schwächen, bei allen Alliierten im Vordergrund. Ein Programm der industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung sowie Reparationsforderungen standen dabei im Vordergrund⁶¹.

„Die Herstellung von Metallen, Chemikalien, Maschinen und anderen Gegenständen, die theoretisch zum Aufbau einer Kriegswirtschaft herangezogen werden konnten [...] war streng zu überwachen und auf die Bedürfnisse zu beschränken, die Deutschland zugebilligt worden waren. Die für die erlaubte Produktion nicht erforderlichen Produktionsmittel sollten [...] entweder entnommen oder, wenn sie nicht demontiert wurden, vernichtet werden.“⁶²

Über diese Grundsätze herrschte unmittelbar nach dem Krieg unter den Alliierten ein breiter Konsens. Insbesondere die Sowjetunion verfolgte hier eine sehr „harte“ Politik gegenüber Deutschland und nahm für eine ökonomische Wiedergutmachung der durch Deutschland verursachten Kriegsschäden auch eine „Verarmung oder gar Verelendung“ Deutschlands durchaus in Kauf.⁶³

Hierbei gereichte es vor allem Westdeutschland sehr zum Vorteil, dass zwischen den USA – und den übrigen Westalliierten – und der Sowjetunion bereits in der frühen Nachkriegszeit

⁵⁹ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung zur Gegenwart. (München 1999) S.166.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Ebd. S.120.

⁶² Ebd.

⁶³ Ebd. S.122.

eine gewisse Entfremdung stattfand. Die Differenzen in der Reparationsfrage begünstigten diese Entfremdung.⁶⁴ Der sich im Laufe der Nachkriegsjahre verstärkende Ost-West Gegensatz und der damit einhergehende Strategiewechsel der Westalliierten führte auch dazu, dass in Westdeutschland anstatt der im Industrieplan vom Frühjahr 1946 vorgesehenen Demontage von 1.546 Betrieben im letzten Industrieplan von 1949 nur mehr 744 Betriebe zur Demontage übriggeblieben sind. Unter diesen Betrieben befanden sich Hüttenwerke, Kugellagerfabriken, Flugzeugwerke, Anlagen der elektronischen und chemischen Industrie sowie Werften⁶⁵, kurzum also Anlagen der Schwerindustrie und verarbeitende Betriebe. Die Kohleförderung wurde im Zuge der „Ruhrfrage“ und der „Saarfrage“ gesondert behandelt. Auf Betreiben der USA wurde selbst diese Demontage-Liste weiter gekürzt – nun sollten nur mehr die verbliebenen Rüstungsbetriebe demontiert werden. Bei weiteren Verhandlungen – aus welchen das Petersberger Abkommen resultierte – erreichte Adenauer einen Grundsatzbeschluss über das baldige Ende der Demontagen. Die Demontagen gingen zwar noch bis Mitte 1951 weiter, aber es wurde nochmals eine weitere Reduzierung der Demontageliste erreicht, sodass wichtige Stahlwerke wie die August-Thyssen-Hütte in Duisburg-Hamborn, die Klöckner-Werke in Düsseldorf, die Ruhrstahl A.G. in Heinrichshütte und die Borsig-Stahlwerke in Berlin ebenso gerettet werden konnten wie zahlreiche Betriebe der chemischen Industrie.⁶⁶

Dennoch sollten die Demontagen in Westdeutschland nicht unterschätzt werden, nur weil sie um einiges weniger zahlreich ausfielen als in der sowjetischen Besatzungszone. Hier wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht über 80% der Anlagen der Eisen- und Stahlindustrie demontiert oder zerstört. Fest installierte und nicht transportable Anlagen wurden dabei gesprengt oder anderweitig zerstört.⁶⁷ Auch wegen des starken Widerstands der Belegschaften⁶⁸ in den westlichen Besatzungszonen fielen dort die Demontagen wesentlich geringer aus als in der sowjetischen Besatzungszone (natürlich steht hier der „Good-Will“ der westlichen Besatzungsmächte im Vordergrund – es ist anzunehmen, dass es auch in der SBZ

⁶⁴ Manfred *Görtemaker*, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung zur Gegenwart. (München 1999). S.125.

⁶⁵ Ebd. S.281.

⁶⁶ Ebd. S.283.

⁶⁷ Karl *Eckart*, Die Eisen- und Stahlindustrie in den beiden deutschen Staaten. (Stuttgart 1988) S.40.

⁶⁸ Ein Gründungsmythos, welcher sich zäh gehalten hat. Schließlich wurden die Hüttenwerke von den Arbeitern verteidigt und auch wieder in Betrieb genommen – gut dokumentiert für die Reichswerke in Salzgitter.

Widerstand gegen die Demontagen gegeben hat. Allerdings war die sowjetische Intention eine ganz andere).

„Besonders schwer betroffen war die Eisenhüttenindustrie im Ruhrgebiet. Allen in Nordrhein-Westfalen wurden zum größten Teil ganz oder teilweise demontiert: acht Hochöfen, acht Thomasbirnen⁶⁹, 51 Siemens-Martin-Öfen⁷⁰ und 60 Elektrostahlöfen. Das moderne Hochofenwerk von Krupp in Essen-Borbeck sowie die einzige vollautomatische Breitbandwalzstraße Europa in Dinslaken wurden völlig abgebaut. Die Firma Krupp verlor das ganz Stahlwerk in Essen, sodass 1945 in dem früheren Eisenzentrum des Reviers kein Eisen und Stahl mehr produziert wird. Die produktivste Hütte des Reviers, die August – Thyssen – Hütte in Duisburg, war so stark von der Demontage betroffen, dass die Eisenerzeugung erst 1953 wieder aufgenommen werden konnte. Auch das Hüttenwerk Salzgitter litt unter Demontagen. So verlor es 50% der Kokerei-Kapazität, 75% der Roheisen-Kapazität, 100% der Stahl-Kapazität und 100% der Walzstahl-Kapazität.“⁷¹

Diese Betriebe stellten einen großen Teil der Eisen- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet und Westdeutschland dar. Eine vollständige Demontage dieser Anlagen hätte der wirtschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands, im Hinblick auf Vollbeschäftigung und Arbeitsgesellschaft, wohl eine andere Dynamik gegeben, erwiesen sich doch die Betriebe der Schwerindustrie – vor allem in den Jahren zwischen 1950-1980 – als wahre Bastionen einer fordistischen Arbeitsgesellschaft. Auch wenn diese Betriebe nun im Besitz Deutschlands blieben, wurde dennoch eine internationale Kontrolle des so wichtigen Ruhrgebietes angestrebt. Diese Kontrolle war zu Beginn der Nachkriegszeit in Form einer internationalen Ruhrbehörde geplant, in welcher die Siegermächte (ohne UdSSR) und die Anrainerstaaten (BeNeLux) sowie Deutschland (allerdings weit in der Minderheit) ein Stimmrecht hatten. Ziel dieser Behörde war die interalliierte Verteilung der Erzeugnisse des Ruhrgebietes, in welchem bereits 1948 etwa 40 Prozent der westdeutschen Industriegüter produziert wurden. Damit wurde insbesondere die Kohle-, Koks- und Stahlerzeugung der internationalen Aufsicht unterworfen. Auch sollte damit in Zusammenhang mit der baldigen Gründung der Bundesrepublik die Kontrolle über das deutsche Wirtschaftspotenzial nicht ganz aufgegeben werden.⁷²

⁶⁹ Stahlkonverter nach dem Thomas-Verfahren. „Vorgänger“ zu den LD-Konvertern im LD Verfahren.

⁷⁰ Auch hier handelt es sich um ein älteres Verfahren zur Stahlerzeugung.

⁷¹ Karl Eckart, Die Eisen- und Stahlindustrie in den beiden deutschen Staaten. (Stuttgart 1988) S.41.

⁷² Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung zur Gegenwart. (München 1999) S.282.

ii. Großbritannien

Das Vereinigte Königreich kann als das Ursprungsland der Industriellen Revolution auf eine lange Tradition der Eisen- und Stahlerzeugung zurückblicken. Die Industrielle Revolution hatte einen ihrer Ursprünge in Coalbrookdale in England, wo erstmals Stein- anstatt Holzkohle verwendet wurde, um Roheisen herzustellen. Dies war schließlich eine Bedingung für die industrielle Massenfertigung von Roheisen, welche wiederum Grundlage für den Ausbau der Eisenbahn sowie der industriellen Verwendung der Dampfmaschine für Fortbewegungszwecke und den Betrieb von (Groß-)Maschinen war.⁷³ Die Kapazitäten und Erzeugungsmengen an Roheisen- und Rohstahl waren fortan wichtige Kennziffern auch in Bezug auf die militärische Potenz eines Landes. Dies zeigte sich vor allem im Laufe des 19. Jahrhunderts im militärischen Wettrüsten der europäischen Mächte und hier insbesondere zwischen Frankreich, dem Vereinigten Königreich und dem Deutschen Reich. Besonders das Wettrüsten auf den Meeren – also die Stärke der Marine und die Anzahl und Größe der Schlacht- und Panzerschiffe – war vor dem Ersten Weltkrieg von großer militärischer Bedeutung. Hier hatte das Vereinigte Königreich die Vormachtstellung. Im Ersten Weltkrieg und danach war das Vereinigte Königreich noch eine maßgebliche Großmacht. Diesen Status büßte es zwar bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges allmählich ein, war aber dennoch einer der zentralen Teilnehmer an dem europäischen Schauplatz des Zweiten Weltkrieges, auch weil es – zumindest eine Zeit lang – der einzige Gegenspieler das lange Zeit siegreichen Deutschen Reiches war. Das „Standhalten“ des Vereinigten Königreiches gegen eine mögliche deutsche Invasion hatte maßgeblichen Einfluss auf den Fortgang – oder gar Ausgang? – des Krieges. Das Auftreten und die Rhetorik Winston Churchills in dieser Zeit verliehen ihm seinen legendären Ruf als starker Kontrahent Nazi-Deutschlands. Nach wie vor eine sehr kontroverse Angelegenheit sind hingegen die britischen Flächenbombardements gegen deutsche Städte ab 1943. Bei diesen „1000-Bomber-Angriffen“ genannten Operationen wurden gezielt ganze Städte angegriffen und durch massiven Brandbombeneinsatz verheerende Brände und Feuerstürme erzeugt, jeweils mit einer hohen Anzahl an zivilen Opfern. Zu trauriger Berühmtheit kamen die besonders zerstörerischen Angriffe auf Hamburg und Dresden. Ich will hier nicht darüber diskutieren, ob diese Angriffe den Krieg verkürzt haben oder allgemein

⁷³ Sydney Pollard, Struktur- und Entwicklungsprobleme der britischen Wirtschaft. In: Hans Kastendiek, Karl Rohe, Angelika Volle (Hrsg.), Großbritannien. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft. (Frankfurt (Main) 1994) S.247.

notwendig gewesen sind. Sie haben aber maßgeblich zum „Gesicht“ Nachkriegsdeutschlands beigetragen. Allerdings waren diese Angriffe auch eine der letzten, großen militärischen Operationen der ehemaligen Weltmacht Vereinigtes Königreich.

Hans-Christoph Schröder argumentiert, dass durch den Zweiten Weltkrieg jene britische Weltmachtstellung verloren ging, die Churchill hatte bewahren wollen und an der ihm noch mehr gelegen war als seinen Kontrahenten in der konservativen Partei. Der Sieg gegen Deutschland – so haben revisionistische Historiker argumentiert – habe Großbritannien alles gekostet, woran Churchill geglaubt habe. Diese Tatsache wurde jedoch zunächst nicht deutlich, weil das Land wiederum – wie bereits 1918 – Siegermacht war und einerseits seine industriellen Schwächen wegen der starken Zerstörung in den meisten Industriestaaten nicht sogleich erkennbar waren und andererseits die Liquidierung des Empires sich allmählich und in einer das britische Selbstbewusstsein schonenden Form vollzog.⁷⁴

Diese Entwicklung lässt sich auch anhand der britischen Eisen- und Stahlindustrie ablesen. Die Kriegswirtschaft sowohl im Ersten Weltkrieg als auch im Zweiten Weltkrieg benötigte enorme Mengen an Eisen und Stahl. Dieser Umstand half oftmals über gröbere Probleme innerhalb der Industrien der jeweiligen Länder hinwegzutäuschen.⁷⁵ Denn nach dem Zweiten Weltkrieg begann der Prozess des „British decline“ erneut an Fahrt aufzunehmen. Dieser Prozess nimmt vor allem Bezug auf die Entkolonialisierung und die abnehmende Bedeutung Großbritanniens auf weltpolitischer Bühne, hier auch in Bezug auf den neuen West-Ost Gegensatz zwischen den neuen Supermächten. Obwohl die britische Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus auch eine Erfolgsgeschichte war, war sie maßgeblich geprägt vom „British decline“ – eine für das britische Selbstverständnis schwierige Sache.⁷⁶

1. Nachkriegszeit und Wirtschaftswunder

Die Situation des Vereinigten Königreichs nach dem Zweiten Weltkrieg war in vielerlei Hinsicht vielversprechend. Man stand auf der „Gewinnerseite“, hatte mit den USA einen mächtigen

⁷⁴ Hans-Christoph Schröder, Die Geschichte Englands. Ein Überblick. In: Hans Kastendiek, Karl Rohe, Angelika Volle (Hrsg.), Großbritannien. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Frankfurt (Main) 1994) S.53.

⁷⁵ Heidrun Abromeit, British Steel. An Industry between the State and the Private Sector (New York 1986) S.112-114.

⁷⁶ Zum wirtschaftlichen Aspekt des „British decline“ vgl. Sidney Pollard, Struktur- und Entwicklungsprobleme der britischen Wirtschaft. In: Hans Kastendiek, Karl Rohe, Angelika Volle (Hrsg.), Großbritannien. Geschichte-Politik - Wirtschaft-Gesellschaft (Frankfurt (Main) 1994).

Verbündeten und trotz einer intensiven Kriegsbeteiligung vergleichsweise geringe Kriegszerstörungen in Kauf nehmen müssen. Die Aufwendungen für die Kriegsführung – insbesondere für die „Luftschlacht um England“ als auch die Bomberoffensive und die Teilnahme an der Invasion in der Normandie sowie die Operationen in Afrika – waren hingegen enorm und hatten wie oben bereits dargelegt einen großen Einfluss auf die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Ebenso wie in der Bundesrepublik war die Nachkriegszeit in Großbritannien durch eine starke Expansion des Wohlfahrtsstaates („welfare state“) bestimmt. Auch hier kam es zu einem korporatistisch abgestimmten Handeln zwischen Kapital (Arbeitgeber) und Arbeitskräften. Diese in großen Teilen Westeuropas – im Zuge des Wirtschaftsaufschwunges – beobachtbare Entwicklung wurde besonders in Großbritannien als Nachkriegskonsens bezeichnet, und dieser zeigte sich auch in der Zusammenarbeit und den Positionen der beiden großen Parteien, der Labour Party und der Conservative Party. Diese Entwicklung wurde natürlich getragen vom starken Wirtschaftswachstum, welches auch einen großen sozialpolitischen Spielraum mit sich brachte. Die Ausformungen der beiden Wohlfahrtsstaaten in Großbritannien und der BRD unterschied sich allerdings in großen Bereichen, was sich auch in der Krise der 1970er zeigte. Der Nachkriegskonsens kam durch das Ende des Booms und die beginnende Krise an seine Grenzen und insbesondere die Conservative Party konnte nun ihr „wirkliches“ Profil zeigen. Die Labour Party hingegen kam, auch aufgrund ihrer zum Großteil umgesetzten Forderungen – Vollbeschäftigung, hohe Lohnerhöhungen und Gewerkschaftsautonomie – welche die Krise unter anderem noch weiter befeuerten, in Erklärungsnot. Diese Ausgangssituation bereitete der Machtübernahme von Margaret Thatcher und ihrer neuen konservativen Politik⁷⁷ den idealen Nährboden.

2. Arbeitsgesellschaft

In Bezug auf die Ausbildung einer Arbeitsgesellschaft hatte der Nachkriegskonsens in Großbritannien eine besondere Bedeutung. Der Nachkriegskonsens bezeichnet eine Zeit der überwiegenden Übereinstimmung der beiden großen gesellschaftlichen Interessensgruppen nach dem Zweiten Weltkrieg. Die guten Erfahrungen, resultierend aus der Zusammenarbeit in

⁷⁷ Weiterführend dazu vgl. Dominik Geppert, *Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975-1979* (München 2002).

der Kriegswirtschaft des Zweiten Weltkrieges, ermöglichten auch eine Fortsetzung dieser Übereinstimmung in Friedenszeiten.

„Britische und ausländische Kommentatoren waren sich darin einig, dass es dem Land in besonders glücklicher Weise gelungen war, seine traditionellen Strukturen der Politik- und Gesellschaftsorganisation zu bewahren und gleichzeitig an neue Herausforderungen anzupassen. Das politische System hatte flexibel auf den Kriegsausbruch reagiert, die Kriegsanstrengungen erfolgreich koordiniert und sich insbesondere bei der Organisation der Kriegswirtschaft bewährt. Im Unterschied zu anderen westeuropäischen Ländern schien auch in den unruhigen Jahren der unmittelbaren Nachkriegszeit die gesellschaftliche und politische Stabilität des Landes nie gefährdet zu sein. Als die beiden großen Parteien, die seit 1951 mehr als 96% der Wählerstimmen und fast 99% der Unterhaussitze auf sich vereinigten, sich mit ihren programmatischen Aussagen immer stärker einander annäherten, wurde diese Stabilität so etwas wie ein Markenzeichen der britischen Politik.“⁷⁸

Dieser Grundkonsens war sicherlich auch eine Folge der innenpolitischen Rückwirkungen des Kalten Krieges. Ähnliches galt ja auch in anderen Ländern, d.h., dass die opponierenden Kräfte (meist eine konservative oder eine sozialdemokratische Partei) immer ähnlicher werdende Volksparteien wurden, die dennoch miteinander konkurrierten. Für Großbritannien stand der Begriff „Butskellismus“ synonym für diese Entwicklung, ein Kofferwort aus den Nachnamen des Konservativen R.A. Butler und Hugh Gaitskell bei den Sozialdemokraten. Diese einprägsame Wortschöpfung fehlt zwar in keiner Beschreibung der britischen Nachkriegsgeschichte, allerdings ist sie etwas unzureichend für die Umschreibung des britischen Nachkriegskonsenses, da sie nur die politische Ebene darstellt.⁷⁹

„Dieser Begriff bezieht sich auf weit mehr als auf die Strategien und Mechanismen der Parteienkonkurrenz; er bezieht sich auf ein Modell der Nachkriegsentwicklung, das sich durch eine spezifische Kompromissstruktur der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Grundentscheidungen auszeichnet“.⁸⁰

Die so organisierte britische Nachkriegswirtschaft und -gesellschaft entwickelte sich gut, mit gutem Wachstum, niedriger Arbeitslosigkeit und sozialem Frieden. Die diese Zeit charakterisierenden Schlagworte waren:

- Liberale Wirtschaftspolitik
- „Mixed Economy“
- „Free Collective Bargaining“

⁷⁸ Hans Kastendiek, Vom Nachkriegskonsens zum Thatcherismus. In: Hans-Georg Wehling (Hrsg.), Großbritannien (Stuttgart 1992) S. 103.

⁷⁹ Ebd. S. 104.

⁸⁰ Ebd.

Dies bezeichnet eine freie Marktwirtschaft, welche als soziale Demokratie ausgeführt ist, mit einer gemischten Wirtschaft aus staatlichen und privaten Unternehmen, in welcher die Gewerkschaften relativ dezentral und autonom die Lohnabschlüsse mit der Unternehmensseite aushandelten. Diese Lohnverhandlungen konnten so dezentral sein, dass diese sogar auf Betriebsebene zu unterschiedlichen Ergebnissen führten.⁸¹ Daraus kann man folgern, dass die Gewerkschaften eine sehr große Autonomie besaßen und diese auch dementsprechend ausübten.

Die Entwicklung in Richtung einer Arbeitsgesellschaft fordristischer Prägung fand analog zu den meisten anderen westlichen Industrienationen ebenso im Zuge des Nachkriegsbooms statt.

Ein Aspekt, welcher für die Arbeitsgesellschaft – spezieller für eine Arbeitnehmergesellschaft – von großer Bedeutung ist, ist die relative „Macht“ und das große Gewicht der Arbeitnehmer in der Gesellschaft. Dieses große Gewicht ist getragen durch eine Vollbeschäftigung, welche die Arbeitskraft zu einem knappen Gut werden lässt, welches sich hoher Nachfrage erfreut. (Diese „marktkonforme“ Ausdrucksweise soll nicht außer Acht lassen, dass die Nachkriegs-Arbeitsgesellschaft auch durch eine deutliche De-Kommodifizierung der Arbeitskraft gekennzeichnet war.) Dadurch waren Arbeitnehmer in einer guten Verhandlungsposition, da der Preis ihrer Arbeitskraft hoch war. Entscheidend für die Stärke der Arbeitnehmer war ihr universal hoher Organisationsgrad in Gewerkschaften. Dieser lässt sich für Großbritannien als auch für die BRD ebenso feststellen, auch wenn immer wieder betont wird, dass die britischen Formen der Systeme der Arbeitsbeziehungen und gewerkschaftlichen Interessensvertretungen im Vergleich zu Westdeutschland sehr unterschiedlich sind.⁸² Dies hat unter anderen den Grund, dass die Position der Trade Unions nach dem Zweiten Weltkrieg in Großbritannien gefestigt und gestärkt war, auch weil einige hochrangige Gewerkschaftsrepräsentanten wichtige Ministerposten in der Kriegskoalition zwischen Konservativen, Labour und Liberalen innehatten. Ohne die enge Kooperation zwischen Regierung, Unternehmen und Gewerkschaften wäre die Organisation der Kriegswirtschaft kaum erfolgreich gewesen. Der überraschende Wahlsieg der Labour Party 1945 unter Clement Attlee⁸³ stärkte natürlich die Position der Trade Unions weiter. Aus dieser Kriegskoalition

⁸¹ Hans *Kastendiek*, Vom Nachkriegskonsens zum Thatcherismus. In: Hans-Georg *Wehling* (Hrsg.), Großbritannien (Stuttgart 1992) S. 106 ff.

⁸² Hans *Kastendiek*, „Collective Bargaining“ und gewerkschaftliche Interessensvertretung. In: Hans *Kastendiek*, Karl *Rohe*, Angelika *Volle* (Hrsg.), Großbritannien. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft. (Frankfurt (Main) 1994). S.280ff.

⁸³ Clement Attlee (1883-1967). Premierminister des Vereinigten Königreiches 1945-1951.

heraus lässt sich die Etablierung eines stabilen Nachkriegskonsenses gut nachvollziehen. Hier liegt ein großer Unterschied zu den westdeutschen Gewerkschaften, konnten diese doch nicht auf eine Einbeziehung in die Kriegswirtschaft oder überhaupt auf ein Bestehen vor dem Krieg (seit 1933) zurückgreifen. So wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund erst 1949 gegründet.⁸⁴ Ein weiteres „Symptom“ des Nachkriegskonsenses war das annähernd gleiche Stimmenverhältnis zwischen den beiden großen Parteien von 1950 bis 1979. Diese Zeitdauer spiegelt gut das „goldene“ Zeitalter wider, für das Arbeitsgesellschaft und Nachkriegskonsens charakteristisch waren. Dieser Sachverhalt ist auch in der BRD anzutreffen, ein Vergleich ist allerdings schwierig, da das Wahlsystem und die Parteiensysteme in der BRD und in Großbritannien gänzlich unterschiedlich waren. Ein weiterer Unterschied zwischen den beiden Ländern war das „Free Collective Bargaining“, welches eine der Grundlagen für das britische System der Arbeitsorganisation darstellt.

„[...] grundlegend hing das Funktionieren korporativer Regulierung davon ab, dass es den Parteien und Verbänden, insbesondere den Gewerkschaften gelang, Interessensartikulations- und -Durchsetzungsprozesse so zu kontrollieren, dass zentralbürokratisch ausgehandelte Kompromisse auch befolgt wurden.“⁸⁵

Der Begriff „free collective bargaining“ beschreibt wohl am besten den Kern des britischen Systems der Arbeitsbeziehungen und lässt sich nur unvollkommen mit dem deutschen Äquivalent der „Tarifautonomie“ übersetzen. Aus britischer Perspektive ist die Autonomie der deutschen Tarifparteien sehr eingeschränkt, weil ihr Verhalten durch ein umfassendes Regelwerk staatlicher Vorschriften bestimmt wird. Dem gegenüber steht die britische Tradition des Voluntarismus, also der freiwillig eingegangenen und autonom gestalteten Beziehungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften. Hier werden nicht nur die jeweiligen Tarifabschlüsse, sondern auch die Verfahrensregeln der Tarifbeziehungen ohne staatliche Intervention von den autonomen Verhandlungsparteien vereinbart.⁸⁶ Diese sehr „laissez-faire“ anmutende Praktik ist aus mitteleuropäischer Perspektive und verglichen mit

⁸⁴ Zu den deutschen und britischen Gewerkschaften vgl. Anke *Hassel*, Gewerkschaften und sozialer Wandel. Mitgliederrekrutierung und Arbeitsbeziehungen in Deutschland und Großbritannien (Baden-Baden 1999).

⁸⁵ Joachim *Hirsch*, Roland *Roth*, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus (Hamburg 1986) S.72.

⁸⁶ Hans *Kastendiek*, „Collective Bargaining“ und gewerkschaftliche Interessensvertretung. In: Hans *Kastendiek*, Karl *Rohe*, Angelika *Volle* (Hrsg.), Großbritannien. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Frankfurt (Main) 1994) S.283.

dem deutschen System der verrechtlichen Arbeitsbeziehungen schwer vorstellbar. Kastendieck schreibt:

„Deutsche Beobachter hatten denn auch immer Probleme damit, dass im Free Collective Bargaining keine rechtliche Verbindlichkeit von Tarifvereinbarungen gab, keine ‚Friedenspflicht‘ während der Laufzeit von Tarifverträgen, keine zivilrechtliche Haftung bei nichteingehaltenen Verträgen und keine Betriebsverfassung, die Belegschaftsvertretern bestimmte Rechte einräumt, aber auch auf einen Betriebsfrieden verpflichtet. Dennoch war das Free Collective Bargaining keineswegs unreguliert. Im Verhandlungssystem zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften sowie den betrieblichen Gewerkschaftsvertretern und dem Management hatte sich ein dichtes Netz sozialer Selbstregulierungsmechanismen herausgebildet. Obwohl viele dieser Regeln nicht in schriftlicher Form festgehalten wurden, hatten sie als Customs and Practices durchaus eine verbindliche Wirkung.“⁸⁷

Als „Practices“ wurden Verhaltensweisen zwischen den Tarifparteien bezeichnet, welche sich im Laufe der Zeit eingespielt haben und von beiden Seiten als „bewährter und guter Brauch“ („Customs“) des wechselseitigen Umgangs akzeptiert wurden. Ansonsten gab es keine Regulierung in Bezug auf das System der britischen Arbeitsbeziehungen. Dies hatte weitreichende Auswirkungen auf die „gelebten“ Arbeitsbeziehungen in Großbritannien, denn hier wurde der direkte und offene Arbeitskonflikt bis zum Ende der 70er Jahre als ein ganz normaler Tatbestand betrachtet. Die Bereitschaft und die Fähigkeit der Gewerkschaften und der Arbeitnehmerorganisationen in den Unternehmen (Shop stewards), notfalls zu jeder Zeit Arbeitskämpfmaßnahmen zu ergreifen, wurde sogar als eine Voraussetzung des Free Collective Bargainings verstanden, im Unterschied zur BRD, wo der Arbeitskampf nur als „ultima ratio“ akzeptiert wurde, wenn alle anderen Einigungsmöglichkeiten zwischen den Tarifparteien erschöpft waren. Dies sollte große Auswirkungen und einige Implikationen auf bzw. für die Entwicklung in den 1970er Jahren haben. Tatsächlich waren die britischen Gewerkschaften bis Ende der 1970er Jahre sehr stark. Dies kann man einerseits am Organisationsgrad der Arbeitnehmer ablesen, andererseits an den durchgesetzten Einkommenszuwächsen im Zuge des Free Collective Bargaining. Der Organisationsgrad der Gewerkschaften stieg nach 1945 stark an und erreichte Werte von durchschnittlich 45% bis 1968. Von da an stieg er wieder stark an und erreichte beinahe 55% im Jahr 1979. Ab diesem Zeitpunkt sank der Organisationsgrad wieder stark ab und erreichte gegen 1990 wieder an die 40%. Die Jahre

⁸⁷ Hans Kastendiek, „Collective Bargaining“ und gewerkschaftliche Interessensvertretung. In: Hans Kastendiek, Karl Rohe, Angelika Volle (Hrsg.), Großbritannien. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Frankfurt (Main) 1994) S.283.

1978 und 1979 mit dem „Winter of Discontent“ und den Unterhauswahlen 1979 sollten nicht umsonst ein Wendepunkt in der Geschichte der Organisation der britischen Arbeitsbeziehungen bleiben.⁸⁸ Eine ähnliche Entwicklung lässt sich auch anhand der erzielten Einkommenssteigerungen nachzeichnen. Diese hatten auch ihre Höhepunkte in den 1970er Jahren.⁸⁹

Tabelle 1. Durchschnittliche Einkommenszuwächse, Inflationsraten und Produktivitätsanstieg in Großbritannien 1961-1990.⁹⁰

ZEITRAUM	EINKOMMENSZUWACHS IN %	INFLATIONSRATE IN %	PRODUKTIVITÄTSANSTIEG IN %
1961-1965	5,88	3,52	2,24
1966-1970	8,12	4,52	2,84
1971-1975	17,48	13,16	1,76
1976- 1980	14,74	14,42	1,74
1981-1985	8,88	7,20	2,58
1986-1990	8,62	5,96	1,30
1961-1990	10,62	8,13	2,08
1961-1979	11,13	8,43	2,33
1979-1990	10,20	8,10	1,59

⁸⁸ Hans *Kastendiek*, „Collective Bargaining“ und gewerkschaftliche Interessensvertretung. In: Hans *Kastendiek*, Karl *Rohe*, Angelika *Volle* (Hrsg.), Großbritannien. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Frankfurt (Main) 1994) S.281.

⁸⁹ Siehe Tabelle 1.

⁹⁰ Quelle: Hans *Kastendiek*, „Collective Bargaining“ und gewerkschaftliche Interessensvertretung. In: Hans *Kastendiek*, Karl *Rohe*, Angelika *Volle* (Hrsg.), Großbritannien. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft (Frankfurt (Main) 1994) S.295.

3. Schwerindustrie

Die britische Eisen- und Stahlindustrie blickt aufgrund der Pionierrolle des Vereinigten Königreichs in der Industrialisierung bereits auf eine lange Tradition zurück. Dies zeigt sich auch in etlichen industriellen Regionen, welche stark durch den (Stein-)Kohleabbau und die Koks- sowie Eisen- und Stahlerzeugung geprägt wurden. Traditionelle Zentren der Schwerindustrie in Großbritannien waren die Räume und Distrikte um Manchester, Sheffield, Birmingham, Liverpool, Newcastle und Glasgow. Diese Tradition ging zurück bis zu den Anfängen der Industrialisierung im 18. und 19. Jahrhundert.⁹¹

Im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland herrschten hier gänzlich andere Bedingungen für die Eisen- und Stahlindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg vor. Großbritannien war als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs weder von einer Besatzung noch von Demontagen betroffen. Vielmehr hatte die Eisen- und Stahlindustrie in der staatlich gelenkten Kriegswirtschaft bestens funktioniert und ordentliche Produktionssteigerungen verzeichnen können. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg behielt der Staat eine „gewisse Kontrolle“ über die Eisen- und Stahlindustrie des Vereinigten Königreichs. Die Reichweite dieser „gewissen Kontrolle“ oszillierte zwischen Absicht zur Verstaatlichung und Rahmengesetzgebung, je nachdem, welche Partei die Regierungsgeschäfte innehatte. Insofern kam kurz nach dem Zweiten Weltkrieg – unter der regierenden Labour-Partei – das Vorhaben auf, die Eisen- und Stahlindustrie Großbritanniens einheitlich zu verstaatlichen.⁹² Als Beweggründe konstatiert Abromeit:

„One point should be made, however: that, ever since the end of the First World War, this industry [British steel industry M.S.] has been in a state of crisis. During the ‚difficult twenties‘ it suffered from over – capitalisation, excess capacity, outdated plant and [...] a lack of efficient management in the mostly family owned firms.“⁹³

Neben diesen Problemen war die Produktion zunächst infolge der „Kriegsnachfrage“, aber auch nach dem Krieg weiter erhöht worden und nunmehr weniger – zumindest inländische – Nachfrage zu erwarten. Insofern lag dem Vorhaben der Nationalisierung der Plan, eine Restrukturierung und Anpassung der Eisen- und Stahlindustrie vorzunehmen, zugrunde. Ein

⁹¹ Wolf Gaebe, Großbritannien. Ein wirtschafts- und sozialgeographischer Überblick. In: Hans-Georg Wehling (Hrsg.), Großbritannien (Stuttgart 1992) S.22.

⁹² Heidrun Abromeit, British Steel. An Industry between the State and the Private Sector (New York 1986) S.114.

⁹³ Ebd. S. 111.

weiterer Punkt war, dass die Hüttenwerke Großbritanniens über das ganze Land verstreut waren.⁹⁴ Auch hier wurde eine Konzentration und eine effizientere räumliche Aufteilung der Industrie angestrebt. Die regierende Labour Party wurde allerdings bereits im Herbst 1951 von der Conservative Party abgelöst und diese versuchte umgehend – ganz nach ihrem inneren Selbstverständnis – die Verstaatlichung rückgängig zu machen. Abromeit schreibt:

„In the autumn of 1951 the Conservatives returned to power and immediately set about the de – nationalisation of an industry which as yet had not really been nationalised at all.“⁹⁵

Der Iron and Steel Act, der im Jahre 1953 die Entstaatlichung der Gesellschaften der Eisen- und Stahlindustrie einleitete, schuf durch ein Iron and Steel Board (dt. Eisen- und Stahlamt) dennoch eine Einrichtung für die staatliche Überwachung.⁹⁶

„Die Hauptaufgabe des Amtes besteht in allgemeiner Aufsicht über alle Tätigkeitsbereiche der Industrie im Hinblick auf die Förderung einer leistungsfähigen, wirtschaftlichen und genügenden Versorgung mit Eisen – und Stahlerzeugnissen unter Bedingungen des freien Wettbewerbs. Im Besonderen die Beaufsichtigung gewisser Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, wie z.B. die Produktionskapazität, die Rohstoffversorgung und Preise.“⁹⁷

Demnach blieb die Eisen- und Stahlindustrie weiterhin unter staatlicher Aufsicht. Die 1950er Jahre stellten für die britische Stahlindustrie – sowie für nahezu alle Schwerindustrien Europas – eine Phase der Prosperität dar. Allerdings – so bemerkt Abromeit – waren die 1950er Jahre zugleich eine Zeit, in welcher in Großbritannien wie anderswo notwendige Modernisierungen verschleppt wurden.

„The prosperous 1950s hid for some time the negative effects of the managerial conservatism [lack of modernisation, insufficient plant etc. M.S.] of the steel industry; but when the situation worsened in the early 1960s, the system [...] was revealed as a ‚fair weather edifice‘ [...]. The british steel industry, compared with its competitors in the world market, was technically backward – it had taken little or no interest in the technical developments made in the rest of the world.“⁹⁸

⁹⁴ Lambert Beckers, Die Struktur der Stahlindustrie der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit den übrigen Montanunionländern, den USA, Großbritannien und Japan (Aachen 1969) S. 229.

⁹⁵ Heidrun Abromeit, British Steel. An Industry between the State and the Private Sector (New York 1986) S. 116.

⁹⁶ Beckers, Die Struktur der Stahlindustrie der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit den übrigen Montanunionländern, den USA, Großbritannien und Japan S.231.

⁹⁷ Ebd. S. 231ff.

⁹⁸ Abromeit, British Steel S.118.

Diese Entwicklung sollte sich spätestens im Zuge der Stahlkrise in den 1970er Jahren als schwere Last erweisen und die entstehenden Probleme noch weiter verschärfen. Im Laufe der 1960er Jahre wurden die Probleme der Eisen- und Stahlindustrie Großbritanniens immer größer. Die seit 1966 wieder regierende Labour Party vollzog daraufhin am 28. Juli 1967 die Verstaatlichung der 14 führenden Gesellschaften der britischen Eisen- und Stahlindustrie. Intention dieser Verstaatlichung war auch die Lösung der offensichtlichen Probleme, nunmehr unter staatlicher Führung. Somit entstand die „British Steel Corporation“ (BSC), in welcher rund 90% der Stahlproduktion Großbritanniens konzentriert war.⁹⁹ 268.500 Menschen arbeiteten nun in diesem Staatsbetrieb, welcher eine der größten Stahlfirmen der Welt darstellte.¹⁰⁰ Auf dieses Arrangement werde ich in Kapitel 3.c.i.1 zurückkommen.

b. Konsens, Ford, Keynes und Bretton Woods

In diesem Kapitel möchte ich auf diese vier Begriffe eingehen und darauf, warum sie für die das goldene Zeitalter eine besondere Rolle spielten. Im Zuge der Begriffsbestimmungen in Kapitel 1.d sind einige dieser Begriffe bereits definiert worden. In diesem Kapitel sollen sie schließlich diskutiert werden und – wenn möglich – ein gewisses Zusammenspiel sowie eine besondere Relevanz für das goldene Zeitalter nachgewiesen werden.

Fordismus und Keynesianismus sind beides Teilaspekte einer Arbeitsgesellschaft im Sinne einer Arbeitnehmersgesellschaft. Ein weiteres mit diesen beiden Theorien und Praktiken verwobenes Element ist der Wohlfahrtsstaat. Dieser teils sehr verschlagwortete Begriff bezieht sich auf Gesetze, Maßnahmen und staatliche Handlungen, welche die Versorgung und die „Wohlfahrt“ der Menschen im Staat, dezidiert neben ihrer beruflichen Erwerbstätigkeit, sicherstellen sollte. Als Karl Marx aufgrund seiner Gesellschaftsdiagnosen im 19. Jahrhundert das baldige Ende des Kapitalismus durch eine Revolution „von unten“ beschrieb, rechnete er nicht mit den Verhältnissen, welche sich nach zwei Weltkriegen in den Industriestaaten etablieren sollten. Die Durchsetzung dieser Verhältnisse dauerte zumindest 30 Jahre, wobei – wie Hirsch und Roth formulieren – zwei Weltkriege und zwölf Jahre Faschismus in Deutschland

⁹⁹ Lambert *Beckers*, Die Struktur der Stahlindustrie der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit den übrigen Montanunionländern, den USA, Großbritannien und Japan (Aachen 1969) S.238.

¹⁰⁰Handelsblatt. Der Niedergang der britischen Stahlindustrie. Handelsblatt, 2007.

als „Geburtshelfer“ dieser neuen Verhältnisse fungierten.¹⁰¹ Sie definieren den Fordismus als eine historische kapitalistische Formation¹⁰², welcher aus folgenden Komponenten besteht:

- Tayloristische Massenproduktion als Produktionsregime und Akkumulationsmodell¹⁰³

Hier folgen Hirsch und Roth Michel Aglietta, der den Übergang von einer „extensiven“ zu einer „intensiven“, auf tayloristischer Arbeitsorganisation und Massenproduktion von Konsumgütern gestützten Akkumulationsstrategie als entscheidende Grundlage des Fordismus bezeichnet.¹⁰⁴

Zentral dabei ist, dass der vor-fordistische Kapitalismus bis in das 20. Jahrhundert hinein dadurch gekennzeichnet war, dass er traditionelle vorkapitalistische Formen der Arbeitskräftereproduktion¹⁰⁵, also die noch stark agrarisch geprägten Sozialbeziehungen, Konsumgewohnheiten und Lebensformen, relativ unberührt ließ. Die Akkumulation des Kapitals blieb im Wesentlichen auf die Produktionsmittelindustrie (Anlagevermögen) konzentriert. Die relative Entkopplung und die ungleichmäßige Entwicklung von (industrialisiertem) Produktionsmittel- und (traditionellem) Konsumgütersektor machte diese Formation strukturell anfällig für starke zyklische Überproduktionskrisen.¹⁰⁶ Die Krise dieser vor-fordistischen Akkumulation wurde im Kern durch eine radikale Veränderung der Arbeitsbedingungen überwunden, verbunden mit einer auf neuen Regulierungsformen beruhenden Ausdehnung der inneren Märkte. Die Basis dieser intensiven Akkumulationsstrategie war die schrittweise Durchsetzung des Taylorismus.¹⁰⁷ Für meine Beobachtung ist zentral, dass durch den Taylorismus die arbeitsorganisatorische und technologische Basis für die Massenproduktion von Konsumgütern und damit für die

¹⁰¹Joachim Hirsch, Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. (Hamburg 1986) S.240.

¹⁰² Siehe: Kapitel 1.d.

¹⁰³ Akkumulation bedeutet die „Anhäufung“ von Kapital durch Kapitaleinsatz (Investition).

¹⁰⁴ Hirsch, Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus. S.48

¹⁰⁵ Arbeitskräftereproduktion bezeichnet hier das „Verfügbarhalten“ von Arbeitskräften, das Aufrechterhalten ihrer Arbeitskraft. Vgl. Wikipedia. Reproduktion (Soziologie). 2019. [https://de.wikipedia.org/wiki/Reproduktion_\(Soziologie\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Reproduktion_(Soziologie)) (Zugriff am 10.12.2019)

¹⁰⁶ Hirsch, Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus S.49.

¹⁰⁷ Ebd. S.50.

Erschließung der Arbeitskräftereproduktion als Anlage- und Verwertungssphäre für das Kapital geschaffen wurde.¹⁰⁸

„Die Steigerung der Arbeitsproduktivität ermöglichte auf längere Sicht eine fühlbare Erhöhung des realen Lohnniveaus und ließ damit zumindest relevante Teile der Arbeiterklasse zu Konsumenten industriell erzeugter Massenprodukte werden“¹⁰⁹

Die Arbeitskräfte waren hiermit in das System der Kapitalverwertung, Akkumulation und Reproduktion eingebunden und dies – nach Henry Ford – „zur höheren Zufriedenheit aller Beteiligten“.¹¹⁰ Damit war der Grundstein für den Erfolg dieser Formation gelegt.

- Fordistische Vergesellschaftung und Keynesianischer Korporatismus als politische Regulierungsform

Hirsch und Roth verwenden hier die Begriffe „Akkumulationsmodell“ und „Hegemoniale Struktur“. Diese Begriffe sind stark an Karl Marx und Antonio Gramsci angelehnt, allerdings für die Beschreibung und Analyse der politisch-ökonomischen Struktur des „goldenen Zeitalters“ sehr hilfreich.¹¹¹ Hilfreich dabei ist, das goldene Zeitalter als einen „historischen Block“ im Sinne Gramscis als einen Gesellschaftsentwurf zu sehen. Dieser Gesellschaftsentwurf setzt sich aus dem oben genannten Akkumulationsmodell sowie einer spezifischen Regulierungsform zusammen. Aspekte und Bestandteile dieses Gesellschaftsentwurfes waren der (keynesianische) Wohlfahrtsstaat sowie eine weitgehende Vollbeschäftigung. Die Herausbildung des modernen Sozialstaates gilt als ein entscheidendes Moment des fordistischen Regulierungszusammenhangs. Dieser folgt der Logik einer „intensiven“ Form der Arbeitskraftnutzung, welche nicht mehr auf Raubbau, sondern auf gesellschaftlich regulierte Reproduktion des Arbeitsvermögens (der Arbeitskräfte) zielt.¹¹² Dabei waren die staatliche Unterstützung sowie Sozialversicherung notwendig, um zu verhindern, dass Individuen massenhaft und umstandslos aus dem fordistischen Produktions- und Reproduktionszirkel herausfallen. Zugleich stellten sie ein die notwendigen

¹⁰⁸ Joachim Hirsch, Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus (Hamburg 1986) S.50.

¹⁰⁹ Ebd. S.51.

¹¹⁰ Ebd. S.52.

¹¹¹ Hirsch, Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus S.44.

¹¹² Ebd.S.67.

Arbeitsmotivationen gewährleistendes Selektions- und Kontrollsystem dar.¹¹³ Dabei war der moderne Sozial- und Wohlfahrtsstaat kein Selbstzweck, trugen doch staatlich organisierte und garantierte soziale Sicherung mit den damit verbundenen Formen des kollektiven Konsums dazu bei, den Massenkonsum als einen entscheidenden Stützpfeiler des fordistischen Akkumulationsmodells zu stabilisieren.¹¹⁴ Der Sozial- und Wohlfahrtsstaat bildete so gesehen einen notwendigen Struktur- und Funktionsbestandteil der fordistischen Art der Vergesellschaftung, die notwendige *Klammer*, welche diese Formation einfasst und regelt. Der strukturelle Zusammenhang zwischen Sozialstaat und fordistischer Akkumulation kann auch eine Erklärung liefern, warum auch konservative Regierungen an seinem Ausbau mitgewirkt haben sowie auch relevante Kapitalgruppen diesen durchaus geduldet haben.¹¹⁵ Vor dieser Betrachtungsweise ist auch nachvollziehbar, warum jene Gruppen sich bei einer Krise dieser Formation wieder auf ursprünglichere Werte rückbesannen.

Parallel dazu entwickelten sich zwei tragende Institutionen des Fordismus in Richtung der fordistischen Tendenz der „Massenkultur“. Parteien wandelten sich von ihrer früheren Funktion der reinen Interessensvertretung und politischen Willensbildung zu „massenintegrativen Apparaten“, bürokratischen und etatistischen Großorganisationen, welche diesen Gesellschaftsentwurf regulierten.¹¹⁶ Diese korporative Regulierungsform kennzeichnet die Etablierung formeller und informeller Kooperationsverbände zwischen zentralisierten Interessensorganisationen der Unternehmer und Lohnabhängigen sowie der Staatsadministration, verbunden mit der Durchsetzung „sozialpartnerschaftlicher“, institutionalisierter und verrechtlichter Kompromissbildungsformen.¹¹⁷

Korporatismus in dieser historischen Form bedeutet, übergreifende Klasseninteressen bürokratisch zu organisieren und zu institutionalisieren. Hirsch und Roth sprechen hier von einem „Staatsreformismus“, welcher die Arbeiterklasse zwar ihrer eigenen politischen Initiative und ihrer Klassenautonomie beraube, sie aber zugleich als Klasse in den politischen Herrschaftsapparat einbezog und dort fest verankerte. Der „liberale Korporatismus“ war insoweit auch ein Ausdruck des unter fordistischen Produktions- und

¹¹³ Joachim Hirsch, Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus (Hamburg 1986) S.67.

¹¹⁴ Ebd.

¹¹⁵ Ebd.

¹¹⁶ Ebd. S.71.

¹¹⁷ Ebd.

Vergesellschaftungsbedingungen gewachsenen ökonomischen und politischen Gewichts der Arbeitnehmer.¹¹⁸

„Entscheidendes Strukturmerkmal der fordistischen Gesellschaft ist, dass die mit ihrer Durchsetzung verbundenen sozialstrukturellen Veränderungen („Lohnabhängigengesellschaft“, soziale Desintegrationsprozesse[...]) zu einer umfassenden Bürokratisierung sozialer Zusammenhänge führen musste, gekennzeichnet durch die Verdrängung milieubestimmter, subsistenzwirtschaftlicher, selbstorganisierter und lokaler Formen individueller und kollektiver Sicherung durch zentralisierte Großorganisationen.“¹¹⁹

Die Regulierungsleistung der nach fordistischem Modus bürokratisierten und massenintegrativen Partei- und Gewerkschaftsapparate beruhte hierbei auf dem Prinzip umfassender, programmatisch nicht ausgrenzender Interessensvertretung. Sie blieb auch dadurch daran gebunden, dass die Konflikte zwischen den „Systemimperativen“ des Weltmarkts auf der einen Seite und der individuellen Interessensvertretung auf der anderen Seite nicht durch offene Unterdrückung oder Ausgrenzung bereinigt, sondern durch materielle Konzessionen und Kompromisse überdeckt und ausgeglichen werden konnten.¹²⁰

„Der politische Regulierungsapparat des Fordismus war insoweit strukturell ‚reformistisch‘. Als Vermittler eines wie auch immer verzerrten ‚Verteilungspluralismus‘ basiert er in seiner ganzen Form daher auf kontinuierlichem ökonomischem Wachstum und relativer Vollbeschäftigung – Voraussetzungen, die der Fordismus tatsächlich für eine längere Periode gewährleisten konnte.“¹²¹

Diese beiden – Wohlfahrtsstaat und Vollbeschäftigung – weder vom Fordismus noch vom Keynesianismus ursprünglich intendierten Entwicklungen trugen maßgeblich zur Akzeptanz und Einbindung der Arbeitnehmer in diese Formation und auch zu ihrer Stärke bei. Allerdings musste eine potenzielle Abnahme der materiellen Verteilungsspielräume und wachsende Arbeitslosigkeit bei rückläufigen oder negativen Wachstumsraten hier auch die Folgen haben, dass es schwieriger wurde, physische, psychische und ökologische Schäden durch materielle Konzessionen zu kompensieren. Folgerichtig musste dies zu einer Krise des fordistischen Massenintegrationsmodus und zur Entstehung damit konfligierender Politik- und Interessenswahrnehmungsformen führen. Hirsch konstatiert hier, dass diese – im Laufe der

¹¹⁸ Joachim Hirsch, Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus (Hamburg 1986) S.71f.

¹¹⁹ Ebd. S.67.

¹²⁰ Ebd. S.71.

¹²¹ Ebd.

Entwicklung tatsächlich eintretende – Krise zur Krise der Sozialdemokratie als „der“ Regierungspartei des Fordismus wurde.¹²²

Für die weltweite – zunächst in der industrialisierten Welt, im Verlauf der Entwicklung aber auch in den Entwicklungsländern – Durchsetzung des fordistischen Akkumulationsmodells, spielten die USA eine Vorreiterrolle. Unter dem Druck der Dominanzverhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg sowie auch durch die Folgen von Faschismus und Krieg begründet, folgte das – freie – europäische und japanische Kapital dem Modell der USA mit einiger zeitlicher Verzögerung, dann aber teilweise sehr konsequent und auf eigenen Wegen. Die weltweite Blütezeit des Fordismus, diese lange Prosperitätsphase – das „goldene Zeitalter“ – setzte nach dem Zweiten Weltkrieg ein.¹²³

Eingeklammert wurde diese eben skizzierte Formation von einem System der internationalen Währungsrelationen. Dieses System wurde nach dem Ort benannt, an dem die Verhandlungen zu diesem System stattfanden, dem Ort Bretton Woods in New Hampshire in den USA. Dieses System, welches noch im Zweiten Weltkrieg 1944 im Mount Washington Hotel von 44 Nationen verhandelt und aus der Taufe gehoben wurde, sollte das wirtschaftliche System nach dem Zweiten Weltkrieg weltweit regeln. Hier wurde die vertragliche Grundlage zur Errichtung der beiden heute noch existenten Bretton-Woods-Institutionen, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), gelegt.¹²⁴

„Ziel des IWF-Abkommens, das am 27. Dezember 1945 in Kraft trat, war die Schaffung einer stabilen Weltwährungsordnung, die auf multilateraler Zusammenarbeit beruhte und die den Handel und die Beschäftigung fördern sollte. Westdeutschland trat diesem Abkommen [...] 1952 bei.“¹²⁵

Zentrale Protagonisten in diesen Verhandlungen waren der bereits bekannte Brite John Maynard Keynes und der US-Amerikaner Harry Dexter White. Ihre beiden Pläne für eine Nachkriegsweltwirtschaftsordnung hatten ähnlichen Charakter, aber doch große Unterschiede. Hier genauer auf diese Verhandlungen und Konzepte einzugehen, ist nicht angebracht, zumal diese im Kapitel „Krise“ noch ausführlich diskutiert werden.

¹²² Joachim Hirsch, Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. (Hamburg 1986) S.71.

¹²³ Ebd. S.52.

¹²⁴ Carsten Burhop, Julian Becker, Max Bank, Deutschland im Weltwährungssystem von Bretton Woods (Göttingen 2013) S.197.

¹²⁵ Ebd.

Keynes und White stimmten darüber ein, dass eine Ursache der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre eine eigensinnige, nationalistische Währungspolitik war. Daher sollte die neue internationale Weltwährungspolitik auf einem kooperativen System fixer Wechselkurse beruhen, in welchem Anpassungen der Wertrelationen zueinander möglich waren, aber nur international abgestimmt vorgenommen werden konnten.¹²⁶

Schlussendlich setzte sich der White-Plan durch, welcher für die USA – als unangefochtener wirtschaftlicher Führungsmacht – und dem Dollar eine Sonderrolle vorsah. Der Dollar wurde in einem fixen Tauschverhältnis an das Gold gebunden und alle anderen teilnehmenden Währungen erhielten eine fixe Relation (einen Wechselkurs) zum Dollar. Der Dollar wurde somit zur uneingeschränkten Weltreservewährung¹²⁷ und die wirtschaftliche Entwicklung der USA sollte über die Auf- und Abwertung des Dollars einen großen Einfluss auf die Entwicklung und die Wirtschaft der anderen Teilnehmerstaaten dieses Systems nehmen.

c. Wohlfahrt, Planungssicherheit und Prosperität? Entwicklungen bis in die 1970er Jahre.

i. Die BRD

Die Entwicklung der BRD in wirtschaftlich-gesellschaftlicher Hinsicht entwickelte sich in dem oben skizzierten Framework äußerst dynamisch. Dieses Framework, welches durch die Europäische Integration und den Kalten Krieg „fixiert“ und aufrechterhalten wurde, erzeugte steigende Löhne, Gehälter und Gewinne und durch die – vor allem in den 1960er und 1970er Jahren vertretene – allgemeine Position der umfassenden Steuerungsfähigkeit von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen und Entwicklungen glaubte man, diese Entwicklung auch in Zukunft aufrechterhalten zu können. Eine umfassende Planung, Wohlfahrt und Prosperität der Gesamtgesellschaft schien möglich in dieser fordistischen Arbeitsgesellschaft.

Auch das Wachstum der Eisen- und Stahlindustrie erreichte in diesen Jahren seinen Höhepunkt, bezogen auf die Zahl der Mitarbeiter sowie die Menge an produziertem Rohstahl (die Rohstahltonnage wird hier zur besseren Vergleichbarkeit herangezogen). So lag die

¹²⁶ Carsten Burhop, Julian Becker, Max Bank, Deutschland im Weltwährungssystem von Bretton Woods (Göttingen 2013) S.198.

¹²⁷ Ebd. S.199.

Anzahl der Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie im Jahre 1960 bei einem Rekordniveau von 417.000 Arbeitsplätzen gegenüber 240.000 Arbeitsplätzen im Jahr 1950. Dies bedeutet eine Expansion bezogen auf die Arbeitsplätze um 175.000 Beschäftigte.¹²⁸ Auch bezogen auf die Rohstahlkapazität ereigneten sich in diesem Jahrzehnt rasante Steigerungen. So lag die ursprünglich von den alliierten Besatzungsmächten zugebilligte Rohstahlmenge im Zuge der geplanten Kontrolle der Schwerindustrie bei 11,3 Mio. t Rohstahlkapazität¹²⁹ im Jahre 1951. Diese Menge wurde bis zum bis heute nicht mehr erreichten Höhepunkt im Jahr 1974 auf bis zu 53,2 Mio. t Rohstahl gesteigert.¹³⁰ Allerdings lag die theoretische Kapazität bereits zu diesem Zeitpunkt (1974) höher als die tatsächliche Erzeugung. Von 1960 bis 1970 sank die Beschäftigtenzahl der Eisen- und Stahlindustrie auf 375.000 Beschäftigte, immer noch eine hohe Zahl, verglichen mit der weiteren Entwicklung. Die Steigerung der erzeugten Rohstahlmenge und die entsprechende Steigerung der Zahl der Arbeitskräfte korrelierten spätestens seit den 1960er Jahren nicht mehr. Dies weist auch auf den technischen Fortschritt und damit verbunden auf eine Zunahme der Produktivität pro Arbeitskraft pro Arbeitsstunde hin.

Bezogen auf die Eisen- und Stahlindustrie lässt sich die Nachkriegszeit bis 1974 in drei Phasen unterteilen (diese werden von verschiedenen Autoren bezüglich der Jahreszahlen unterschiedlich eingeteilt, allerdings weichen diese Einteilungen jeweils nur um ein bis zwei Jahre ab):

1. Wiederaufbauphase 1950¹³¹-1960

Diese Phase ist geprägt von hohen Wachstumsraten und hoher Kapazitätsauslastung. Karl Eckart verweist darauf, dass diese Entwicklungen nicht kontinuierlich erfolgten, sondern in mehr oder weniger deutlichen Schüben, und definiert die erste Phase wie folgt:

„Es gab eine große Nachfrage nach stahlspezifischen Produkten. Der Grund dafür lag in der außerordentlich starken Entwicklung von Investitionen in die Industrie. Für industrielle Produkte und

¹²⁸ Arno Georg, et.al., Die Eisen- und Stahlindustrie im demographischen Wandel. Projektbericht (Dortmund 2007) S.12ff.

¹²⁹ Rohstahlkapazität bedeutet, dass diese Menge an Rohstahl mit den vorhandenen Anlagen theoretisch erzeugt werden können. Rohstahlerzeugung hingegen bezieht sich auf die tatsächlich erzeugte Menge an Rohstahl. Dies ist vor allem im Hinblick auf Überkapazitäten und Unterauslastung der Anlagen wichtig zu unterscheiden.

¹³⁰ Georg, et.al, Die Eisen- und Stahlindustrie im demographischen Wandel. S.12ff.

¹³¹ 1950 eignet sich gut als Ausgangsjahr des Wiederaufbaus, weil ab diesem Jahr die Zukunft der deutschen Eisen- und Stahlindustrie durch die Beilegung des Demontagen- und Reparationsthemas gewissermaßen gesichert war.

Produktionsprozesse wurde Stahl als Vorprodukt benötigt. Wegen der Demontagen und der Zergliederung von Betriebsstrukturen konnte die Nachfrage jedoch nur zum Teil befriedigt werden. Die Kapazitäten reichten nicht aus. Die Produktion war beschäftigungsintensiv. Bedeutende Innovationen technischer Art gab es in dieser Zeit nicht.“¹³²

2. Die zweite Phase (1961-1967¹³³ oder 1961-1974¹³⁴)

Für diese Phase gibt es unterschiedliche Deutungen ihrer Dauer. Eckart unterteilt die Phase von 1961 bis 1974 in zwei Phasen, während Demgenski sie als eine Phase ausweist. Beide Autoren sind sich allerdings einig, dass es in dieser Phase zu einem zügigen Ausbau der Kapazitäten bei geringen Wachstumsraten und sinkender Kapazitätsauslastung kam, sodass insgesamt stagnative Tendenzen vorherrschten.¹³⁵ Demgenski beschreibt diese Phase als eine Phase der Verringerung der Produktionszuwächse bei einer allgemein gesunden und profitablen europäischen – und insbesondere deutschen – Eisen- und Stahlindustrie. Auch der Beginn des technologischen Wandels – weg vom Thomas- sowie dem Siemens-Martin-Verfahren zur Stahlherstellung und hin zum Oxygen- oder Sauerstoffblas-Verfahren – fiel in diese Zeit.¹³⁶ Zu dieser Periode gehört laut Karl Eckart allerdings auch, dass die Eisen- und Stahlindustrie in der BRD gegenüber der Gesamtindustrie stark an Boden verlor – es trat ein Wandel in der Wachstumsintensität ein, welcher auf strukturelle Veränderungen der Nachfrage zurückzuführen war. Dies war auch damit zu begründen, dass der spezifische Stahlverbrauch infolge verbesserter Produktions- und Verarbeitungsverfahren sank und Kunststoffe sowie Leichtmetall sich mehr und mehr etablierten.¹³⁷

3. Konsolidierungsphase 1968-1974

In dieser Phase, welche eigentlich im Zeichen der zweiten Phase stand, fand eine Konsolidierung statt, in welcher noch einmal Boombedingungen für die Stahlindustrie herrschten. Dies wird dadurch unterstrichen, dass 1974 die höchste Rohstahlproduktion in der BRD verzeichnet wurde. Dies lag auch an einem starken Exporterfolg der deutschen Stahlindustrie (Demgenski macht hier Lieferschwierigkeiten in den USA dafür verantwortlich). Auch waren die Marktbedingungen für die Eisen- und Stahlindustrie nach 1967 aufgrund einer

¹³² Karl Eckart, Die Eisen- und Stahlindustrie in den beiden deutschen Staaten (Stuttgart 1988) S.267.

¹³³ Die zweite Phasenach Eckart.

¹³⁴ Die zweite Phase nach Demgenski.

¹³⁵ Eckart, Die Eisen- und Stahlindustrie in den beiden deutschen Staaten S.267.

¹³⁶ Marcus Demgenski, Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel (St. Gallen 1990) S. 43f.

¹³⁷ Eckart, Die Eisen- und Stahlindustrie in den beiden deutschen Staaten. S.269.

Hochkonjunktur sehr gut, sie verzeichnete ein höheres Umsatzwachstum verglichen mit den Durchschnittswerten der Gesamtindustrie. Die Gewinne der Unternehmen in dieser Zeit waren groß, sodass Kapazitäten noch ausgeweitet werden konnten.

Auch die wirtschaftlich-gesellschaftliche Entwicklung in der BRD war bis in die Mitte der 1960er Jahre eine große Erfolgsgeschichte im Sinne des Wirtschaftswunders. Lag die Arbeitslosenrate 1950 – hier bedingt durch die noch nicht beseitigten Kriegsschäden und die ungeklärte Frage der Demontagen – noch bei hohen 10,4 %, sank sie ab 1960 unter 2% und unterbot diesen Wert – mit Ausnahme des Jahres 1967, als die Arbeitslosigkeit im Zuge der ersten Nachkriegsrezession¹³⁸ kurzfristig auf 2,1% stieg – bis zum schicksalhaften Jahr 1974 immer. In den 1960er Jahren lag die Quote beinahe immer unter 1%.¹³⁹ Per Definition wird bei Arbeitslosenquoten von 2% oder weniger von Vollbeschäftigung gesprochen. Diese Vollbeschäftigung konnte 25 Jahre lang erreicht werden. 1966 trat die erste – konjunkturbedingte – Nachkriegsrezession auf, welche allerdings auch schon strukturelle Probleme offenbarte. Diese Probleme bestanden hauptsächlich in den „alten Industrien“ und hierbei besonders in der Schwerindustrie. Es war die Zeit der „Kohlekrise“, welche eine klassische Absatzkrise darstellte.¹⁴⁰ Der technologische Wandel führte durch verbesserte Fördertechniken zu immer größeren Fördermengen an Steinkohle, bei gleichzeitig gleichbleibender oder gar verringerter Nachfrage nach Steinkohle. Dies lag daran, dass in der Energieerzeugung andere Rohstoffe und Technologien, wie die sehr viel einfacher zu fördernde Braunkohle oder billiges Erdöl und die Kernkraft, in der BRD stark an Bedeutung gewannen. Weiters benötigten auch die Hüttenwerke in ihren Hochöfen durch den technologischen Fortschritt prozentual weniger Steinkohlenkoks trotz des ungebrochenen Ausbaus von Roheisen- und Stahlkapazitäten. Die „Kohlekrise“ steht für den Beginn einer Dauerkrise der Montanindustrie, welche schließlich Mitte der 1970er Jahre an Fahrt aufnehmen sollte. Die Absatzkrise des Bergbaues begann somit bereits 1960 mit den anfallenden Überproduktionsmengen.

Die kleine Rezession 1966/67 äußerte sich durch einen sehr moderaten Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 2,1% oder knapp 700.000 Arbeitslose. Dennoch hatte das Bild von –

¹³⁸ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung zur Gegenwart. (München 1999) S.431.

¹³⁹ Rainer Metz. Gesis, Histat: Historische Statistik. 2005.

<https://histat.gesis.org/histat/de/table/details/39EFFC2C6740F2C5495EF7644B7549E0> (Zugriff am 05.11.2019)

¹⁴⁰ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung zur Gegenwart. (München 1999) S.431.

moderat – sinkenden Wachstumsraten, ersten Zechenstilllegungen und der schwarzen Fahnen der demonstrierenden Bergbauarbeiter an der Ruhr¹⁴¹ einen üblen Beigeschmack für die BRD.

Große Auswirkungen hatte diese kleine Krise insofern, als die zuvor von den Kanzlern Ludwig Erhard und Konrad Adenauer vertretene Politik der stabilen Währung, welche von den Ökonomen der Freiburger Schule („Ordoliberalismus“) stark beeinflusst wurde, mehr und mehr einer reinen Politik der „keynesianischen Globalsteuerung“ wich.¹⁴²

„Die Überwindung der Rezession 1966/67 bedeutete somit nicht nur eine Trendwende in der Wirtschaft, sondern auch eine Zäsur im Verständnis der Wirtschaftspolitik.“¹⁴³

Weiters bildete sich nach der Bundestagswahl 1966 eine große Koalition aus CDU/CSU¹⁴⁴ und SPD. Die Sozialdemokraten zogen in der BRD erstmals in eine Regierung ein und sollten diese bis 1982 nicht mehr verlassen. Die Sozialdemokraten prägten die Wirtschafts- und Sozialpolitik der BRD ab diesem Zeitpunkt maßgeblich. In diese Zeit fiel die – maßgeblich von Wirtschaftsminister Karl Schiller von der SPD vorangetriebene und von Finanzminister Franz Josef Strauß von der CDU/CSU unterstützte – Idee der Globalsteuerung der Wirtschaft und der sozialen Agenden. Antizyklische Fiskalpolitik, „deficit spending“ und eine expansive Geldpolitik der Bundesbank¹⁴⁵ waren die Instrumente der Globalsteuerung, deren gezielter Einsatz half, die Rezession von 1966/67 sehr schnell zu überwinden.

Ein weiterer Ausdruck des wirtschaftspolitischen Verständnis der neuen großen Koalition war das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“¹⁴⁶, das nicht

¹⁴¹ Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung zur Gegenwart.* (München 1999) S.431.

¹⁴² Ebd. S. 447.

¹⁴³ Ebd. S. 450.

¹⁴⁴ Auch als Unionsparteien bezeichnet.

¹⁴⁵ Die Bundesbank kann hier über die Zinssätze, welche sie den Geschäftsbanken für neues Geld („Geldschöpfung“) verrechnet, beeinflussen, ob eher viel Geld zur Verfügung steht (expansive Geldpolitik) oder eher wenig Geld (restriktive Geldpolitik). Die beiden Instrumente zur Geldschöpfung und Finanzierung der Geschäftsbanken und somit der Kreditvergabe und neuen Geldschöpfung der Geschäftsbanken sind der Diskont- und der Lombardsatz. Sind diese niedrig, ist das ein Zeichen für eine expansive Geldpolitik. Da in der BRD die Erinnerungen an Zeiten hoher Inflation noch lebendig waren, waren sowohl Regierung als auch Währungshüter (Bundesbank) sehr an Währungsstabilität interessiert. Für weitere Informationen vgl. Jörg Jasper, *Gabler Wirtschaftslexikon.* 2018. <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/diskontsatz-30198> [abgerufen 05.11.2019]

¹⁴⁶ Vgl. Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, *Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft.* <https://www.gesetze-im-internet.de/stabg/BJNR005820967.html> (Zugriff am 12.12.2019)

weniger zum Ziel hatte, als alle Ziele des „magischen Vierecks“ der Volkswirtschaftslehre zu erreichen. Dies waren Preisstabilität, hoher Beschäftigungsgrad (am besten „Vollbeschäftigung“¹⁴⁷), außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum, wobei es theoretisch und praktisch unmöglich war, alle vier Elemente gleichzeitig zu erreichen und zu sichern. Aber durch dieses Gesetz wurde die Regierung verpflichtet, sich diesen Zielen gleichermaßen anzunähern.¹⁴⁸ Zentral hierbei ist, dass ein hoher Beschäftigungsstand nun auf einer Ebene stand mit den klassischen Zielen der Nationalökonomie (außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Preisstabilität sowie Wachstum), wobei auch Wachstum ein eher neuartiges Ziel der gesamtwirtschaftlichen Planung darstellte. Ich will hier darauf verweisen, dass Wachstum und Vollbeschäftigung für eine fordistische Arbeitsgesellschaft essenziell waren. Insofern ist es hier passend – oder erstaunlich –, dass diese Konzepte von einem konservativen Finanzminister unterstützt wurden. Dies verdeutlicht das über den Ideologien stehende Wesen des Fordismus und der Arbeitsgesellschaft zu dieser Zeit. Ganz im Sinne des Nachkriegskonsenses war die institutionelle Ebene der Globalsteuerung die „Konzertierte Aktion“. Hierbei handelte es sich um eine „Gesprächsrunde“ von Vertretern des Staates, der Wissenschaft und der Sozialpartner – d.h. der Gewerkschaften und der Arbeitgeber. Ziel dieser „Konzertierten Aktion“ war die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gegenseitig abzustimmen sowie das Handeln der Tarifparteien mit den konjunkturellen Möglichkeiten zu vereinbaren.¹⁴⁹ Der Nachkriegskonsens wurde damit gewissermaßen institutionalisiert und die Probleme der Wirtschaft durch keynesianische Instrumente behebbar sowie die zukünftige Entwicklung steuerbar. Die erfolgreiche Überwindung der kleinen Rezession 1966/67 schien dem neuen wirtschaftspolitischen Konzept recht zu geben und auch die weiteren durchschnittlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts der BRD bis 1974 von fast 6%¹⁵⁰ sprachen klar für das neue Konzept.

¹⁴⁷ Vollbeschäftigung bedeutet allerdings nicht 0% Arbeitslosigkeit, hier gibt es unterschiedliche Definitionen. Eine gängige Definition ist, dass Vollbeschäftigung herrscht, wenn alle für eine Beschäftigung geeigneten Personen, welche zum herrschenden Lohnsatz eine Beschäftigung suchen, diese auch ohne längere Wartezeit finden können. Für die Definitionen vgl. Jürgen Weber. Gabler Wirtschaftslexikon. 2018. <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/vollbeschaeftigung-48770> (Zugriff am 05.11.2019).

¹⁴⁸ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung zur Gegenwart. (München 1999) S.451.

¹⁴⁹ Ebd. S.450.

¹⁵⁰ Ulrich Busch, Rainer Land, Deutschland zwischen 1950 und 2009 – Wirtschaftsentwicklung und Teilhabe. (2009) S.7.

ii. Großbritannien

Für Großbritannien, welches sich in dem gleichen Framework befand wie Deutschland, war die Nachkriegszeit ebenfalls eine Zeit der Prosperität und der dynamischen Entwicklung, auch wenn für Großbritannien als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges andere Ausgangsbedingungen galten als für die BRD.

Unter anderem wegen der einzigartigen Rolle, welche Großbritannien in der Weltwirtschaft aufgrund seiner langen Vormachtstellung gespielt hatte, zeigte sich hier eine eigenartige Form der Entwicklung der Handels- und Zahlungsbilanz dieses Landes. Hierbei spielten der Überschuss an Dienstleistungen sowie die Einnahmen aus Kapitaltransfers aus dem Ausland (vor allem der vom Empire abhängigen Gebiete) eine große Rolle für eine einigermaßen ausgeglichene Zahlungs- und Außenhandelsbilanz.¹⁵¹ Dieser Umstand ist für die Betrachtung der britischen Nachkriegsentwicklung entscheidend. Denn diese Sonderstellung der britischen Wirtschaft veränderte sich im Laufe der Nachkriegszeit von dem „eigenen Makrokosmos“ des britischen Commonwealths („Sterling Area“)¹⁵² hin zu einer europäischen Integration mit hauptsächlich europäischen Handelspartnern und weitgehenden – zumindest versuchten – Freihandelsbemühungen im Sinne von GATT und den Europäischen Gemeinschaften.¹⁵³ Aufgrund der Handelsstruktur waren diese Entwicklungen für Großbritannien oftmals schwer mitzutragen, da die Importe immer größer waren als die Exporte und so stets ein Handelsbilanzdefizit vorhanden war. Dieser Umstand war entscheidend für den weiteren Verlauf der britischen Nachkriegsentwicklung.

Sydney Pollard meint, dass es gerade, weil es in Großbritannien sehr viel weniger Kriegszerstörungen und keine Katastrophen wie eine verheerende Niederlage und eine Besetzung durch den Feind gegeben hatte – verglichen mit dem übrigen Europa – in der britischen Bevölkerung zu einer geringeren Bereitschaft kam, Härten auf sich zu nehmen und eine Zeit lang Opfer zu bringen.¹⁵⁴

„Die Tendenz jeder Bevölkerungsgruppe, mehr zu verlangen, als die Wirtschaft leisten konnte – was zur Hauptursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Großbritanniens in den folgenden Jahren

¹⁵¹ Sydney Pollard, Struktur- und Entwicklungsprobleme der britischen Wirtschaft. In: Hans Kastendiek, Karl Rohe, Angelika Volle (Hrsg.), Großbritannien. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft. (Frankfurt (Main) 1994) S.247.

¹⁵² Ebd. S.248.

¹⁵³ Ebd.

¹⁵⁴ Ebd.

wurde [hier sei auf die Aktivität der Gewerkschaften verwiesen M.S.] –, hatte ihren Ursprung zum Teil aus diesem Faktor.¹⁵⁵

Insofern stießen auch Importrestriktionen – aufgrund von Konsumbeschränkungen – auf Ablehnung. Allerdings fanden sich in der britischen Nachkriegsgeschichte viele Beispiele für den Einsatz von Instrumenten, welche einer Überwachung der Außenhandelsbilanz dienten, wie Subventionen, Sicherheitsbestimmungen, Mengenbeschränkungen etc., aber eben keine Zölle waren. Ein gewichtiger Grund für die Kontrolle der Außenhandelsbilanz war das extensive Wohlfahrtsprogramm der britischen Nachkriegsregierung, dessen Hauptziel die Erhaltung der Vollbeschäftigung war.¹⁵⁶ Aus diesem Ziel ergab sich ein erhebliches Konfliktpotenzial auch in Hinsicht auf die Rolle der britischen Währung im internationalen System der Währungsrelationen.

Die Geschichte der britischen Nachkriegswirtschaft folgt oftmals der Erzählung des „relativen Niedergangs“ des Landes („British decline“), obwohl die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg einen zufriedenstellenden ökonomischen Fortschritt gebracht haben. Dies liegt daran, dass einerseits immer der Vergleich mit der britischen Weltmachtstellung über jeder Entwicklung „thront“ und andererseits im Vergleich mit den übrigen Industrieländern das britische Wachstum niedrig ausfiel.¹⁵⁷

Tabelle 2. Durchschnittliche Wachstumsraten des realen BIP von Japan, Deutschland, Großbritannien im Vergleich.¹⁵⁸

	1951 – 1973	1970 – 1980	1979 – 1988
Japan	7,9 %	4,9 %	4,6 %
Deutschland	4,8 %	2,8 %	1,9 %
Großbritannien	2,3 %	1,9 %	2,2 %

Erklärungen für die Schwäche der britischen Wirtschaft gibt es indes viele. Diese beschäftigen sich mit den traditionellen Sichtweisen auf die Wirtschaft aus Zeiten des Empires sowie der

¹⁵⁵ Sydney Pollard, Struktur- und Entwicklungsprobleme der britischen Wirtschaft. In: Hans Kastendiek, Karl Rohe, Angelika Volle (Hrsg.), Großbritannien. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft. (Frankfurt (Main) 1994) S.249.

¹⁵⁶ Ebd.

¹⁵⁷ Ebd. S.270.

¹⁵⁸ Quelle: Sydney Pollard, Struktur- und Entwicklungsprobleme der britischen Wirtschaft. In: Hans Kastendiek, Karl Rohe, Angelika Volle (Hrsg.), Großbritannien. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft. (Frankfurt (Main) 1994) S.249.

Management-Kultur der Unternehmen, als auch – und hierbei wird Großbritannien oftmals als Paradebeispiel dieser Entwicklung angeführt – mit der Gewerkschaftsmacht, der Sozialpolitik und der staatlichen Wirtschaftspolitik im Allgemeinen.

Das „Goldene Zeitalter“ der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklung fand natürlich auch in Großbritannien statt, allerdings nicht in einer derartig linearen Entwicklung wie in der BRD, welche erstmals 1966 durch eine kleine Rezession eine kurze stagnative Phase durchlief. Die vier volkswirtschaftlichen Ziele, welche in der BRD 1967 in Gesetzesform gegossen wurden, hatten auch in Großbritannien Priorität. Allerdings fiel es dem Land deutlich schwerer, sich diesen anzunähern. Aufgrund der Exportschwäche und der Handelsbilanzdefizite Großbritanniens wäre eine Abwertung des Pfundes angebracht gewesen. Aufgrund des Systems von Bretton Woods, in dem das Pfund – nach dem Dollar – eine der Leitwährungen war, war eine Abwertung des Pfundes aufgrund der fixen Währungskursrelationen schwer möglich. Auch war ein starkes Pfund – welches die britischen Exporte teuer machte – ganz im Interesse der starken Finanzwirtschaft Großbritanniens (der „City of London“). Resultat dieser Zielsetzungen war die berühmte „Stop-and-go-Politik“. Die Stopps dieser Politik waren Phasen deflatorischer Politik, welche in Richtung Preisstabilität und einer starken Währung steuern sollten. Aufgrund der hohen laufenden Ausgaben gingen die geldpolitischen und fiskalischen Beschränkungen während der Stopp-Phasen hauptsächlich auf Kosten der Investitionen, was wiederum die Wettbewerbsposition der Wirtschaft schwächte.¹⁵⁹ Die Go-Phasen waren von einer expansiven Fiskal- und Geldpolitik gekennzeichnet und sorgten zwar für mehr Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze, allerdings verstärkten sie die ohnehin schon starken inflatorischen Tendenzen.

Im Vergleich zur BRD hatte Großbritannien eine währungspolitische Sonderstellung, da das Pfund eine der Leitwährungen des Bretton Woods-Systems war, sowie auch durch die Interessen der Finanzwirtschaft bestimmt war. Die BRD hingegen hatte aufgrund andauernder starker Leistungsbilanzüberschüsse eher mit einem Aufwertungsdruck ihrer Währung zu kämpfen. Zudem waren im deutschen Selbstverständnis eine starke Währung („Mythos Erhard“¹⁶⁰) sowie der Faktor Preisstabilität tief verankert. Weiters arbeitete die deutsche

¹⁵⁹ Sydney Pollard, Struktur- und Entwicklungsprobleme der britischen Wirtschaft. In: Hans Kastendiek, Karl Rohe, Angelika Volle (Hrsg.), Großbritannien. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft. (Frankfurt (Main) 1994) S.276.

¹⁶⁰ Mit Ludwig Erhard verbanden viele Deutsche die Einführung der Deutschen Mark, welche als harte Währung gegenüber den traumatischen Inflationserfahrungen nach dem Ersten Weltkrieg ihren Teil zum Wirtschaftswunder beigetragen hatte und eine starke Wirtschaft auch in Zukunft versprach.

Industrie „besser“ als die britische, was sich in Leistungsbilanzüberschüssen und hohem Wachstum äußerte. Somit fiel es Großbritannien schwerer, seine vier volkswirtschaftlichen Ziele zu erreichen und damit sie erreicht werden konnten, musste meist Inflation in Kauf genommen werden. Diese Entwicklung sollte sich bis zum endgültigen Krisenausbruch Mitte der 1970er Jahre fortsetzen.

Im Bereich der Schwerindustrie kam es auch in Großbritannien zuerst zu einer Absatzkrise im Bereich des Steinkohlenbergbaus („Kohlekrise“). Der Kohlebergbau war jahrhundertlang eine Stärke der britischen Wirtschaft und ein bedeutender Arbeitgeber gewesen. Auch nach dem Rückgang in der Zwischenkriegszeit beschäftigte dieser Sektor um 1950 noch 700.000 Bergleute, bei einer jährlichen Fördermenge von 220 Millionen Tonnen Kohle.¹⁶¹ Dieser Wert stellt einen Rekord dar, welcher danach nicht mehr erreicht wurde. Seither hat es einen erheblichen Verbrauchs- und einen drastischen Beschäftigungsrückgang gegeben. Die Produktion sank bis 1980 auf 128 Millionen und bis 1992 auf 82 Millionen. Die Ursachen hierfür waren ähnlich denen in der BRD. Aufgrund sinkender Fördermengen bei gleichzeitigem Anstieg der Produktivität (zwischen 1974 und 1979 stieg diese jährlich um 17,4%) sank die Zahl der Beschäftigten auf rund 40.000 im Jahr 1992.¹⁶² Dies ist zwar ein zeitlich großer Sprung, allerdings illustriert der – theoretische – Verlust von 660.000 Arbeitsplätzen diese Strukturkrise ganz gut. In der BRD kam es weiters zu „verdeckten“ Subventionen, insoweit die Energieversorger sowie die Eisen- und Stahlindustrie die heimische, teure Steinkohle verwenden mussten.¹⁶³

Insofern war auch in Großbritannien der Bergbau gewissermaßen die „Avantgarde“ der Krise der Schwerindustrie. Die Eisen- und Stahlindustrie in Großbritannien war allerdings – wie vor allem Heidrun Abromeit konstatiert¹⁶⁴ – zu fast keiner Zeit in einer wirtschaftlich guten Verfassung, welche mit der Verfassung der Eisen- und Stahlindustrie der BRD zu vergleichen gewesen wäre. Allerdings lagen auch die Höhepunkte von Produktionsziffern und Mitarbeiterzahlen am Anfang der 1970er Jahre. So lag die Rekordproduktionsmenge, welche

¹⁶¹ Sydney Pollard, Struktur- und Entwicklungsprobleme der britischen Wirtschaft. In: Hans Kastendiek, Karl Rohe, Angelika Volle (Hrsg.), Großbritannien. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft. (Frankfurt (Main) 1994) S.258.

¹⁶² Ebd. S.259.

¹⁶³ Marcus Demgenski, Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel (St.Gallen 1990) S.129.

¹⁶⁴ Siehe Kapitel 3.c.i.2

Anfang der 1970er Jahre erreicht wurde, bei 27 Mio. t.¹⁶⁵ Für Großbritannien entfällt eine Einteilung in Phasen analog zur BRD, da es nach dem Zweiten Weltkrieg bis auf die Umstellung auf die Friedenswirtschaft und eine sachte Steigerung der Produktionszahlen bis in die 1970er Jahre keine großen Umbrüche in der Eisen- und Stahlindustrie – hier abgesehen von der sehr wechselhaften Besitzstruktur, welche zwischen Privatbesitz und Staatsbesitz wechselte, mit einer endgültigen Verstaatlichung 1967¹⁶⁶ – gab.

3. Krise(n)!

a. Wendejahr 1973

Dieses Kapitel mit einem etwas ungewöhnlichen Titel stellt die Ereignisse des Jahres 1973 in den Vordergrund. Dieses Jahr hat meiner Meinung nach besondere Beachtung verdient, weil es gleich zu mehreren einschneidenden Ereignissen gekommen war, welche das Framework des Gesellschaftsmodells davor entschieden in Frage stellten.

Die 1970er Jahre als Jahrzehnt der Krisen nehmen, so meine These, 1973 ihren Ausgang. Dieses Jahrzehnt stand zuvor eigentlich idealtypisch für die Hochphase des Gesellschaftsmodells der fordistischen Arbeitsgesellschaft und war durch Vollbeschäftigung, starkes Wachstum, hohe Lohnzuwächse aber auch hohe Inflationsraten geprägt. Wenn die 1970er eine wirtschaftsgeschichtliche Zäsur darstellen – welche These ich vertrete – dann verdient das Jahr 1973 eine gesonderte Betrachtung. Einerseits fallen in dieses Jahr sowohl die erste Ölpreiskrise als auch das endgültige Ende des Weltwährungssystems von Bretton Woods. Diese beiden Geschehnisse standen paradigmatisch für den Anfang vom Ende der „alten industriellen Welt“, waren doch niedrige – oder zumindest konstante – Ölpreise und das Bretton Woods-System auch für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung mit einem Vorrang von Investitionen in die „Realwirtschaft“ (Anlageinvestitionen) einerseits und eben

¹⁶⁵ Sydney Pollard, Struktur- und Entwicklungsprobleme der britischen Wirtschaft. In: Hans Kastendiek, Karl Rohe, Angelika Volle (Hrsg.), Großbritannien. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft. (Frankfurt (Main) 1994) S.262.

¹⁶⁶ Weiterführend zu den Besitzverhältnissen in der Eisen- und Stahlindustrie Großbritanniens vgl. Heidrun Abromeit, British Steel. An Industry between the State and the Private Sector (New York 1986); Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987).

für stabile (niedrige) Preise für Energie und Rohstoffe andererseits verantwortlich.¹⁶⁷ Auch Hartmut Kaelble betont, dass die Ölpreisschocks sowie das Ende von Bretton Woods zentrale Marksteine für die 1970er Jahren als „a period of lasting change“ waren.¹⁶⁸

i. Erste Ölpreiskrise

„Der erfolgreiche Einsatz der Ölwanne durch die arabischen Staaten im Rahmen des Oktoberkrieges im Nahen Osten sorgte von allen Ereignissen der letzten Jahre für den größten Schock, für das eindringlichste Gefühl einer neuen Ära.“¹⁶⁹

Der (ersten) Ölpreiskrise des Jahres 1973 liegen mehrere Ereignisse und Entwicklungen zugrunde, wovon an prominentester Stelle natürlich der Jom-Kippur-Krieg (oder Oktoberkrieg) des Jahres 1973 zu nennen ist, welcher den vierten arabisch-israelischen Konflikt seit Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 darstellt. Mit dem Einsatz der „Ölwaffe“ sollten Israel und primär die Staaten, welche Israel unterstützten, unter Druck gesetzt werden.

In den Jahren des Aufschwunges und des Wirtschaftswunders hatten sich die westlichen Industrienationen in eine – zunächst schleichend beginnende – große Abhängigkeit ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme von Erdöl begeben. Dies lag einerseits an den vielfältigen Einsatzmöglichkeiten des Erdöls und andererseits an dem – vor 1973 – sehr niedrigen Preis des Erdöls.¹⁷⁰ Somit wurde Erdöl in vielen Prozessen und Teilen der Wirtschaft und des alltäglichen Lebens eingesetzt, obwohl unter Umständen auch andere Rohstoffe dafür geeignet gewesen wären oder andere Prozesse infrage gekommen wären.¹⁷¹ Aus diesem Sachverhalt resultiert auch die Schwere der Krise, denn das Erdöl war an sehr vielen Prozessen beteiligt:

¹⁶⁷ Stephan *Schulmeister*, Zur Krise der Weltwirtschaft in den 70er und 80er Jahren – ein Rekonstruktionsversuch. In: Rudolf *Burger* (Hrsg.), *Verarbeitungsmechanismen der Krise* (Wien 1988) S.145-150.

¹⁶⁸ Hartmut Kaelble, *The 1970s. What Turning Point?* In: Andreas Wirsching, *The 1970s and 1980s as Turning Point in European History?* *Journal of Modern European History* Vol.9(1), 2011: S.8-22. S.18.

¹⁶⁹ Jens *Hohensee*, *Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa* (Stuttgart 1996) S. 76.

^E Ebd. S.50-55.

¹⁷¹ Billiges Erdöl wird hier u.a. auch für die Bergbaukrise verantwortlich gemacht. Vgl. *Der Spiegel*, Klar zum Gefecht. *Der Spiegel*, Nr. 26, 1966, S. 22-31.

*„Es sei eben nicht so, wie das vielleicht die Normalverbraucher meinen, dass in erster Linie Öl und Heizöl in den Haushalten betroffen seien. Öl sei vielmehr ein ganz wesentlicher Grundstoff der chemischen Industrie“.*¹⁷²

Aus einem Schreiben von Präsident Nixon an die ölproduzierenden Länder geht hervor, wie schwer sich die westlichen Industrieländer in Bedrängnis sahen:

*„Die jüngsten Entwicklungen haben die kritische Bedeutung der Energie für die Prosperität und die Stabilität der internationalen Wirtschaft unterstrichen. Schwere Zerrüttungen der Wirtschaftstätigkeit und des Weltwährungssystems – ob sie durch eine ungenügende Energieversorgung oder durch abrupte Preisbewegungen verursacht werden – könnten sich sowohl für Verbrauchern als auch für Erzeuger verheerend auswirken.“*¹⁷³

Es soll nun kurz erläutert werden, was bei der Ölpreiskrise – oder dem Ölpreisschock – passierte. Mitte Oktober des Jahres 1973 fassten die Mitglieder der OPEC¹⁷⁴ in zwei voneinander getrennten Konferenzen zwei Beschlüsse:

1. Die Erhöhung des Ölpreises um 70% von 3,011 Dollar pro Barrel auf 5,119 Dollar pro Barrel. Diese Erhöhung wurde vor allem wirtschaftspolitisch begründet.¹⁷⁵
2. Die Reduzierung der Fördermenge um 5% jeden Monat, solange bis sich die israelischen Streitkräfte nicht von allen seit 1967 besetzten Gebieten zurückziehen und die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes nicht wiederhergestellt sind.¹⁷⁶

Der zweite Beschluss bezog sich eindeutig auf die politische Situation und die Kampfhandlungen in Palästina. Die Forderungen gingen hier allerdings noch weiter und verlangten auch eine Aufgabe der im Sechstagekrieg 1967 von Israel okkupierten Gebiete. Jens Hohensee weist immer wieder darauf hin, dass diese beiden Beschlüsse, welche an zwei aufeinanderfolgenden Tagen gefasst worden sind, in keinem Zusammenhang stehen. Die Ölpreiserhöhungen waren Resultat eines erhöhten Selbstbewusstseins der Erdölförderländer gegenüber den Erdölgesellschaften. Der Einsatz der „Ölwaffe“ – das Reduzieren des Angebots

¹⁷² Jens Hohensee, Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa (Stuttgart 1996) S. 219.

¹⁷³ Ebd. S.272 (Anhang).

¹⁷⁴ OPEC steht für Organisation der Erdölexportierenden Länder. Diese bündeln einen Großteil der weltweiten Erdölförderung.

¹⁷⁵ Für eine makroökonomische Erklärung hierzu vgl. Stephan Schulmeister, Zur Krise der Weltwirtschaft in den 70er und 80er Jahren – ein Rekonstruktionsversuch. In: Rudolf Burger (Hrsg.), Verarbeitungsmechanismen der Krise (Wien 1988) S. 146-149.

¹⁷⁶ Hohensee, Der erste Ölpreisschock 1973/74 S.76ff.

– war hingegen sicherlich politisch motiviert.¹⁷⁷ Allerdings führte die Verknappung des Angebots marktgemäß zu einer Steigerung der Preise, wie der Middle East Economic Survey richtig voraussagte: „*Probably [...] the cuts in output will incidentally serve to push oil prices still further.*“¹⁷⁸

Soviel zum Ablauf der Geschehnisse rund um den Anlass und die politischen Ursachen der Ölpreiskrise. Das Resultat dieser Geschehnisse war der dramatische Anstieg des Ölpreises über die folgenden Jahre.

Tabelle 3. Entwicklungen der Rohölpreise zwischen 1961-1980.¹⁷⁹

Datum	Ölpreis
1961 – 70	1,80 \$
15. Februar 1971	2,18 \$
20. Januar 1972	2,48 \$
1. Januar 1973	2,59 \$
1. Oktober 1973	3,01 \$
16. Oktober 1973	5,11 \$
23. Dezember 1973	11,65 \$
1. Juli 1974	10,84 \$
1. Juli 1978	12,70 \$
1. Januar 1979	13,34 \$
1. Juli 1979	18,00 \$
1. Januar 1980	26,00 \$

Beeindruckend an dieser Tabelle ist, dass der Rohölpreis des Jahres 1979 gegenüber 1970 um 1000% gestiegen ist. Diese Tabelle verdeutlicht, dass diese Entwicklung nicht ohne politisch-ökonomische Folgen bleiben konnte.

Es stellt sich nun die Frage, welche Folgen mit der Ölpreiskrise verbunden waren. Am zentralen Krisensyndrom der „langen 1970er Jahre“ (1967-1982), welches aus hohen Inflationsraten, steigender Arbeitslosigkeit (bei gemeinsamen Auftreten von hoher Inflation und

¹⁷⁷ Ebd. S.80.

¹⁷⁸ Ebd.

¹⁷⁹ Quelle: Jens Hohensee, Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa (Stuttgart 1996) S.78. Die Jahre, in welchen die Ölpreisschocks auftraten, sind jeweils fett geschrieben (auch an den Preisen erkennbar).

Arbeitslosigkeit/Stagnation wurde von „Stagflation“ gesprochen) und wachsender Staatsverschuldung bestand,¹⁸⁰ hatten die Ölpreissteigerungen sicher insofern maßgeblichen Einfluss, als sie die bereits hohe Inflation durch die Preissteigerungen weiter befeuerten. Trotz allem merkte Hohensee aber auch an:

„Es wäre indes eine falsche Schlussfolgerung, alle ökonomischen Schwierigkeiten der siebziger Jahre auf die Ölpreiskrise zurückführen zu wollen. Auch ohne die Ereignisse des Herbstes 1973, so schon der damalige Tenor der Wirtschaftsexperten, hätte sich die weltwirtschaftliche Lage verschlechtert.“¹⁸¹

Somit wird oftmals auch von einer „überschätzten“ ersten Ölpreiskrise, in Bezug auf ihre systemverändernde Reichweite, geschrieben. Allerdings ist die Ölpreiskrise auch in der Interpretation von Doering-Manteuffel und Raphael eine der Ursachen des Strukturbruchs und des Strukturwandels. Boyer beschreibt hauptsächlich zwei Konsequenzen der Ölpreissteigerungen, welche den Krisensymptomen weiter Vorschub leisteten. Die westlichen Volkswirtschaften akkomodierten sich an den Ölpreisanstieg nicht mit Austerity-Politik¹⁸², sondern durch einen fiskalisch-inflationären Schub, welcher die gestiegenen Preise ausgleichen sollte. Die Konsequenz daraus war erst recht eine sich beschleunigende Inflation. Dies sollte auch zur Verlagerung der Problembewältigungsstrategie in Richtung einer dezidierten Stabilitätspolitik führen. Zum anderen erzeugte der Abfluss von Kaufkraft in die Ölförderländer in den westlichen Volkswirtschaften eine Nachfragerücke, mit der Konsequenz steigender Arbeitslosigkeit. Inflation und Arbeitslosigkeit waren die zentralen Krisenelemente der 1970er Jahre – sie waren die Signatur der 1970er Jahre.¹⁸³

¹⁸⁰ Lutz *Raphael*, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom (Berlin 2019) S. 64.

¹⁸¹ Jens *Hohensee*, Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa (Stuttgart 1996) S.223.

¹⁸² Eine Austerity-Politik bezeichnet eine restriktive Fiskalpolitik. Damit sollten die systemischen Preiserhöhungen durch den Ölpreisanstieg gebremst werden.

¹⁸³ Christoph *Boyer*, Nach dem Boom. Schwierige Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung. In: Thomas *Raithe*, Thomas *Schlemmer* (Hrsg.), Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989 (München 2009) S.13.

ii. Bretton Woods und Inflation

„Mit der in den späten 1960er Jahren beginnenden großen Inflation war das System fester Wechselkurse mit dem US-Dollar als Leitwährung zusammengebrochen. Bereits seit 1974 setzten die deutsche Bundesbank und einige andere Notenbanken, dann ab 1979 auch die US-Notenbank („FED“) den Primat der Geldwertstabilität durch und leiteten so das Ende der Inflationsphase ein. Sie hatte in Frankreich und Großbritannien zweistellige Jahreswerte erreicht und war zum wirtschafts- und währungspolitischen Problem Nummer 1 geworden.“¹⁸⁴

Wenn das erste große Alleinstellungsmerkmal des Jahres 1973 der erste Ölpreisschock war, dann war das zweite sicherlich das Ende des Systems der fixen weltweiten Währungsrelationen (Bretton Woods-System). Die Architektur dieses Systems, welches die Verhältnisse des Jahres 1944 als Grundlage für die Blaupause einer weltwirtschaftlichen Entwicklung für eine unbestimmte, allerdings lange Zeit heranzog, war einerseits für die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung, andererseits für das Scheitern dieses Systems in den 1970er Jahren entscheidend. Erste Verfallserscheinungen zeigten sich schon Ende der 1960er Jahre und 1971 stand das System bereits kurz vor dem Zusammenbruch. Das Ende kam aber schlussendlich 1973.¹⁸⁵ Die Ursache dafür lag darin, dass die europäischen Staaten (aber auch andere Länder wie Japan oder Südkorea) ein außergewöhnliches Wirtschaftswachstum vollzogen und damit die führende Rolle der USA und somit auch ihrer Währung immer geringer wurde. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg steuerten die USA 25% zur weltweiten Wirtschaftsleistung bei. Nach diesen Verhältnissen schien der Dollar als „Weltwährung“ gerechtfertigt zu sein. Entscheidend ist, dass sich durch diese Architektur des Systems interne amerikanische Vorgänge auch auf die Mitglieder des Weltwährungssystems übertrugen. Die Rede ist von der „importierten Inflation“. Diese trug entscheidend zum großen, vordergründigen Problem der Arbeitsgesellschaften in den 1970er Jahren bei, der

¹⁸⁴ Lutz *Raphael*, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom.* (Berlin 2019) S.66

¹⁸⁵ Weiterführend zu Bretton Woods vgl. Carsten *Burhop*, Julian *Becker*, Max *Bank*, *Deutschland im Weltwährungssystem von Bretton Woods* (Göttingen 2013).

steigenden Inflation.¹⁸⁶ Ich werde hier nur einige relevante Punkte nennen, sich eingehender mit dem Bretton Woods-System zu beschäftigen, würde hier zu weit führen.

Im August 1971 hob Präsident Nixon unerwartet die fixe Bindung des Dollars zu Gold – den zentralen Stabilitätsmechanismus des Systems – auf. Dieser Schritt wurde unter dem Titel „Nixon-Schock“ berühmt. Danach wurde ein neues Währungssystem mit neuen Paritäten ausverhandelt – das „Smithsonian-Agreement“ –, welches den einzelnen Staaten und deren Währungen eine größere Flexibilität gab.¹⁸⁷ Allerdings konnte auch diese Vereinbarung die grundlegenden Probleme des System nicht lösen und 1973 wurden die Probleme so groß, dass Bretton Woods ab dem 19. Februar faktisch außer Kraft gesetzt wurde.¹⁸⁸

Was waren die Effekte und Auswirkungen des Zusammenbruches von Bretton Woods? Das System von Bretton Woods schuf eine fixe Weltwährungsordnung. Aufgrund dieses fixen Rahmens konnten alle beteiligten Nationen von stabilen währungspolitischen Rahmenbedingungen ausgehen. Eine – einseitige – Erhöhung oder Verringerung der Geldmenge war wegen der fixen Währungsrelationen ohne internationale Abstimmung schwer möglich. Somit konnte sich eine stabile Wirtschaftsentwicklung vollziehen, welche von fixen währungspolitischen Rahmenbedingungen ausgehen konnte. Der starke Gebrauch des amerikanischen Vorrechts, seine Geldmenge auszuweiten (dies wäre nur bei ausreichender Golddeckung möglich gewesen, aber auch die fixe Austauschrelation des Dollars gegenüber dem Gold war nur in den Anfangszeiten von Bretton Woods gegeben), – hier vor allem, um den sehr teuren Vietnamkrieg zu finanzieren – brachte allerdings das ganze System in eine Schiefelage.¹⁸⁹ Allerdings tendierte gegen Ende der 1960er Jahre der Großteil der Beteiligten am Bretton Woods-System – im Zuge von fast überall auftretenden starken Gewerkschaften, keynesianischer Wirtschaftspolitik und großzügiger Sozialpolitik – zu einer Inflationierung ihrer Währung. 1967 begann sich immer stärker ein inflationärer Druck im System von Bretton Woods aufzubauen, die Ursachen hierfür lagen in einer auf breiter Front durchgeführten Konjunkturstützung mittels deficit spending, dem – allerdings langfristigen – Auseinanderdriften der Wachstumsgeschwindigkeiten der Staaten und nicht zuletzt auch an

¹⁸⁶ Stephan *Schulmeister*, Zur Krise der Weltwirtschaft in den 70er und 80er Jahren – ein Rekonstruktionsversuch. In: Rudolf *Burger* (Hrsg.), *Verarbeitungsmechanismen der Krise* (Wien 1988) S.146-149.

¹⁸⁷ Carsten *Burhop*, Julian *Becker*, Max *Bank*, *Deutschland im Weltwährungssystem von Bretton Woods* (Göttingen 2013) S.225.

¹⁸⁸ Ebd. S.226.

¹⁸⁹ *Schulmeister*, Zur Krise der Weltwirtschaft in den 70er und 80er Jahren – ein Rekonstruktionsversuch. In: *Burger* (Hrsg.), *Verarbeitungsmechanismen der Krise* S.148.

der Kompensation der hohen Kosten des eskalierenden Vietnamkriegs durch die USA. Diese Ursachen ließen sich alle mit dem Jahr 1967 und den Folgejahren in Verbindung bringen.¹⁹⁰ Dies führte zu immer stärkerem Aufwertungsdruck für Länder mit starken Währungen (BRD, Japan) und Abwertungsdruck für Länder mit schwachen Währungen. Aufgrund von niedrigen Zinsen (keynesianische Geldpolitik) wurden erwartete Änderungen der Währungsparitäten von Investoren als Chance gesehen, gute Renditen zu erzielen,¹⁹¹ ermöglicht wurde dies trotz der rigorosen Kapitalverkehrskontrollen durch den „Euro-Petro-Dollar-Markt“¹⁹². Diese spekulativen Transaktionen sorgten für immer größeren Druck, die Währungsparitäten anzupassen. Nach der ersten Krise 1971 und dem Smithsonian-Agreement (welches im Nachhinein nur als kleines Entlastungsventil fungiert hat) kam es 1973 zum endgültigen Ende von Bretton Woods, als sich die europäischen Staaten dazu entschlossen, ihre Währungen gegenüber dem Dollar frei schwanken („floaten“¹⁹³) zu lassen.

Stefan Eich und Adam Tooze schreiben hier, dass für „policy-makers“ und Ökonomen die 1970er und das Ende von Bretton Woods für eine andere Art epochalem Bruch stehen, nämlich für eine Revolution in Bezug auf die „monetary affairs“.¹⁹⁴

*„The End of Bretton Woods between 1971 and 1973 marked the universalization of fiat money. From the 1970s onwards, for the first time since the invention of money, nowhere, anywhere in the World was money directly anchored to gold.[...] What would be tested in the 1970s and 1980s was the fundamental institutional question of the modern world: the relationship between capitalism, fiat money and democratic policy making. This question acquired an additional edge and urgency because the move to floating fiat currencies coincided with something unprecedented, a sharp acceleration of inflation in peacetime“.*¹⁹⁵

¹⁹⁰ Stefan Eich, Adam Tooze, The Great Inflation. In: Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael, Thomas Schlemmer, Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom (Göttingen 2016) S.184.

¹⁹¹ Stephan Schulmeister, Zur Krise der Weltwirtschaft in den 70er und 80er Jahren – ein Rekonstruktionsversuch. In: Rudolf Burger (hrsg.), Verarbeitungsmechanismen der Krise (Wien 1988) S.149.

¹⁹² Dieser Begriff bezieht sich darauf, dass in Europa große Menge an Dollar als Reservewährung gehalten wurden („Eurodollars“), diese resultierten auch daraus, dass Rohöl-Transaktionen vornehmlich in Dollar abgerechnet wurden („Petrodollars“). Somit existierte eine erhebliche Dollarmenge in Europa, welche keiner staatlichen Aufsicht unterstellt war. Weiterführung zur Rolle des Dollars in der Weltwirtschaft vgl. Stephan Schulmeister, Zur Krise der Weltwirtschaft in den 70er und 80er Jahren – ein Rekonstruktionsversuch. In: Rudolf Burger (hrsg.), Verarbeitungsmechanismen der Krise (Wien 1988). Kapitel 2-4.

¹⁹³ Floaten bedeutet, dass sich der Kurs von Währungen zueinander auf Devisenbörsen gemäß dem Angebot und der Nachfrage nach diesen Währungen bildet.

¹⁹⁴ Eich, Tooze, The Great Inflation. In: Doering-Manteuffel, Raphael, Schlemmer, Vorgeschichte der Gegenwart. S.173.

¹⁹⁵ Ebd.

Dieses Zitat verdeutlicht noch einmal die historische Dimension dieser Entwicklung. Gab es bereits vor 1973 politische Diskussionen über die Inflationsraten, wurden sie spätestens jetzt allgegenwärtig. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre nahmen die Inflationswerte vor allem in Großbritannien dramatische Höhen an. Darauf reagierte Großbritannien unter der Regierung Thatcher – und ebenso die USA zur selben Zeit – mit einer starken Erhöhung des Zinsniveaus, wobei wenig Rücksicht auf dadurch steigende Arbeitslosenzahlen genommen wurde. Weiters wurde ohne korporatistische Koordination vorgegangen – ganz im Sinne einer anti-gewerkschaftlichen Politik, welche die deutschen Bemühungen zur Inflationskontrolle in den frühen 1970er Jahren noch ausgezeichnet hatte.¹⁹⁶ Diese radikalen anti-inflationären Schritte und ein zweiter Ölpreisschock 1979-1980 führten dazu, dass auch die Deutsche Bundesbank die Leitzinsen in einem Schritt von 9 auf 12% erhöhte.¹⁹⁷ Diese Hochzinspolitik führte dazu, dass 1985 die Inflationsrate in der BRD nahe 0% lag, die Arbeitslosenrate allerdings 9,3% erreichte, was den höchsten Wert seit der Nachkriegszeit repräsentiert.¹⁹⁸ Das dies allerdings von den Verantwortlichen als notwendig angesehen wurde, illustriert eine Rede von Zentralbanker Otmar Issing, wo er sagt, dass „nothing rendered the German people so embittered, so full of hatred, so ready for Hitler as inflation.“¹⁹⁹ Dieses Argument, dass Inflation zu Auschwitz geführt habe, rechtfertigt auch alle Härten, welche durch diese Politik verursacht wurden in der Vergangenheit.²⁰⁰

b. Die 1970er Jahre als Jahrzehnt der Krisen

Autoren und Historiker verschiedenster Forschungsschwerpunkte beschreiben die 1970er Jahre als Jahrzehnt von einschneidenden Veränderungen. Insbesondere seit dem Ende des 20. Jahrhunderts begann eine Neubeurteilung der 1970er Jahre im Sinne eines entscheidenden Wendepunktes in der Moderne. Für einige Historiker markieren die 1970er den Moment „after the boom“. Für andere war diese Epoche definiert durch den „shock of the global“. Für

¹⁹⁶ Stefan Eich, Adam Tooze, The Great Inflation. In: Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael, Thomas Schlemmer, Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom (Göttingen 2016). S.188.

¹⁹⁷ Ebd. S.190.

¹⁹⁸ Ebd. S.191.

¹⁹⁹ Ebd. S.192.

²⁰⁰ Ebd.

Kultur-Historiker war es „an age of fragmentation“.²⁰¹ Kaelble hebt hervor, dass die 1970er als Zäsur einen einzigartigen Charakter, verglichen mit anderen Transitionsphasen und Zäsuren, haben, weil sie nicht durch Kriege, Revolutionen oder den Zusammenbruch von Reichen wie in den Jahren 1848, 1918, 1945 und 1989 hervorgerufen wurden, sondern durch einen rapiden wirtschaftlichen Wandel sowie kulturelle und soziale Umbrüche.²⁰² Die 1970er waren sicherlich eine Zeit der wirtschaftlichen Krisen, aber diese Diagnose kann auf unterschiedliche Art und Weise verstanden werden. Tendenzen der Deindustrialisierung und das Ende des Fordismus waren zwei Deutungsoptionen. Globalisierung war eine andere. Das Sichtbarwerden von Grenzen des Wachstums und einer Endlichkeit von Ressourcen führte auch zu den Anfängen eines neuen Denkens. Nicht zuletzt war auch das Ende des Systems der stabilen Weltwährungsrelationen eines der sichtbarsten Zeichen dieser Wendezeit.²⁰³ Ein weiteres Zeichen für die Neuartigkeit der in den 1970er Jahre auftretenden Probleme und Krisenelemente war, dass diese nicht antizipiert, geschweige denn vorhergesehen wurden, legten doch die westeuropäischen Volkswirtschaften zu diesem Zeitpunkt eine große Planungseuphorie an den Tag. Stephan Schulmeister betont hier:

„Da die entscheidenden Entwicklungen der 70er und 80er Jahre in den herrschenden Theorien nicht als Möglichkeiten enthalten waren, konnten sie weder systematisch beobachtet noch analysiert werden. Dementsprechend wurden die einschneidendsten Ereignisse als voneinander unabhängige ‚exogene Schocks‘ gedeutet, deren Entstehung aus der Eigendynamik des weltwirtschaftlichen Systems nicht begriffen werden kann. Dies wird auch durch die Begriffe ausgedrückt, mit denen diese Ereignisse sprachlich festgemacht wurden, wie etwa als ‚Ölpreisschocks‘ (aber auch Begriffe wie ‚Schuldenkrise‘ ‚Dollar-boom‘ etc. werden im Sinne unvorhersehbarer und plötzlich hereinbrechender, ‚irrationaler‘ Ereignisse verwendet).“²⁰⁴

Nach diesen Definitionen und Erklärungsansätzen stellt sich nun die Frage, was denn nun überhaupt eine Krise ist. Wenn wir sagen, dass dieser ganze Komplex, welcher im Verlauf des „goldenen Zeitalters“ für Stabilität und geordnete Bedingungen sorgte, spätestens ab Mitte der 1970er Jahre in eine Krise geriet, dann meint der Begriff der Krise hier nicht die offen

²⁰¹ Stefan Eich, Adam Tooze, The Great Inflation. In: Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael, Thomas Schlemmer, Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom (Göttingen 2016) S.173.

²⁰² Hartmut Kaelble, The 1970s. What Turning Point? In: Andreas Wirsching, The 1970s and 1980s as Turning Point in European History? Journal of Modern European History, 2011, Vol.9(1) S.20.

²⁰³ Eich, Tooze, The Great Inflation. In: Doering-Manteuffel, Raphael, Schlemmer, Vorgeschichte der Gegenwart S.173.

²⁰⁴ Stephan Schulmeister, Zur Krise der Weltwirtschaft in den 70er und 80er Jahren – ein Rekonstruktionsversuch. In: Rudolf Burger (Hrsg.), Verarbeitungsmechanismen der Krise (Wien 1988) S. 146.

zutage liegende oder gar dramatisch zugespitzte Entscheidungssituation, nicht das „in summo discrimine rerum“²⁰⁵, sondern eher:

*„Nach dem Boom, dem golden age, den trente glorieuses – Formeln, die ein Hauch wehmütiger Ironie umspielt – sind in Europa und darüber hinaus die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung schwieriger geworden“.*²⁰⁶

Mit diesem Satz leitet Christoph Boyer seinen Beitrag zum Sammelwerk „Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit“ ein. Eine treffliche Einleitung und ein guter Titel, denn die Arbeitslosigkeit – und ihre „Rückkehr“ – war sicherlich eines der offensichtlichsten Symptome der krisenhaften Entwicklung der 1970er Jahre. In den 1970er Jahren kam ein ganzes Gesellschaftsmodell in die Krise, welches nach dem Zweiten Weltkrieg für lange Zeit hohes Wachstum, Prosperität, soziale Integration und steigenden allgemeinen Wohlstand mit sich gebracht hat. Die Ursachen für diese Krise waren vielfältig, sie waren makroökonomisch, geopolitisch sowie gesellschaftspolitisch motiviert und verursacht. Das Gesellschaftsmodell der beiden betrachteten Staaten bis Mitte der 1970er Jahre basierte auf dem Prinzip des aktiven, sozialpolitischen Handelns des Staates, welcher auf den Säulen²⁰⁷

- der Wohlfahrtsstaatlichkeit,
- des (Neo-)Korporatismus²⁰⁸,
- der Vollbeschäftigung,
- des Konsenses (zwischen „Arbeit und Kapital“),
- des Wirtschaftswachstums,
- der fordistischen Produktion und Vergesellschaftung,
- des Keynesianismus und
- (der Sozialdemokratie)²⁰⁹

²⁰⁵ Christoph Boyer, Nach dem Boom. Schwierige Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung. In: Thomas Raithel, Thomas Schlemmer (Hrsg.), Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989. (München 2009) S.9.

²⁰⁶ Ebd. S.9.

²⁰⁷ Ein gleiches Bild zeichnet Dominik Geppert, er spricht von „Pfeilern“. In Bezug auf Großbritannien spricht er bei der Vollbeschäftigung von einem Staatsziel. Vgl. Dominik Geppert, Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975-1979 (München 2002) Kapitel 2.

²⁰⁸ Uwe Andersen, Wichard Woyke, Bundeszentrale für politische Bildung. Neokorporatismus 2013. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202076/neokorporatismus> (Zugriff am 11.11.2019).

²⁰⁹ Hier in Klammer gesetzt, da auch bürgerlich-konservative Parteien für heutige Verhältnisse sehr sozialdemokratische Positionen und Programme verfolgten, zumindest zu Zeiten des Golden Age.

stand.

Die Vollbeschäftigung genoss unter diesen Säulen nochmals eine systemimmanente Sonderposition, wie dies Oliver Nachtwey ausführte:

„In entwickelten Wohlfahrtsstaaten ist Erwerbsarbeit nicht nur die Grundlage der Erzeugung gesellschaftlichen Reichtums und der sozialen Integration, sondern auch der staatlichen Einnahmen. Die Leistungsfähigkeit des Wohlfahrtsstaats ist historisch mit dem Grad der Beschäftigung verzahnt. Und weil der Wohlfahrtsstaat finanziert werden muss, muss er auch ein Steuerstaat sein, der auf die eine oder andere Weise dafür sorgt, dass er genügend Ressourcen für seine Aufgaben aufbringt. Hohe Arbeitslosigkeit überfordert den Wohlfahrtsstaat auf doppelte Weise. Zum einen untergräbt die mit Arbeitslosigkeit verbundene Verarmung und gesellschaftliche Randständigkeit die soziale Integration, zum anderen gerät der Wohlfahrtsstaat in eine Finanzkrise, da die Einnahmen sinken, während gleichzeitig die Ausgaben steigen. Der Wohlfahrtsstaat ist angewiesen auf eine Politik der Vollbeschäftigung. Er kann es sich nicht leisten, auf mögliche Erwerbstätige zu verzichten.“²¹⁰

Genau diese Entwicklung – steigende Arbeitslosigkeit – sorgte nun dafür, dass der Wohlfahrtsstaat und die – zumindest in der BRD so genannte – Reformpolitik²¹¹, welche auch von der großen Koalition aus Union und SPD getragen wurde, immer mehr unter Druck geriet.

Kim Christian Priemel sagt bezüglich der Krisenauswirkungen:

„Die jüngere historische Forschung sieht in den 1970er Jahren eine ‚Umbruchszeit‘, ja die eigentliche ‚Periode fundamentalen Wandels‘ und verweist dabei auf Rezession und Ölpreiskrise, den Zusammenbruch des internationalen Währungssystems, das Aufkommen der Neuen sozialen Bewegungen, die Schwächung traditioneller Großgruppen wie Kirchen und Gewerkschaften sowie die Wiederkehr der Massenarbeitslosigkeit“.²¹²

Auch Boyer verweist darauf, dass die gravierende gesellschaftliche Krise in den 1970er Jahren begann und dabei auch gravierender war als die weltpolitische Umbruchsphase beginnend 1989²¹³, wobei einige Punkte als Ursachen der Krise (Ölpreissteigerung, Bretton Woods) und einige als Auswirkungen der Krise (Neue soziale Bewegungen, Schwächung traditioneller

²¹⁰ Oliver Nachtwey, Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party (Wiesbaden 2009) S. 92.

²¹¹ Bezüglich des großen Schubes der Reformpolitik der sozialdemokratisch dominierten sozialliberalen Koalition am Anfang der 1970er Jahre ist hier eine Parallele zu den Investitionswellen – welche hauptsächlich aus Kapazitätssteigerungen bestanden – in der Eisen- und Stahlindustrie auszumachen. Man könnte hier konstatieren, dass beide Maßnahmen maßgeblich von der Erwartung eines weiteren, hohen Wirtschaftswachstums motiviert wurden.

²¹² Kim Christian Priemel, Gewerkschaftsmacht? Britische und westdeutsche Gewerkschaften im Strukturwandel. In: Thomas Raithel, Thomas Schlemmer (Hrsg.), Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989 (München 2009) S.108.

²¹³ Christoph Boyer, Nach dem Boom. Schwierige Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung. In: Thomas Raithel, Thomas Schlemmer (Hrsg.), Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989 (München 2009) S.7.

Großgruppen und die Wiederkehr der Arbeitslosigkeit) angesehen werden können. Die Schwächung der traditionellen Großgruppen hängt hierbei mit der einsetzenden Arbeitslosigkeit zusammen, die Neuen sozialen Bewegungen haben ihren Ursprung allerdings in einer Infragestellung des ganzen Gesellschaftsentwurfes der fordistischen Arbeitsgesellschaft, welche mit ihren Reproduktionsmechanismen an Grenzen stieß.²¹⁴

Eine steigende Arbeitslosigkeit kann in diesem System auch als eine Art „Kipp-Element“ bezeichnet werden, da sie das Funktionieren des ganzen Systems bedroht. Hierbei hat eine steigende Arbeitslosigkeit gleich mehrere, das System immanent bedrohende Auswirkungen. In Zeiten der Vollbeschäftigung und des starken Wirtschaftswachstums sind Arbeitskräfte ein sehr gefragtes Gut, um die, durch den dauerhaften Boom induzierte, große Nachfrage nach allen möglichen Produkten und Dienstleistungen befriedigen zu können. In diesen Zeiten haben Arbeitnehmer und auch deren Interessensvertretungen ein hohes politisches sowie auch gesellschaftliches Gewicht.²¹⁵ Die Interessensvertretungen der Arbeitnehmer sind die Gewerkschaften, die sozialdemokratischen Parteien und – in Westeuropa allerdings zu vernachlässigen – die kommunistischen Parteien. Allerdings waren auch die konservativen Parteien (hier sowohl die CDU/CSU in Deutschland als auch die Conservative Party in Großbritannien) Teil dieses System der Sozialstaatlichkeit und des Korporatismus und trugen dieses System durch eine sehr moderat konservative Politik mit. Das hohe politische Gewicht der Arbeitnehmer äußerte sich durch entsprechende Wahlerfolge der diese „Klasse“ vertretende Parteien und auch einen hohen Einfluss der Gewerkschaften.²¹⁶

Die 1970er Jahre stellen – bezüglich des Organisationsgrades und der politischen Wirkungsmacht – den Höhepunkt der gewerkschaftlichen Machtausübung insbesondere in Großbritannien dar. Die Unterhauswahlen 1974 wurden gar zu einer Abstimmung darüber, „wessen Wille in Großbritannien regieren soll, der der Gewerkschaften oder der des demokratisch gewählten Parlaments“²¹⁷. Dieser Wahl waren Arbeitskämpfe der Gewerkschaften vorausgegangen, welche auf die neue Einkommenspolitik gemeinsam mit der Gewerkschaftsgesetzgebung der Regierung reagierte. Ein unheilvolles Zusammenspiel aus

²¹⁴ Vertiefend hierzu Vgl. Joachim *Hirsch*, Roland *Roth*, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus (Hamburg 1986) Kapitel III.

²¹⁵ Kim Christian *Priemel*, Gewerkschaftsmacht? Britische und westdeutsche Gewerkschaften im Strukturwandel. In: Thomas *Raithe*, Thomas *Schlemmer* (Hrsg.), Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989 (München 2009) S.115.

²¹⁶ Oliver *Nachtwey*, Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party (Wiesbaden 2009) S. 160-170.

²¹⁷ Roland *Sturm*, Großbritannien. Wirtschaft – Gesellschaft – Politik (Opladen 1997) S.32.

hohen Lohnforderungen und – auch wegen diesen Forderungen und umgekehrt – hoher Inflation beherrschte diesen Zeitabschnitt. Abwertungen des Pfund und somit teure Importe sowie die Nachfrage steigernde Programme der Regierung beschleunigten diese Tendenzen weiter. Die Arbeitskämpfe, vor allem der Bergarbeiter, sowie zahlreiche solidarische Streiks anderer Branchen sorgten gemeinsam mit den Ölpreissteigerungen für einen Energieengpass und für eine ernsthafte Gefährdung des öffentlichen Betriebes in Großbritannien. Unter diesen Umständen gewann die gewerkschaftsaffine Labour Party die Unterhauswahlen von 1974. Dies wurde auch als Zeichen für einen Sieg der Gewerkschaften über Tendenzen in Richtung einer Einschränkung ihrer – doch sehr großen – Freiheit und Wirkungsmacht interpretiert.²¹⁸ Eben jener Konflikt sollte sich mit neuer Intensität im Winter 1978/79 wiederholen. In der Zwischenzeit hatten sich allerdings die Rahmenbedingungen zuungunsten der Gewerkschaften stark verändert. Aufgrund des sehr starken Anstiegs der Inflation und der erhöhten Arbeitslosigkeit waren die Positionen und Forderungen der Arbeitnehmervertreter – auch in der Öffentlichkeit²¹⁹ – immer schwieriger zu rechtfertigen.

„Es folgte der sogenannte „winter of discontent“ 1978/79, der als sozialpolitischer Tief- und Wendepunkt in die britische Geschichte eingegangen ist und in der konservativen wie in der sozialdemokratischen Lesart seit den 1980er Jahren als Höhepunkt der ‚britischen Krankheit‘ gilt. Mehr als 4,6 Millionen Streikende hat die amtliche Statistik in dessen Verlauf registriert – ein einsamer Höhepunkt selbst in den bewegten 1970er Jahren [...]“²²⁰

Bei diesen unkoordinierten Streiks vieler Berufsgruppen, welche zum Großteil die Anpassung der Löhne an die sich beschleunigende Inflation forderten, aber auch gegen die Arbeitsbedingungen und die Lebensverhältnisse gerichtet waren, die hinter der allgemeinen Wohlstandsvermehrung der letzten Jahrzehnte zurückgeblieben waren,²²¹ wurde vonseiten der Streikenden sehr vehement vorgegangen. So wurden z.B. Patienten in Krankenhäusern nicht mehr versorgt und der öffentliche Verkehr sowie die öffentliche Versorgung (Energiewirtschaft, Müllabfuhr) lahmgelegt. Die daraus resultierenden Bilder suggerierten

²¹⁸ Roland *Sturm*, Großbritannien. Wirtschaft – Gesellschaft – Politik (Opladen 1997) S.31-32.

²¹⁹ Lutz *Raphael* betont hier, dass Arbeitskämpfe immer öffentlich inszeniert wurden, auch im Sinne eines „heroischen“ Kampfes für Gerechtigkeit und Mitbestimmung. Wer diese „Schlachten“ gewann, entschied auch die Öffentlichkeit schließlich an den Wahlurnen – siehe Unterhauswahl 1974. Vgl. Lutz *Raphael*, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom (Berlin 2019) S.160f.

²²⁰ Lutz *Raphael*, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom (Berlin 2019) S.163.

²²¹ Ebd.

einen chaotischen Zustand an der Grenze zur Anarchie und leisteten der von konservativer Seite lancierten „Sündenbockthese“ – nach welcher die britische Gewerkschaftsbewegung für den „British decline“ verantwortlich war – Vorschub. Diese These klang danach in der breiten Öffentlichkeit, aber auch Teilen der Sozialwissenschaft immer plausibler.²²² Diesen öffentlichen Meinungsumschwung bestätigte schließlich die Unterhauswahl 1979 mit ihrem überragenden Sieg der Conservative Party unter Margaret Thatcher, welche mit einer dezidiert gegen den Einfluss der Gewerkschaften ausgerichteten Politik angetreten war. Deren Politik sowie die erneute Konjunkturkrise am Beginn der 1980er Jahre erschwerten und begrenzten den gewerkschaftlichen Einfluss ab den 1980er Jahren in Großbritannien maßgeblich.

Tabelle 4. Inflations- und Arbeitslosenraten zwischen 1971-1983 in Großbritannien (angegeben in %).²²³

EREIGNIS	REGIERUNG	JAHR	ARBEITSLOSENQUOTE	INFLATIONSRATE
	Conservative Party	1971	3,3	9,4
		1972	3,6	7,1
1. ÖLPREISSCHOCK		1973	2,6	9,2
	Labour Party	1974	2,5	16,1
„SOCIAL CONTRACT – HÖHEPUNKT GEWERKSCHAFTLICHER MACHTAUSÜBUNG“		1975	3,9	24,2
		1976	5,2	16,5
		1977	5,7	15,8
„WINTER OF DISCONTENT“		1978	5,8	8,2
	Conservative Party	1979	5,3	13,4
2. ÖLPREISSCHOCK		1980	7,1	15,0
		1981	8,5	12,0

²²² Lutz Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom (Berlin 2019) S.164.

²²³ Roland Sturm, Großbritannien. Wirtschaft-Gesellschaft-Politik (Opladen 1997) S. 20-21.

	1982	10,0	8,6
	1983	10,8	4,6

Tabelle 5. Inflations- und Arbeitslosenraten zwischen 1971-1983 in der BRD (angegeben in %).²²⁴

EREIGNIS	REGIERUNG	JAHR	ARBEITSLSENQUOTE	INFLATIONSRATE
<i>GLOBALSTEUERUNG (1967-1979)</i>	Sozialliberale Koalition	1971	0,9	5,41
		1972	1,0	6,37
<i>1. ÖLPREISSCHOCK</i>		1973	1,1	7,92
		1974	2,0	5,72
		1975	4,0	5,41
		1976	4,0	3,69
		1977	3,9	3,41
		1978	3,7	2,54
<i>2. ÖLPREISSCHOCK</i>		1979	3,2	5,40
		1980	3,2	5,54
		1981	4,7	6,69
<i>Misstrauensvotum</i>	Union/FDP	1982	6,3	4,55
<i>„GEISTIG MORALISCHE WENDE“</i>	–	1983	7,8	2,71
		1984	7,0	1,95

In der BRD kam es in den 1970er Jahren nicht zu derartigen Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaft und Regierung. Es kam zwar auch zu Arbeitskämpfen und Streiks, aber in einem anderen Ausmaß und mit einer anderen Motivation, insofern in der BRD nicht eine ganze

²²⁴ Quelle: Martin *Werdning*, Einbahnstraße in die Beschäftigungskrise? Arbeitsmarktentwicklung und Arbeitsmarktinstitutionen in den OECD-Staaten seit 1960. In: Thomas *Raitzel*, Thomas *Schlemmer* (Hrsg.), Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989. (München 2009) S. 26 für Arbeitslosenquote; Inflation.eu, 2020. <https://de.inflation.eu/inflationsraten/deutschland/historische-inflation/vpi-inflation-deutschland.aspx> (Zugriff am 10.01.2020) für Inflationsrate.

Regierung von den Gewerkschaften herausgefordert wurde. Die maßgeblichen Ursachen dafür liegen in den unterschiedlichen Organisationsstrukturen der Gewerkschaften sowie einem unterschiedlichen Krisenverlauf in der BRD²²⁵. Die schwersten Arbeitskämpfe erlebte die BRD erst im Zuge von Stahlwerksschließungen in den 1980er Jahren.²²⁶ Dies lag auch daran, dass in der BRD die Deindustrialisierung auch erst in den 1980er an Fahrt aufnahm. Dies ist abzulesen am prozentuellen Anteil des tertiären Sektors an allen Erwerbstätigen, welcher 1970 erst bei 41,5% lag (verglichen mit knapp unter 60% in Großbritannien). 1985 lag dieser Wert bereits bei 49,4% und 1995 schließlich bei 61,0%. Der Anteil des sekundären Sektors ist von 1980 bis 1995 von 49,4% auf 35,9% gesunken.²²⁷ Nicht nur diese Umverteilung zwischen den Sektoren, sondern auch die allgemeine Entwicklung machte es für die Arbeitnehmer und ihre Vertreter schwieriger, ihre Interessen zu artikulieren.

„Trübe Konjunkturaussichten und strukturelle Arbeitslosigkeit verschlechterten ihre Verhandlungsposition [der Gewerkschaften M.S.] jedoch eklatant. Je mehr Arbeitsplätze durch neue Technologien überflüssig wurden und je kräftiger die Arbeitslosenziffern stiegen, desto weniger glaubwürdig klangen Streikdrohungen. Verschärfter Wettbewerb und technologische Innovation verschoben die Initiative sichtlich zugunsten der Kapitaleigner und unterstrichen somit die grundsätzlich reaktive Grunddisposition von Arbeitnehmervertretungen.“²²⁸

Dieses Zitat unterstreicht die existenzielle Bedrohung, welche von den oben genannten Arbeitslosenzahlen auf die Daseinsgrundlage von Gewerkschaften – welche weiterhin Einfluss ausüben wollten – ausging. Wobei der Autor darlegt, dass selbst die gewerkschaftliche Macht am Höhepunkt ihrer Gestaltungsmöglichkeiten nicht so groß war, wie heute oftmals erzählt wird, und eher passiv war.²²⁹ Die steigende Arbeitslosigkeit stellte also nun die Systeme der sozialen Sicherung infrage und provozierte eine „Glaubensfrage“²³⁰, welches System zur Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft mit der Krise besser umgehen könne.

²²⁵ Die Tabellen 4 und 5 erlauben auch einen gewissen Vergleich der Krisenverläufe in Großbritannien und der BRD.

²²⁶ Siehe Kapitel 5.

²²⁷ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung zur Gegenwart (München 1999) 600 f.

²²⁸ Kim Christian Priemel, Gewerkschaftsmacht? Britische und westdeutsche Gewerkschaften im Strukturwandel. In: Thomas Raithel, Thomas Schlemmer (Hrsg.), Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989 (München 2009) S. 115-116.

²²⁹ Ebd. 110.

²³⁰ Hierzu sagten auch Vertreter der Deutschen Bundesbank, dass sich dort ein „war of religion“ abspielte. Vgl. Stefan Eich, Adam Tooze, The Great Inflation. In: Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael, Thomas Schlemmer, Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom (Göttingen 2016) S.185.

Für Großbritannien wurden solche Entwicklungen schließlich nicht mehr durch aktive Strukturpolitik zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit oder armutsvermeidende Programme ausbalanciert. Im Gegenteil: „The way to reduce unemployment“, so ein prominenter Unterstützer Thatchers, liege nicht in der Abfederung des Strukturwandels, sondern „in reforming both the tax and social security systems to encourage the enterprise society“.²³¹ Spätestens 1979 war diese pseudoreligiöse Glaubensfrage in Großbritannien eindeutig entschieden. In der BRD sollte es noch ein wenig länger dauern, allerdings entwickelte sich die Situation mit der Publikation des „Lambsdorff-Papiers“²³² 1982 in eine ähnliche Richtung. Das als „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ bezeichnete Memorandum wurde auch als „Scheidungsbrief“ der sozialliberalen Koalition betitelt. Es enthielt klassische, neoliberale Ansätze zur Krisenbewältigung, welche an die neuen Politiken in Großbritannien unter Margaret Thatcher und in den USA unter Ronald Reagan erinnerte. Spätestens mit der Auflage dieses Konzeptes kam es zum Bruch der sozialliberalen Koalition und am 1. Oktober 1982 trat – nach einem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Kanzler Helmut Schmidt – die neue Union/FDP-Regierung ihr Amt an.²³³

Inflation und Arbeitslosigkeit waren die Signatur der 1970er Jahre. Sie waren durch das Stagflations²³⁴-Dilemma unheilvoll miteinander verbunden: deficit spending – als Antidot gegen die Arbeitslosigkeit – trieb Inflation und Staatsverschuldung in die Höhe. Dies war bis Mitte der 1970er Jahre noch „best practice“ und erlaubte bis dahin eine dynamische und stabile Entwicklung sowie eine Berücksichtigung aller Ziele gemäß dem volkswirtschaftlichen Viereck. Der Einsatz monetaristischer Instrumente zur Inflationsbekämpfung hingegen leistete dem Anstieg der Arbeitslosigkeit Vorschub und kam einer Neubewertung der wirtschaftspolitischen Ziele gleich. Die Signatur der 1980er Jahre wurde vor allem von der

²³¹ Winfried Süß, Massenarbeitslosigkeit, Armut und die Krise der sozialen Sicherung seit den 1970er Jahren. Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. In: Thomas Raithel, Thomas Schlemmer (Hrsg.), Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989 (München 2009) S.62

²³² Beim „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ handelt es sich um eine wirtschaftspolitische Programmschrift, die im Bundeswirtschaftsministerium unter der Leitung von Otto Graf LAMBSDORFF (FDP) ausgearbeitet wurde. 100 (0) Schlüsseldokumente zur Deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0079_lam&st=LAMBSDORFF%20PAPIER&l=de (Zugriff am 10.12.2019)

²³³ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung zur Gegenwart (München 1999) S.704f.

²³⁴ Das gleichzeitige Auftreten von Inflation und wirtschaftlicher Stagnation.

Anhebung des internationalen Zinsniveaus markiert – unter billiger Inkaufnahme der Rezession, also sinkender Einkommen und weiter steigender Arbeitslosigkeit. Die Glaubensfrage war entschieden.²³⁵

c. Stahlkrise und Krise der Arbeitnehmergeellschaft

i. Die europäische Eisen- und Stahlindustrie in der Krise

Ein Bereich, der europäischen Volkswirtschaften, welcher in der Nachkriegszeit und dem goldenen Zeitalter eine herausragende Rolle gespielt hatte, kam in den 1970er Jahre in eine existenzielle Krise. Die Krise der Eisen- und Stahlindustrie in den 1970er Jahren war eine Fortsetzung der Krise der Montanindustrie, welche bereits mit der Kohlekrise ihren Anfang genommen hatte. Diese Krise traf die betroffenen Staaten in vielerlei Hinsicht. Es liegen auch eine Reihe von Gründen vor, warum auch der Staat in die Krise der Eisen- und Stahlindustrie derartig involviert war (und dies lag nicht nur im staatsinterventionistischen Zeitgeist der 1970er Jahre).

„There are many reasons why the state became so involved. The first might be called psycho-national: it was contended that no country worthy of note should be without a steel industry. Only the rare sceptic questioned the need for one. There had always been a special relationship between steel and the State, since the industry’s key role in defence, its crucial place in most heavy industry (‘steel is the rice of industry’ according to a Japanese saying), and its essential place in the history of industrial development had helped to invest steel with a particular mystique and prestige.“²³⁶

Dieser „Stahlmythos“ war aber eher eine „urban-legend“ als Wirklichkeit. Die andauernde Krise entzauberte spätestens in den 1980er Jahren diesen Mythos allerdings grundlegend.

„The steel industry is no longer the kingpin of the industrial world...it is a sector of industry amongst others – no more and no less.“²³⁷

²³⁵ Christoph Boyer, Nach dem Boom. Schwierige Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung. In: Thomas Raithel, Thomas Schlemmer (Hrsg.), Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989 (München 2009) S.13f.

²³⁶ Yves Meny, Vincent Wright, State and Steel in Western Europe. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S.23.

²³⁷ Ebd. S.25.

Diese Aussage eines deutschen Stahlindustriellen bringt das Ende dieses Mythos auf den Punkt. Als im Verlauf der Krise schließlich ganze, mehrere Quadratkilometer große Hüttenwerke verschwanden, wurde das Ende dieses Mythos auch geographisch sichtbar.

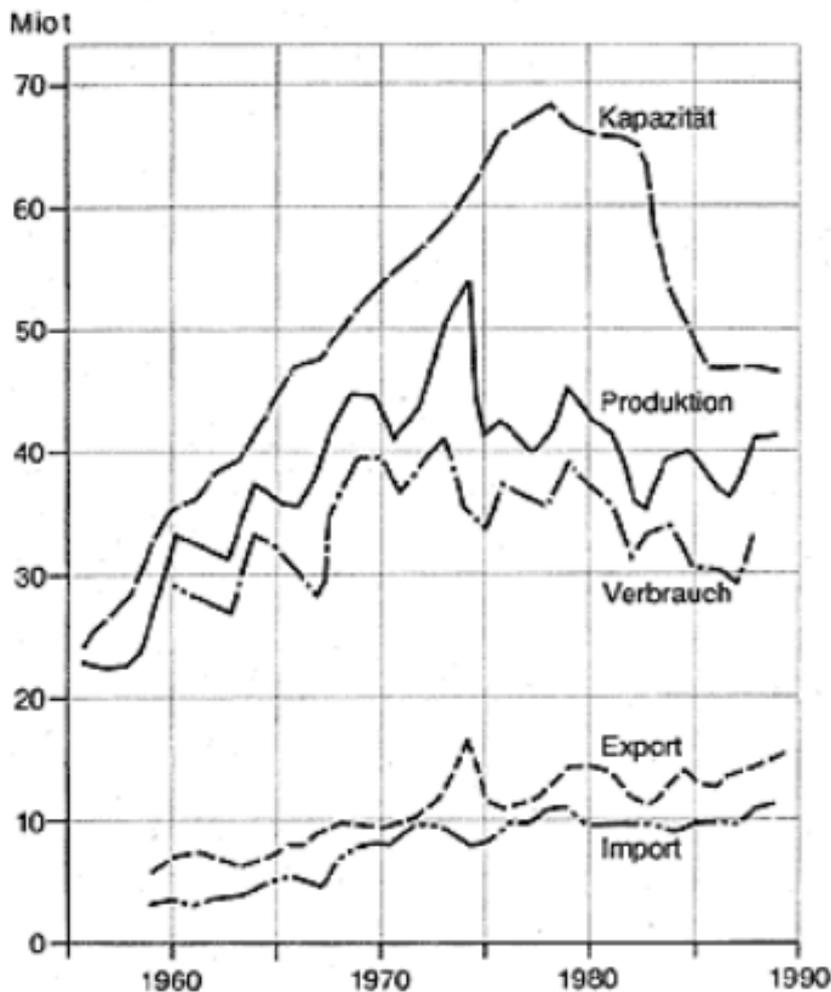


Abbildung 3. Stahlumsatz in der BRD 1960 – 1990.²³⁸

In Kapitel 2.a wurde die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie der beiden betrachteten Länder bereits skizziert. In Abbildung 3 wird der Verlauf der Entwicklung in der BRD anhand der Rohstahlkapazitäten und der Produktions- und Verbrauchszahlen dargestellt. Es ist nicht schwer auszumachen, dass es nach dem Rekordjahr 1974 zu einer Tendenzwende in der Stahlwirtschaft der BRD kam. Vor allem die Produktionsziffern gingen nach 1974 stark zurück,

²³⁸ Quelle: Bernhard Butzin, Rainmund Pahl, Gisela Prey. Regionalkunde Ruhrgebiet. 2008. http://www.ruhrgebietregionalkunde.de/html/aufstieg_und_rueckzug_der_montanindustrie/krise_des_montansektors/stahlkrise.php%3Fp=3,2.html (Zugriff am 13.12.2019).

gefolgt von – zeitlich etwas versetzt – der Rohstahlkapazität. Der Verbrauch entwickelte sich in etwa gleich wie die Produktion, war aber immer etwas niedriger und zeigte weniger starke „Ausschläge“ der Kurve. Das Jahr 1974 stellt also für die Eisen- und Stahlindustrie einen nachhaltigen Strukturbruch dar, da sich Produktions- sowie Nachfragestrukturen stark veränderten. Auch die Entwicklung des Bruttosozialproduktes und der Stahlproduktion entwickelten sich bis zu diesem Zeitpunkt in etwa gleichmäßig.

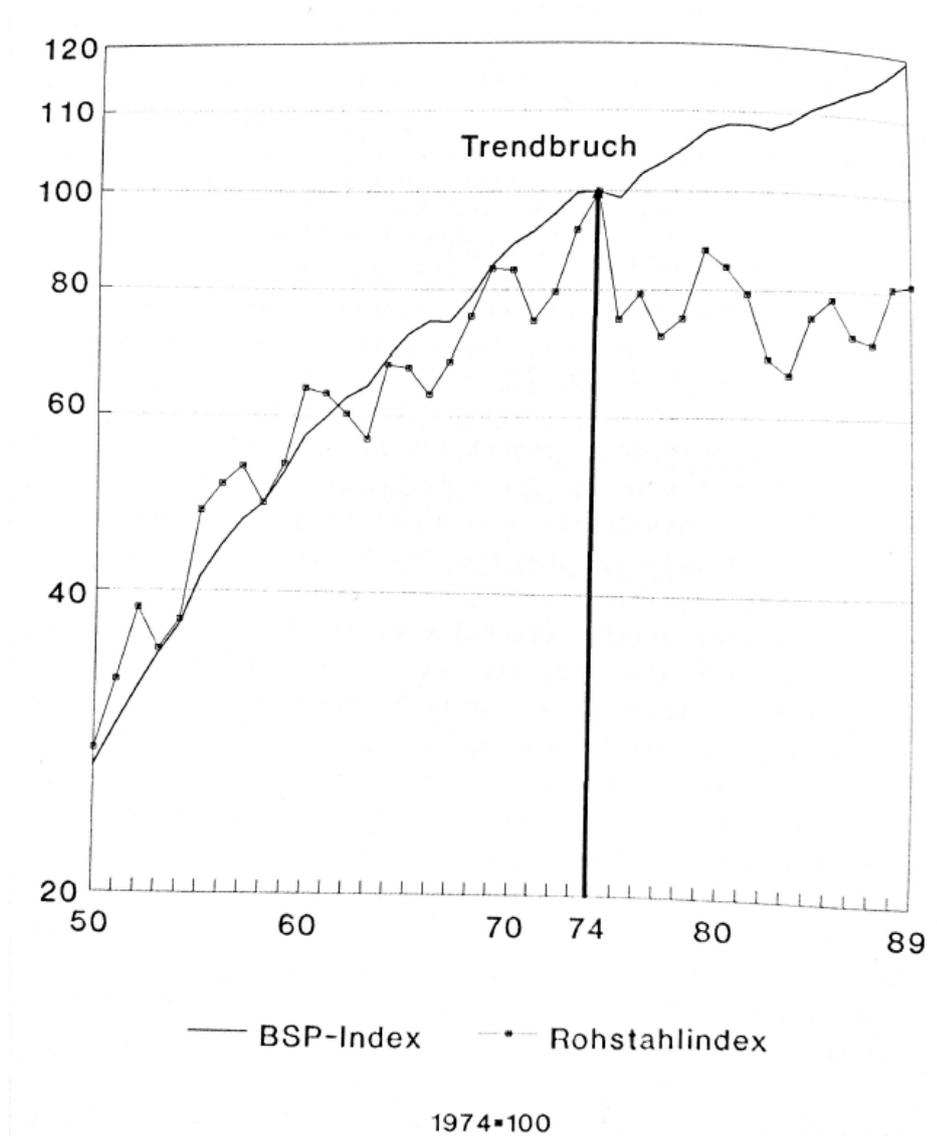


Abbildung 4. Relative Entwicklung von Bruttosozialprodukt und Rohstahlerzeugung in der BRD.²³⁹

²³⁹ Quelle: Marcus Demgenski, Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel (St.Gallen 1990) S.66.

Wie bereits erwähnt lagen sowohl die höchsten jährlichen Produktionsmengen für Rohstahl in der BRD als auch in Großbritannien in den frühen 1970er Jahren mit dem Höhepunkt im Jahr 1974. Danach wurden die produzierten Mengen an Rohstahl tendenziell weniger. Auch divergierten das Wachstum des Bruttosozialproduktes und das der Rohstahlerzeugung ab dem Jahr 1974 immer stärker, wobei vorher eine ungefähr gleichförmige Entwicklung dieser beiden Größen stattgefunden hat. Bezüglich der Ursachen der Krise liegt mit „The politics of steel“²⁴⁰ ein sehr umfangreicher Sammelband für meine zu untersuchende Periode vor. Yves Meny und Vincent Wright beschreiben darin die Zeit von 1974 bis 1984 als schwere Krise für die Eisen- und Stahlindustrie in Europa. Diese Krise, welche 1974 begann, wurde anfangs als ein normaler zyklischer Konjunkturabschwung interpretiert in einer Industrie, in der dies zur Normalität gehörte. So dauerte es eine Weile, bis der strukturelle Charakter dieser Krise vollständig wahrgenommen wurde. Klare Anzeichen der Hauptursachen der Krise – in Form von Produktionsüberkapazitäten – gab es bereits 1960²⁴¹, allerdings herrschten in diesem Jahrzehnt noch gänzlich andere politisch-wirtschaftliche Rahmenbedingungen.²⁴² Diese Krise wurde auf vielen Ebenen der Eisen- und Stahlindustrie sichtbar, hierfür ist es notwendig, industriebezogene, wirtschaftliche und technologische Faktoren zu trennen und auch zwischen der internationalen, der nationalen und der lokalen Ebene zu unterscheiden.²⁴³ Auch die Krisenursachen spiegeln diese Unterscheidung wider, sind sie doch auf diesen unterschiedlichen Ebenen und Bereichen zu suchen. Die Krise brachte nach dieser Interpretation die existierenden Probleme nur zum Vorschein, um sie daraufhin zu intensivieren. Eines der auffälligsten Merkmale der Stahlkrise war die zunehmende Divergenz zwischen der stagnierenden Marktentwicklung und dem hohen Kapazitätswachstum. Die Probleme erwachsen und verschlimmerten sich auch durch die hohen Investitionen in der Eisen- und Stahlindustrie, welche in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren

²⁴⁰ Yves Meny, Vincent Wright, *The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984)* (Berlin 1987).

²⁴¹ Yves Meny, Vincent Wright, *State and Steel in Western Europe*. In: Yves Meny, Vincent Wright, *The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984)*. (Berlin 1987) S.1.

²⁴² Für die „Unterschätzung“ der Krise war die Überwindung der kleinen Rezession der Jahre 1966/67 in der BRD sicherlich ein gewisser Katalysator, da diese Rezession einerseits schnell überwunden wurde, andererseits auch dadurch die Instrumentarien des Keynesianismus und der Globalsteuerung einen starken Auftrieb erhielten. Mit diesen Instrumenten wog man sich auch Bezüglich einer neuerlichen Rezession und/oder Krise in Sicherheit. Ausführlich hierzu vgl. Alexander *Nützenadel*, *Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949-1974* (Göttingen 2005); Tim *Schanetzky*, *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982* (Berlin 2007).

²⁴³ Meny, Wright, *State and Steel in Western Europe*. In: Meny, Wright, *The Politics of Steel* S.15.

durchgeführt wurden. Die Ursache dafür waren nüchterne wirtschaftliche Überlegungen und Zwänge, wie etwa hoher Wettbewerbsdruck, welcher die Unternehmer dazu veranlasste, immer neue Investitionen zu tätigen, welche auch zu den großen, integrierten Anlagen führten.²⁴⁴ Die Rolle der Überkapazitäten als maßgebliche Krisenursache scheint hier umso schlagender, da Meny und Wright betonen, dass bereits bestehende Probleme dadurch verschlimmert wurden.

„[...] problems which were aggravated by the frenetic bouts of heavy investments which had occurred in the industry in the late 1960s and early 1970s.“²⁴⁵

Um zu verstehen, inwiefern Investitionen an einer Krise maßgeblich schuld sein können, muss man sich die spezielle Kosten- und Entwicklungsstruktur der Eisen- und Stahlindustrie vor Augen führen. Eine Eigenheit der europäischen (und amerikanischen) – aber sicherlich später auch der japanischen und koreanischen – Stahlindustrie ist, dass sie meist aus vertikal²⁴⁶ vollständig integrierten und sehr großen Werken besteht, welche auf einen kontinuierlichen Betrieb ausgelegt sind. Diese Beschaffenheit der Industrie kam auch den Zielen, welche von der Hohen Behörde der EGKS ausgegeben wurde, entgegen, denn mit diesen Anlagen und unter diesen Bedingungen ließen sich folgende Ziele erreichen:

1. Engpässe bei der Versorgung mit Stahl zu vermeiden
2. die durchschnittlichen Kosten senken
3. die Produktivität erhöhen

Durch eine hohe Betriebsbereitschaft, die sich später in teuren Überkapazitäten auswirkte, wurde das erste Ziel erreicht, das zweite und dritte durch moderne, rationell arbeitende Maschinen und Anlagen, deren unzweifelhafte Vorzüge bei genügender Auslastung durch hohe fixe Kosten erreicht wurden. Der gemeinsame Markt (Montanunion, EGKS) mit dem organisierten Preiswettbewerb schien sich bis zu den 1960er bewährt zu haben, wobei ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass die „Bewährungsprobe dieses

²⁴⁴ Marcus *Demgenski*, Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel (St.Gallen 1990) S.76.

²⁴⁵ Ebd. S.1.

²⁴⁶ Vertikal integriert bedeutet (bezogen auf die Stahlindustrie), dass eine Produktionsanlage (man spricht hier auch von einem Hüttenwerk) alle Kompetenzen und Anlagen besitzt, welche notwendig sind, um aus den Ausgangsrohstoffen Eisenerz und Kohle fertige Stahlendprodukte herzustellen. Hierbei spricht man von Anlagen zur Rohstoffvorbereitung wie Sinteranlage und Kokerei, Hochofenanlage zur Herstellung von Roheisen, Konverter-Stahlwerk zur Rohstahlerzeugung und schließlich Walzwerke und Gießereien zur Bearbeitung des Stahls und zur Erzeugung der Endprodukte.

Wettbewerbssystems in einer offensichtlichen Krise noch aussteht“.²⁴⁷ Die Erzeugnisse der Eisen- und Stahlindustrie waren für den Aufbau von Produktionsanlagen und den Erzeugnissen anderer Industrien und Gewerben sowie deren Erweiterung und Expansion notwendig.²⁴⁸ In der Expansionsphase der europäischen Schwerindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg funktionierte dieser horizontale Prozess der Arbeitsteilung außerordentlich gut, daher trug die Expansion der Schwerindustrie einen großen Teil zum starken Wirtschaftswachstum nach dem Zweiten Weltkrieg bei. Für die Bundesrepublik Deutschland lag das Wirtschaftswachstum von 1950 – 1960 bei durchschnittlich 7,53%. In dieser Zeit verdoppelte sich die Erzeugung von Roheisen und Rohstahl. Die Rohstahlerzeugung betrug 1960 – nach Einbezug der Rohstahlerzeugung des Saarlandes, welches erst 1959 in die Bundesrepublik eingegliedert wurde - 34.100.000 t bei 97% Auslastung der Produktionsanlagen.²⁴⁹ Diese Zahl allein ist noch nicht sehr aussagekräftig, allerdings belegt eine 97%ige Auslastung der Anlagen einen sehr nahe am Ideal gelegenen Wert. In den Zeiten des „Wirtschaftswunders“ bestand eher die Tendenz zu steigenden Preisen. Durch den organisierten Preiswettbewerb sollte die Kostenbelastung der Volkswirtschaft verringert werden. Auf immer steigende Preise zu setzen, sollte sich später, gepaart mit den hohen Fixkosten der integrierten Stahlwerke, als schwerwiegende Fehlkalkulation erweisen. Vor diesem Hintergrund wird sichtbar, wieso große Investitionen in Produktionskapazitäten für die Unternehmen auch eine schwere Bürde sein können. So herrscht in der Literatur Einigkeit, dass der hohe und steigende Anteil fixer Kosten die wichtigste betriebsinterne Ursache für die mangelnde Anpassungsfähigkeit der Stahlbranche an den strukturellen Wandel darstellt.²⁵⁰

Die durch die Rezessionen und allgemeine Stagnation der 1970er Jahre bedingte sinkende Nachfrage wurde vor allem im Angesicht enormer Produktivitätssteigerung zu einem großen Problem. Diese Produktivitätssteigerungen resultierten einerseits aus einem starken Ausbau der Produktionsanlagen (resultierend aus eben jenen massiven Investitionen Ende der 1960er und Anfang der 1970er) aber auch daraus, dass ein Fokus auf Prozessinnovationen gelegt wurde (die aus den oben genannten Punkten 2-3 abgeleitet werden können), welche die Arbeitsproduktivität der einzelnen Arbeiter massiv erhöhten. Die Prozessinnovationen hatten

²⁴⁷ Marcus *Demgenski*, Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel (St.Gallen 1990) S.42.

²⁴⁸ Ebd. S.120-140.

²⁴⁹ Ebd. S.41.

²⁵⁰ Ebd. S.53.

Vorrang gegenüber den Produktinnovationen, auch dies ist in der retrospektiven Betrachtung der Krise von großer Bedeutung. Durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität waren für die gleiche Menge an produziertem Rohstahl insgesamt weniger Arbeiter notwendig. Wie Demgenski ausführt, wäre es angebracht bei unterdurchschnittlicher Entwicklung der Nachfrage – ein Zustand, welcher ab Mitte der 1960er Jahre zu beobachten war – in Produktinnovation zu investieren, um neue Nachfrage zu schaffen. Prozessinnovation wären bei unterdurchschnittlicher Zunahme der Arbeitsproduktivität angezeigt. Wie aus Tabelle 6 hervorgeht, stieg die Arbeitsproduktivität allerdings kontinuierlich stark an.²⁵¹

Folgendes Beispiel illustriert diesen Umstand. Die Rohstahlerzeugung lag in der Bundesrepublik Deutschland 1983 bei einem Wert, welcher mit 35.729.000 t nur unwesentlich höher lag als jener Wert von 1960. Allerdings lag die mögliche Kapazität – also die theoretisch mögliche Produktion bei 100% Auslastung – der Hüttenwerke in der BRD 1983 bei über 65.000.000 t Rohstahl.²⁵² Somit blieben annähernd 30 Mio. t²⁵³ an Hochofen- und Stahlwerkskapazität ungenutzt. Bei den sehr hohen initialen Kapitalanforderungen zum Bau dieser Anlagen, liegt das Problem einer Unterauslastung in Krisenzeiten auf der Hand.

Die europäische Eisen- und Stahlindustrie war somit auf einen kontinuierlichen Betrieb ausgelegt, welcher natürlich auch eine kontinuierliche Nachfrage voraussetzte. Diese Nachfrage wurde in den späten 1960er Jahren noch durch eine Mischung aus guter Konjunktur und staatlicher Nachfragepolitik getragen. Die in Abbildung 5 sichtbare Steigerung der Kapazität, welche bis in die 1980er Jahre anhielt, war noch die Folge der massiven (Prozess)Investitionen am Übergang zu den 1970er Jahren. Da die Grenzen einer staatlichen Nachfragepolitik in den 1970er Jahren immer offensichtlicher wurden²⁵⁴ und das Wachstum der (westlichen) Weltwirtschaft allgemein stagnierte, war eine hohe Nachfrage nicht mehr gewährleistet. Zu diesen Gründen gesellen sich noch viele weitere Gründe, auf welche ich noch eingehen werde. Allerdings will ich nun ein Beispiel für eine anderer Theorie und einen zeitgenössischen Erklärungsversuch zu dieser Krise anführen.

²⁵¹ Marcus *Demgenski*, Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel (St.Gallen 1990). S.21; Vgl. Tabelle 6.

²⁵² Ebd. S. 41.

²⁵³ Die ungenutzte Kapazität dieses Jahres überstieg die Rekord-Rohstahlerzeugung Großbritanniens von 1974.

²⁵⁴ Weiterführend vgl. Tim *Schanetzky*, Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982 (Berlin 2007).

Jörg Huffs Schmid regt eine etwas andere Betrachtung der Stahlkrise der 1970er Jahre an. Zwar konstatiert auch er, dass Überkapazitäten und eine fehlende Nachfrage (auch aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise) die Ursachen der Krise der Eisen- und Stahlindustrie seien. Allerdings beschreibt er andere Gründe dieser Überkapazitäten und der fehlenden Nachfrage sowie alternative Lösungsvorschläge für diese Krise. Die Folgen der Krise beziffert er unter anderem mit 30.000 Arbeitsplätzen, welche in der westdeutschen Stahlindustrie zwischen 1974 und 1977 verlorengegangen seien. Demnach gab es 1974 in der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie 344.000 Arbeitsplätze und 1977 315.000. Weiters hat seit 1960 die Zahl der Arbeiter und Angestellten, die in der Eisen- und Stahlindustrie beschäftigt waren, um 100.000 abgenommen – jeder vierte Arbeitsplatz sei abgebaut worden, obgleich die Produktion bis 1974 in jedem Jahr außerordentlich gestiegen ist.²⁵⁵ In der öffentlichen Krisendiskussion wird diese Entwicklung unter dem Stichwort der weltweiten Stahlkrise abgehandelt. Schuld seien eine plötzlich ausgebliebene Nachfrage, die ausländische Konkurrenz mit Dumpingpreisen (v.a. Japan und Italien) und schließlich die raschen technologischen Entwicklungs- und Standortverschiebungen in der internationalen Stahlindustrie. Es sei in erster Linie der nationale und internationale Strukturwandel, der ein großes Problem für die Stahlindustrie darstellt und zu einem Produktionseinbruch von 710 Mio. t im Jahr 1974 auf 647 Mio. t im Jahr 1975 an Weltrohstahlproduktion geführt hat.²⁵⁶

Huffs Schmid fragt, ob Standortverschiebungen, technischer Fortschritt und Wettbewerb mit Billigstahl denn tatsächlich zwangsläufig mit den negativen Begleitumständen, also der Vernichtung von Arbeitsplätzen, langwieriger (Massen-)Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verbunden sein müssen. Denn diese Folgen werden gemeinhin mit der Stahlkrise der 1970er und 1980er Jahre in Verbindung gebracht. Er versucht mit eigenen Thesen darzulegen, dass diese „Begleiterscheinungen“ auch aus anderen Ursachen zu erklären sind als dem internationalen Strukturwandel.

„Ich möchte im Folgenden versuchen, eine Erklärung für die Stahlkrise zu geben, die nicht in erster Linie auf die meines Erachtens durchaus unzureichenden Thesen von den Außeneinflüssen zurückgreift, sondern die die aktuellen Entwicklungen in der Stahlindustrie aus inneren Gesetzmäßigkeiten und inneren Entwicklungstendenzen kapitalistischer Systeme ganz allgemein

²⁵⁵ Jörg Huffs Schmid, Zur Krise der Stahlindustrie. In: Franz Kritzinger, Stahlkrise. Entwicklung und Situation in der Stahlindustrie (Linz 1979) S.8.

²⁵⁶ Ebd. S.9.

*erklärt, wobei dann im Einzelnen, entsprechend der jeweiligen geographischen und historischen Situation, natürlich besondere zusätzliche Einflüsse hinzukommen.*²⁵⁷

Für die Ursachen der Stahlkrise an sich – d.h. nur für die Krise, nicht aber für die Folgen wie Massenentlassungen etc. – hat Huffschmid zwei Thesen:

1. Die Stahlkrise ist in der Hauptsache nichts anderes als ein Teil der allgemeinen konjunkturellen Wirtschaftskrise, die in der BRD und den anderen kapitalistischen Industrieländern aufgetreten ist und die im Wesentlichen auf die Tendenz kapitalistischer Systeme zur Überinvestition oder Überakkumulation zurückzuführen ist.
2. Die strukturellen, längerfristigen Züge der Stahlkrise sind „in Wirklichkeit“ nichts anderes als ein systematischer, notwendiger Ausdruck der Unfähigkeit der Wirtschaftsorganisation, sich an neue Rahmenbedingungen anzupassen, die durch die Prozesse dieser Wirtschaftsorganisation selber produziert worden sind, wie vor allem die technologische Entwicklung oder auch die internationale Konkurrenz.²⁵⁸

Bezogen auf den ersten Punkt der Ursachen der Stahlkrise, lautet eine gängige Erklärung:

Die Wirtschaftskrise sei das Resultat von zu hohen Ansprüchen, die an das wirtschaftliche Potential gestellt wurden. Die Verursacher der zu hohen Ansprüche an das Bruttosozialprodukt waren zuerst einmal die erdölproduzierenden Länder, die die Ölpreise vervierfacht hatten. Im folgenden Jahr waren es die nach wie vor anhaltenden staatlichen Reformprojekte, welche hauptsächlich aus Staatsausgaben zum Zweck der Schaffung gesellschaftlicher Güter bestanden. Weiters waren es zunehmend stärker werdende linke Gruppierungen, Bürgerinitiativen, die den Bau von Atomkraftwerken verhinderten – enorme Projekte, welche das Potential hatten, die Konjunktur zu stimulieren – und damit 300.000 Arbeitsplätze gefährdeten. Vor allem wurde mit den – als maßlos überzogen bezeichneten – Lohnforderungen der Gewerkschaften argumentiert, mit ihren maßlos überzogenen Ansprüchen an das Sozialprodukt.²⁵⁹

²⁵⁷ Jörg Huffschmid, Zur Krise der Stahlindustrie. In: Franz Kritzinger, Stahlkrise. Entwicklung und Situation in der Stahlindustrie (Linz 1979) S.10.

²⁵⁸ Ebd. S.11.

²⁵⁹ Ebd. S.13.

Bis jetzt wurden also nur externe Faktoren genannt, die diese Krise verursacht haben. Die Unternehmen waren also gezwungen eine große Zahl an Arbeitskräften freizusetzen, aufgrund von Absatzmangel und Überkapazitäten. Eine – verwegene – These von Huffschmid hierzu ist, dass die Überkapazitäten aus unternehmerischer Misswirtschaft und überhöhten Gewinnen der Unternehmen erwachsen sind.

„Gehen wir einmal anders an die Angelegenheit heran und fragen wir uns, was eigentlich Überkapazitäten, ungenutzte Kapazitäten, sind. Sie sind doch eigentlich nichts anderes als der Ausdruck dafür, dass Produktionsanlagen hingestellt worden sind, zu deren rentabler Ausnutzung die Nachfrage nicht ausreicht. Es gibt also offensichtlich eine irgendwie falsche Verteilung der volkswirtschaftlichen Größen; solcher volkswirtschaftlicher Größen, die zum reibungslosen Funktionieren der Wirtschaft aufeinander angewiesen sind. Nämlich einerseits der Größe der produktschaffenden Kapazitäten [...] und auf der anderen Seite der produktabsorbierenden Nachfrage, also der Einkommen sozusagen, die dann die hergestellten Produkte auch tatsächlich kaufen können.“²⁶⁰

Die These stellt zugegebenermaßen eine auf nationale Ökonomie fokussierte Betrachtung von Angebot und Nachfrage dar, auch wenn man dieses Modell auch auf die weltweite Nachfrage auslegen könnte, was eventuell wegen der unterschiedlichen Wachstumsgeschwindigkeiten schwierig werden könnte. Auch ist es eine Theorie, welche zum Zeitpunkt ihrer Entstehung gegen ein sich änderndes Meinungsklima ankämpfen musste. Denn 1979 war der Zenit von dezidiert sozialdemokratischer Politik bereits überschritten und durch die Wahlsiege von Margaret Thatcher und Ronald Reagan sollten sich gänzliche andere Ursachen und Lösungsansätze für Krisen dieser Art durchsetzen.²⁶¹

Meny und Wright betonen hier, dass es schwierig sei, diese Krise überhaupt im Rahmen von Nationalstaaten und ihren Kompetenzbereichen sowie Bewältigungsinstrumenten zu sehen:

„[...] an analysis of the causes indicates that some of the problems of the bulk steel industry were beyond the ability of individual nation states to influence, because they were linked to the state of the world economy, to the uncoupling of steel demand and general economic growth, to technological changes within the steel industry, and to the changing pattern of world steel production – the so-called ‚new geography‘ of steel.“²⁶²

²⁶⁰ Marcus Demgenski, Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel (St.Gallen 1990) S.15.

²⁶¹ Stefan Eich, Adam Tooze, The Great Inflation. In: Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael, Thomas Schlemmer, Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom (Göttingen 2016) S.191.

²⁶² Yves Meny, Vincent Wright, State and Steel in Western Europe. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S.10.

Huffschmids Analyse allerdings bezieht sich und fußt auf einer gänzlich anderen Betrachtungsweise in Bezug auf den gesamten Rahmen sowie den Handlungsmaximen kapitalistischer Systeme. Selbst wenn Überinvestitionen und Überakkumulationen stattgefunden haben, haben diese auch erst zu dieser erhöhten Aufnahme von Personal und dem Ausbau der Produktionskapazitäten geführt (wobei große Teile der Nachfrage nur aus dem Kapazitätsausbau in allen Teilen der Industrie resultierten), welche die sehr hohen Beschäftigungszahlen erst ermöglichten. Da aber in jeder Phase der Nachkriegszeit das westeuropäische Wirtschaftssystem ein kapitalistisches Wirtschaftssystem gewesen ist, dient die Analyse Huffschmids eher der Schaffung einer möglichen anderen Betrachtungsmöglichkeit der Stahlkrise, eine wirkliche Handlungsalternative stellte sie im Jahre 1979 und unter den damaligen Umständen nicht dar.

Die Krise der Eisen- und Stahlindustrie fällt zeitlich mit dem Auftakt einer Krise der bis dahin etablierten fordistischen Arbeitermergesellschaft zusammen. Diese Krise der Arbeitermergesellschaft lässt sich als weiteres Beispiel der Akkumulationskrise des westlichen Kapitalismus interpretieren, so wie der Restrukturierungsprozess als ein Teil einer größeren politischen Strategie gesehen werden kann, der darauf abzielt, optimale Bedingungen für die privatkapitalistische Akkumulation zu schaffen, da das bisherige Modell an Grenzen stieß.²⁶³ Ein Argument hierbei ist, dass die Eisen- und Stahlindustrie eine sehr große Anzahl an Arbeitskräften beschäftigte und durch ihre Krise eine große Zahl an Arbeitsplätzen verloren ging. Da aber zwei Bedingungen für eine fordistische Arbeitermergesellschaft eine möglichst hohe Beschäftigung sowie Nachfrage generierende Löhne waren, war der Verlust einer derartig großen Anzahl an Arbeitskräften schwer zu verkraften, auch weil dann jene sozialpolitischen Leistungen, welche im Falle einer Arbeitslosigkeit angedacht waren, schlagend wurden. Zeitgenössische Reaktionen und Prognosen über diese allgemeine Entwicklung waren sehr pessimistisch bis verstörend:

„Within the EEC – the focus of this study – the situation was appalling, so appalling that on senior official in Brussels could warn that the steel crisis might lead to break-up the Community.“²⁶⁴

²⁶³ Yves Meny, Vincent Wright, State and Steel in Western Europe. In: Yves Meny, Vincent Wright (Hrsg.), The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S.15.

²⁶⁴ Ebd. S.3.

Diese Befürchtung erwuchs daraus, da zwischen 1974 und 1984 die Arbeitsplätze, welche diese Industrie in Westeuropa bot, um zwei Fünftel verringert wurden, auch wenn hier große Unterschiede zwischen den Stahlländern auftraten. In Großbritannien blieben von 194.500 Arbeitsplätzen im Jahre 1974 nur mehr 67.400 im Sommer von 1983 über. Dies war ein Verlust von zwei Dritteln der Arbeitsplätze. Vergleicht man diese Entwicklung mit Italien, dann sind dort nur weniger als 5 % der Arbeitsplätze verloren gegangen²⁶⁵. In Deutschland (dem größten Stahlerzeuger Europas) arbeiteten gegenüber 232.000 Menschen 1974, 1984 noch 168.000 Menschen in der Eisen- und Stahlindustrie, was einen Verlust von 27,5% der Arbeitsplätze bedeutet. Am Beginn des Jahres 1984 produzierte die EWG²⁶⁶ weniger Stahl, als sie 30 Jahre zuvor produziert hatte und da sich die großen Stahlabnehmer (Schiffbau, Schienen- und Eisenbahnbau sowie Autobau) ebenso in einer Krise befanden, war eine schnelle Trendumkehr unwahrscheinlich.²⁶⁷ In Bezug auf die Arbeitsplätze in der Eisen- und Stahlindustrie muss gesagt werden, dass diese bereits hohe Zahl an Menschen, die unmittelbar in dieser Industrie beschäftigt waren, noch nicht das ganze Ausmaß der Arbeitsplatzverluste darstellen. In den verarbeitenden Betrieben, den Zulieferbetrieben und anderen, mit der Stahlindustrie assoziierten Unternehmen gingen in der Folge auch eine große Zahl an Arbeitsplätzen verloren. Für Großbritannien liegen hier Berechnungen vor, wonach der Niedergang der Eisen- und Stahlindustrie besonders schwer wiegt, da der Verlust von 5000 Jobs in der Stahlindustrie landesweit 50.000 weitere Jobverluste nach sich ziehen würde, angefangen von Zuliefer- und Abnehmerbetrieben hin zu „dem Pub, in dem die Arbeiter nach ihrem Dienst am Hochofen ihren Durst stillen und immer öfter ihren Frust ertränken“.²⁶⁸ Man könnte nun argumentieren, dass bereits die Kohlekrise, welche in der BRD und in Großbritannien 15 Jahre zuvor auftrat, zu einem massiven Rückgang an Arbeitsplätzen führte. Das traf auch zu, allerdings herrschten in dieser Zeit gänzlich andere Rahmenbedingungen und von einer das System bedrohenden Krise konnte noch keine Rede sein. Mittels Subventionen für die Steinkohlebergwerke (durch Abnehmerverträge mit Energieversorgern sowie staatlichen und privaten Stahlunternehmen wurden *teure* heimische Bergwerke gegenüber

²⁶⁵ Hierbei ist anzufügen, dass die italienische Regierung die Eisen- und Stahlindustrie massiv subventionierte.

²⁶⁶ Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (1957-1992). Die Vorgängerorganisation der EG und somit der EU.

²⁶⁷ Yves Meny, Vincent Wright, State and Steel in Western Europe. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S. 3.

²⁶⁸ Rath, Gabriel. „Industrie: Die Briten im chinesischen Stahlgewitter.“ *Die Presse*, 2016.

<https://www.diepresse.com/4931351/industrie-die-briten-im-chinesischen-stahlgewitter> (Zugriff am 02.12.2019)

einer billigeren Importkohle subventioniert²⁶⁹) versuchte man den Abbau von Arbeitsplätzen zu reduzieren und abzufedern.²⁷⁰ Der Spielraum für Subventionen wurde im Laufe der allgemeinen Tendenzwende der 1970er Jahre allerdings immer geringer.

1. Die Situation in der BRD

„The Crisis was felt initially in West Germany in 1975, but more especially after 1980.“²⁷¹

Spätestens nach der zweiten Ölpreiskrise und der schweren Rezession von 1980-82²⁷² wurde schließlich auch in der BRD Realität, was sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre als die große Ernüchterung zu manifestieren begonnen hatte.²⁷³ Die Eisen- und Stahlindustrie musste einen schmerzhaften Schrumpfungsprozess durchmachen, welcher sich in sinkenden Produktionsmengen und viel deutlicher in einer Reduzierung der Mitarbeiterzahlen zeigte. Dies galt für beide Staaten, allerdings waren die Industrien in beiden Staaten sehr unterschiedlich konstituiert. So war in Großbritannien die Eisen- und Stahlindustrie im Jahre 1979 – zum Großteil – auf die 1967 verstaatlichte British Steel Corporation konzentriert, welche 90% der britischen Rohstahlproduktion (ausgehend vom Jahr der Verstaatlichung) bündelte. Die bundesrepublikanische Eisen- und Stahlindustrie hingegen war 1979 auf einige große Unternehmen verteilt.

Tabelle 6. Stahlunternehmen und deren Produktionsmengen in der BRD 1979.²⁷⁴

Unternehmen	Produktionsmenge Rohstahl
Thyssen Gruppe	12,4 Millionen Tonnen
Hoesch Werke AG	6,0 Millionen Tonnen

²⁶⁹ Der Spiegel. „Klar zum Gefecht.“ *Der Spiegel*, Nr. 26, 1966: S. 22-31.

<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46407680.html> (Zugriff am 05.11.2019)

²⁷⁰ Das letzte deutsche Steinkohlebergwerk schloss erst im Jahr 2018.

²⁷¹ Yves Meny, Vincent Wright, *State and Steel in Western Europe*. In: Yves Meny, Vincent Wright, *The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984)* (Berlin 1987) S.5.

²⁷² Welche auch infolge der stabilitätsorientierten Hochzinspolitik dieser Jahre verursacht wurde. Auch abzulesen anhand der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (Tabelle 4).

²⁷³ Vgl. Tim Schanetzky, *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982* (Berlin 2007).

²⁷⁴ Quelle: Josef Esser, Werner Väth, *Overcoming the Steel Crisis in the Federal Republic of Germany*. In: Yves Meny, Vincent Wright, *The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984)* (Berlin 1987) S.646. Diese 7 Unternehmen standen für 94.1 % der Rohstahlproduktion in der BRD.

Arbed (Saar)	5,9 Millionen Tonnen
Krupp Stahl AG	5,4 Millionen Tonnen
Klöckner-Werke	5,0 Millionen Tonnen
Mannesmann AG Hüttenwerke	4,3 Millionen Tonnen
Stahlwerke Peine Salzgitter AG	4,3 Millionen Tonnen

Die Realität des Jahres 1977 zeigte massive Überproduktionsmengen auf dem weltweiten Stahlmarkt, welche nun veränderte Strategien der Stahlerzeuger nach sich zog.

„A world-wide surplus capacity of more than 100 million tonnes [im Jahr 1977 M.S.] was the result of this brutal competition, characterised by a capitalist profiteering mentality. This surplus, in turn, led to restructuring measures such as shake-outs, modernisations and the shutting-down of plants – followed by mass redundancies.“²⁷⁵

Während nun der direkte, gesamtökonomische Einfluss der Krise der Eisen- und Stahlindustrie – außer dem großen Verlust an Arbeitsplätzen – nicht besonders außergewöhnlich ausfiel und sich in die allgemeine Entwicklung des Strukturwandels zwischen den 1970er und 1980er Jahren einreichte, waren die regionalen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Krise dieser Industrie immens. Einerseits waren die Arbeitslosenzahlen in den Regionen der Eisen- und Stahlindustrie weit über dem Bundesdurchschnitt, andererseits gab es – auch wegen der Monostruktur – starke Emigrationsbewegungen aus diesen Gebieten. So verließen zwischen 1967-1977 21.000 Personen das Saarland und 102.000 das Ruhrgebiet.²⁷⁶

„Unemployment figures [für die Stahlregionen M.S.] were in general far above the average for the Federal Republic as a whole, and the structure of unemployment showed a high proportion of so-called problem groups: long-term unemployment, underqualified and handicapped persons“²⁷⁷

Dies lag auch an der räumlichen Konzentration dieser Industrie, welche sich auf einige Gebiete konzentrierte und dort meist Monostrukturen, mit strikt auf die Stahlproduktion,

²⁷⁵ Josef Esser, Werner Vöth, Overcoming the Steel Crisis in the Federal Republic of Germany. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S.630.

²⁷⁶ Ebd. S.646.

²⁷⁷ Ebd.

Verarbeitung und Veredelung ausgerichteten Unternehmensstrukturen, etablierte.²⁷⁸ Traditionell konzentrierte sich diese Industrie in der BRD auf das Ruhrgebiet und auf das Saarland. Im Saarland waren diese Konzentration und Monostruktur enorm, so arbeiteten 10% aller im Saarland Beschäftigten in der saarländischen Eisen- und Stahlindustrie. Verstärkend wirkte sich auch aus, dass ein verlorener Job in der Industrie zwei bis drei Jobs in anderen Bereichen wie Handel und Administration gefährdete. Auch sorgten die „coal and steel barons“ durch politische Interventionen für eine Aufrechterhaltung der Monostruktur, welche ihnen ein gewisses Vorrecht bei Lohnpolitik und Arbeitsbedingungen zusicherte.²⁷⁹

Daneben gab es noch vier weitere Standorte der Stahlproduktion wie Peine-Salzgitter mit den verstaatlichten Salzgitter Werken, die Region um Sulzbach-Rosenberg mit der Maxhütte – die bei weitem größte die Arbeitgeberin dieser Region war und zu Klöckner gehörte – oder die Klöckner-Werke in Bremen sowie die Georgsmarienhütte in Osnabrück.²⁸⁰

Die beiden großen Regionen der Stahlproduktion waren unterschiedlich stark von der Krise betroffen, bezogen auf ihre Anfälligkeit im zeitlichen Verlauf der Krise als auch auf ihre Selbstständigkeit in Bezug auf Inanspruchnahme von politischer Hilfe.

Zwei Methoden zur Krisenlösung waren wesentlich für diese beiden Gebiete. Diese spielten sich einerseits auf der privaten Ebene der Unternehmen und andererseits auf staatlicher Ebene ab. Auf privater und politischer Ebene waren es Kartellorganisationen welche Produktionsquoten sowie Mindestpreise vorgaben und auf rein privater Ebene waren es Konzentrationsprozesse der Stahlproduzenten durch Fusionen und Übernahmen.²⁸¹ Eine erste Welle der Konzentration ereignete sich bereits in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre. So fusionierten Hoesch und die Dortmunder Hördler-Hüttenunion und das daraus entstandene Unternehmen begann eine Partnerschaft mit der niederländischen Hoogovens, aus welcher die Fusion zu Estel hervorging. Weitere Übernahmen und Fusionen erhöhten die Dominanz der großen deutschen Stahlerzeuger (Thyssen, Krupp, Mannesmann und Hoesch (Estel)). Auch wurden Maßnahmen zur Spezifikation und Diversifikation ergriffen. Diese gingen z.B. in

²⁷⁸ „The Ruhr and the Saarland are typical monostructural, traditional mining regions whose economic development was für a long time based on the close link between coal and steel.“ Vgl. Josef Esser, Werner Väth, *Overcoming the Steel Crisis in the Federal Republic of Germany*. In: Yves Meny, Vincent Wright, *The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984)* (Berlin 1987) S. 646.

²⁷⁹ Josef Esser, Werner Väth, *Overcoming the Steel Crisis in the Federal Republic of Germany*. In: Yves Meny, Vincent Wright, *The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984)* (Berlin 1987) S. 647.

²⁸⁰ Ebd. S. 632.

²⁸¹ Ebd. S. 627.

Richtung „mechanical engineering“ – durch Übernahmen von spezialisierten Firmen wie Rheinstahl und Demag durch Thyssen und Mannesmann – sowie auch in Richtung Spezialstahl, einen Sektor mit zukünftigen Wachstumsaussichten.²⁸²

2. Die Situation in Großbritannien

*„Even after the decline of the nationalist vote in 1979 governments had to tread warily: the proposed closure of the Ravenscraig plant was ,one of the most delicate political and economic issues of the decade“.*²⁸³

Dieses Zitat unterstreicht die schwierige und geradezu explosive Situation der staatlichen britischen Eisen- und Stahlindustrie im Verlauf der Krise. Großspurige Wahlversprechen der Conservative Party, wonach die Verluste der BSC nicht mehr finanziert werden sollten, wurden nach anfänglichen Versuchen der Umsetzung aufgrund der Schwere der Krise nicht eingehalten.²⁸⁴ Der Fall Ravenscraig illustriert diese Schwierigkeit gut. Die Eisenhütte in Ravenscraig stellte ca. 15.000 Arbeitsplätze zur Verfügung und war deshalb für eine Region wie Schottland ein zentraler Faktor – so zentral, dass sogar eine dezidiert konservative Regierung von der Stilllegung eines staatlichen Verlustbringers absah. Im Folgenden gehe ich auf die Verfassung und die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie in Großbritannien ein, wo sich auch herausstellen wird, dass der große „Wert“ dieser Industrie für das gesellschaftlich vorherrschende System der Zeit die große Zahl an Arbeitsplätzen war. Dieser Umstand brachte sowohl Probleme für die Betriebe als auch die Gewerkschaften mit sich. Um die Krise der britischen Eisen- und Stahlindustrie zu untersuchen, muss früher angesetzt werden als im Fall der BRD. Einen passenden Zeitpunkt stellt die die Verstaatlichung 1967 dar. Heidrun Abromeit untersucht die britische Eisen- und Stahlindustrie hauptsächlich unter dem Augenmerk ihrer wechselhaften Geschichte zwischen Verstaatlichung und anschließender Privatisierung in der Nachkriegszeit. Als in den 1960er Jahren die Probleme der britischen

²⁸² Josef Esser, Werner Vöth, Overcoming the Steel Crisis in the Federal Republic of Germany. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S. 634.

²⁸³ Yves Meny, Vincent Wright, State and Steel in Western Europe. In: Yves Meny, Vincent Wright (Hrsg.), The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S.30.

²⁸⁴ Heidrun Abromeit, British Steel. An Industry between the State and the Private Sector (New York 1986) S. 141.

Eisen- und Stahlindustrie immer offensichtlicher und drängender wurden, wurde in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts wieder die Forderung nach einer Verstaatlichung der britischen Eisen- und Stahlindustrie in der regierenden Labour Party laut – die Labour Party war „genetisch“ bedingt eher einer Verstaatlichung zugeneigt, die Conservative Party hingegen einer freien, privatwirtschaftlich organisierten Industrie. Nach dem Wechselspiel der politischen Kräfte wechselten sich auch (beinahe im gleichen Takt) Verstaatlichungen und Privatisierungen ab.²⁸⁵ Die Eisen- und Stahlindustrie – also die Eigentümer und das Management – stand diesen Verstaatlichungstendenzen eher ablehnend gegenüber. Daraufhin bildeten die Industrie und ihre Interessensvertreter das „Industry Development Co-ordinating Committee (the Benson Committee)“.²⁸⁶ Dieses Komitee verfasste folgende Vorschläge für die Reorganisation der britischen Eisen- und Stahlindustrie:

- Die Schließung von 65% der existierenden Hüttenwerke und Anlagen,
- den Abbau von 100.000 Arbeitsplätzen,
- das Abschreiben von 9 Mio. t Rohstahlkapazität²⁸⁷ und
- den Aufbau von 12,5 Mio. t neuer Rohstahlkapazität (diese neuen Kapazitäten sollten realisiert werden durch fünf küstennahe, integrierte Stahlwerke).²⁸⁸

Eine Reorganisation und damit implizite Modernisierung der Eisen- und Stahlindustrie in Großbritannien sollte laut Abromeit also den Verlust von 100.000 Arbeitsplätzen bedeuten. Diese Summe ist vor einem jahrelangen Modernisierungstau zu sehen und es muss berücksichtigt werden, dass die britische Stahlindustrie eher kleinteilig organisiert war und durch Konzentration noch ein großes Potenzial zur Effizienzsteigerung vorhanden war. Demgenski verweist hierbei auf eine verdeckte Arbeitslosigkeit und Überbeschäftigung in den Unternehmen, da der Großteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben der europäischen Stahlindustrie in Prozessinnovationen investiert wurde und somit durch Effizienzsteigerungen bei den hauptsächlich produzierten Produkten eigentlich ein großes Arbeitskräftepotenzial freigesetzt hätte werden können, dies aber oftmals auf politischen Druck hin nicht geschah, da man sich davon erhoffte, erhöhte Arbeitslosigkeit unter den sich verschlechternden

²⁸⁵ Heidrun *Abromeit*, *British Steel. An Industry between the State and the Private Sector* (New York 1986) S.115; Vgl. Kapitel 2.a.ii.3.

²⁸⁶ Ebd. S. 120.

²⁸⁷ Rohstahlkapazität bezeichnet hier die bei voller Ausnutzung der vorhandenen Anlagen erreichbare Produktionsmenge an Rohstahl. Dies erleichtert einen einheitlichen Vergleich, da z.B. bei der Umwandlung von Roheisen (für welches es wiederum eigene Kapazitätswerte gibt) in Rohstahl gewisse Verluste anfallen.

²⁸⁸ *Abromeit*, *British Steel*. S. 120.

Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung zu vermeiden.²⁸⁹ Die Vorstellung vom Verlust von 100.000 Arbeitsplätzen veranlasste die regierende Labour Party dazu, die Modernisierung und Reorganisation der britischen Eisen- und Stahlindustrie selber durchzuführen und dazu die 14 größten Betriebe der Industrie zu verstaatlichen und daraus die British Steel Corporation (BSC) zu schaffen.²⁹⁰ Diese Verstaatlichung war aber aufgrund der Tatsache, dass: „[...] *re-nationalisation as such changed nothing but ownership, ‘and all this achieved was the transfer of a risky investment from private shareholders to the public’*“²⁹¹

wenig wirkungsvoll. Weiters belastete diese Verstaatlichung durch eine großzügige Entschädigung der vorherigen Besitzer dieser Unternehmen das neue, staatliche Unternehmen mit 834 Millionen Pfund an Schulden, was aufgrund der krisenhaften Dynamik in den 1970er Jahren ein großes Problem darstellen sollte.²⁹²

Charakteristisch für die Zeit vor dem Strukturbruch in den 1970er Jahren war, dass die Konzepte zur Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie eine sehr lange Dauer und eine große Reichweite aufwiesen. Am Beispiel der BSC wurde hier in den Jahren 1970/71 – wo noch Hochkonjunktur herrschte – eine Zehn-Jahres-Strategie entwickelt, welche bis zum Jahr 1980 eine Rohstahlkapazität von 40 Mio. t vorsah, im Vergleich zu 26 Mio. t an Rohstahlkapazität der BSC in den Jahren 1970/71. Diese radikale Steigerung der Produktion um 14 Mio. t²⁹³ sollte durch ein gigantisches integriertes Hüttenwerk erreicht werden, welches auf dem neuesten Stand der Technik sein sollte (die Idee dazu bekamen die neuen Führungskräfte der BSC durch einen Besuch in Japan – dem Land, dessen Stahlwerke eine ernsthafte Konkurrenz für die europäische Industrie werden sollten).²⁹⁴

Bei diesem Plan sind einige Parallelen erkennbar zu den Plänen des Benson Committee, auch wenn der neue Zehn-Jahres-Plan noch gewagter und ambitionierter ausfallen sollte. Allerdings war der Startpunkt der Analyse, aus welcher schließlich dieser Zehn-Jahres-Plan hervorgehen sollte, das Jahr 1966:

²⁸⁹ Marcus *Demgenski*, Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel (St.Gallen 1990). S. 76-79.

²⁹⁰ Heidrun *Abromeit*, British Steel. An Industry between the State and the Private Sector (New York 1986) S. 122.

²⁹¹ Ebd. S. 123.

²⁹² Ebd.

²⁹³ Zum Vergleich: Das größte, europäische Hüttenwerk im italienischen Taranto hat eine Rohstahlkapazität von 10 Mio. t.

²⁹⁴ *Abromeit*, British Steel. An Industry between the State and the Private Sector S.129.

„[...] starting from 1966, it looked ahead to the mid – 1970s, and for that period its demand forecasts (not allowing for the oil crisis and the ensuing recession) were as over – optimistic as those of the BSC proved to be. The over-optimism in both cases was due to the fact that up to the early 1970s the British economy’s situation was characterised by a scarcity rather than an abundance of home-produced steel; besides, at that time the steel industries in other European countries also believed in the need for capacity increase.“²⁹⁵

Diese Analyse beinhaltete die Fehlkalkulation, dass die Stahlnachfrage weltweit kontinuierlich steigen würde und somit Gewinne und Vorteile durch die „economies of scale“ realisiert werden könnten.²⁹⁶ Allerdings blieb diese Prognose nicht nur auf das Vereinigte Königreich beschränkt (obwohl der Planungsoptimismus bezüglich der Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie hier besonders groß war²⁹⁷). Nahezu überall wurde die Einschätzung nach einer steigenden Nachfrage nach (allen Sorten von) Stahl geteilt. Demgenski argumentiert hier, dass die Nachfrage nach gewissen – hochwertigen – Stahlprodukten sehr wohl auch nach dem Strukturbruch weiterhin steigend war. Die Nachfrage nach Lang-, Profil-, und Flachstahl erfuhr allerdings eine viel schwächere Nachfrageentwicklung, als dies noch Ende der 1960er Jahre prognostiziert wurde.²⁹⁸ Lambert Beckers zitiert in seiner Dissertation eine Schätzung, nach der sich die Weltstahlproduktion bis 1975 auf 540 Mio. t und bis zum Jahr 2000 auf zwischen 1800 bis 2800 Mio. t erhöhen sollte.²⁹⁹ Diese Schätzung beruhte auf einer Schätzung zur Entwicklung der Weltbevölkerung, welche wiederum einen viel zu geringen Zuwachs prognostizierte. Da die Weltbevölkerung weit mehr stieg als angenommen und die Stahlproduktion weit weniger als angenommen, liegt nahe, dass die Modelle zur Abschätzung des Stahlverbrauchs allesamt von einer nicht vorhandenen Korrelation dieser zwei Größen ausgingen. Schätzungen zum Stahlverbrauch in den 1950er und 1960er Jahre konnten auch nur durch die damalige dauerhafte Boomphase verzerrt sein. Versuche, die den Stahlverbrauch pro Personen (oder pro 1000 Personen) beziffern wollten, konnten unter diesen Vorraussetzungen nur scheitern – wie sich auch anhand dieses Beispiels zeigt.

²⁹⁵ Heidrun *Abromeit*, *British Steel. An Industry between the State and the Private Sector* (New York 1986) S. 130.

²⁹⁶ Ebd. S.131.

²⁹⁷ Vgl. J.J. *Richardson*, G.F. *Dudley*, *Steel Policy in the U.K. The Politics of Industrial Decline*. In: Yves *Meny*, Vincent *Wright*, *The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984)* (Berlin 1987).

²⁹⁸ Marcus *Demgenski*, *Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel* (St.Gallen 1990) S.41-47.

²⁹⁹ Lambert *Beckers*, *Die Struktur der Stahlindustrie der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit den übrigen Montanunionländern, den USA, Großbritannien und Japan* (Aachen 1969) S.1.

Tatsächlich betrug die Weltstahlproduktion im Jahr 2000 „nur“ 848 Mio. t, erst im Jahr 2018 wurde eine Weltstahlerzeugung von 1670 Mio. t erreicht (Dieser Anstieg ist zum Großteil auf die starke Expansion der Stahlproduktion in China zurückzuführen, welche in den Jahren 2000-2013 um über 700 Mio. t stieg).³⁰⁰

Unter dem Regime der oben genannten Entwicklungen ist die Entwicklung eines Zehn-Jahres-Plans zur möglichst effizienten Nutzung von Ressourcen sehr schwierig. Abromeit kommt zu dem Schluss: „[...] *that the BSC's projected 'great leap forward' [der Zehn-Jahres-Plan M.S.] was a great leap into the dark.*“³⁰¹ Auch weil „Some of this conditions were unrealistic from the beginning; others proved to become so, more and more, when the British economy slid into a recession and the world market for steel collapsed.“³⁰²

Allen voran stand natürlich die Unsicherheit bezüglich zukünftiger Absatzmöglichkeiten. Nach Jahren steigenden Stahlverbrauches (sowohl im Inland als auch weltweit) zeigten sich bereits in den 1960er Jahren Anzeichen einer Abflachung dieser Kurve. Dieser Prozess fand seinen Höhepunkt im Strukturbruch in den 1970er Jahren.

„Finally, the BSC is operating in a declining market where, since the mid-1970s, losses are made in nearly all the 'old' industrialised countries, by private as well as public concerns. The emergence of relatively efficient 'new' steel producers, who are rapidly increasing their share of the market as well as the total available steel-making capacity, combines with world-wide recession and subsequent fall in demand for steel, to leave the old steel producers – who, in addition, typically operate at higher costs than the new ones – with a disastrous high excess capacity. Since the situation is similiar for nearly all West European steel producers, what is briefly outlined here for the United Kingdom may be taken as typical: the home demand for steel – which ought to be the main outlet for a country's output – in the UK declined steadily from over 18m tonnes in 1973 t o 12,18m tonnes in 1982; with smallish growth rates, or none at all, predicted for the years to come, there is little hope that the home demand will increase again.“³⁰³

ii. Die Krise der Arbeitnehmergeinschaft

Die Eisen- und Stahlindustrie und das Gesellschaftsmodell der fordistischen Arbeitsgesellschaft zeigten eine ähnliche Entwicklung während des goldenen Zeitalters des

³⁰⁰ Worldsteel Association. 2019.

<https://web.archive.org/web/20120212212408/http://www.worldsteel.org/statistics/statistics-archive.html> (Zugriff am 15.10.2019)

³⁰¹ Heidrun Abromeit, *British Steel. An Industry between the State and the Private Sector* (New York 1986) S.133.

³⁰² Ebd.

³⁰³ Ebd. S. 139.

Kapitalismus. Dabei wirkten diese Industrie und diese Form der Organisation der Gesellschaft auf die Formierung und Etablierung der ganzen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg ein und beeinflussten sich wechselseitig. Die Hochphase dieses Modells war von 1948 bis 1974. Die Schwerindustrie fungierte dabei als maßgebliche Säule der Arbeitsgesellschaft. Die Beschäftigungsverhältnisse in der Eisen- und Stahlindustrie sowie die Beschaffenheit dieser Industrie können als nahezu idealtypisch für die fordistische Arbeitsgesellschaft angesehen werden. Die Mitarbeiter identifizierten sich mit den Betrieben, diese benötigten eine sehr große Anzahl an Arbeitskräften für die Produktion, die Arbeitnehmer waren zum größten Teil Männer und diese waren wiederum zu einem großen Teil gewerkschaftlich organisiert. Für die Produktion, welche zum Großteil auf standardisierte Waren ausgerichtet war, waren keine in besonderer Weise qualifizierten Arbeitskräfte nötig. Zwei Umstände brachten nun den fordistisch-keynesianischen Konsens und dieses Arrangement in große Bedrängnis. Einerseits der Beginn einer großen Ausweitung der Staatsschulden und andererseits eine von Ende der 1960er Jahre an stark steigende Inflation, welche schwer in den Griff zu bekommen war. Beide Punkte bedingen sich gegenseitig, wobei die – erstmals seit dem Ende des Krieges wieder auftretenden – Staatsschulden einerseits durch die Krise bedingt waren, aber andererseits auch systemimmanent auftraten. Die stark steigende Inflation war gewissermaßen auch systembedingt, da sie unter anderem durch, steigende Löhne sowie wachsende Staatsausgaben verursacht wurde. Die Inflation muss allerdings in einem größeren Zusammenhang gesehen werden, resultierte sie doch auch aus den Eigenheiten der internationalen Finanzarchitektur nach Bretton Woods und der Entwicklung der weltweiten ökonomischen Kräfteverhältnisse durch eine „nachholende Fordisierung“³⁰⁴ des europäischen und japanischen Kapitalismus. Eine Folge davon war eine beginnende Krise des bis dahin funktionierenden Weltmarkt-Regulierungsmechanismus, gekennzeichnet durch wachsende Zahlungsbilanzungleichgewichte und die Schwächung des Dollars als Leitwährung in den 1970er Jahren.³⁰⁵ Dies – und damit einhergehende Zwänge, welche aus dem System der festen Wechselkurse resultierten – führte zu einer von den USA ausgehenden „importieren Inflation“ welche insbesondere für Staaten, welche den Erfolg ihrer Wirtschaft sowie zum Teil auch ihr nationales Selbstwertgefühl – wie Japan oder insbesondere die BRD – an eine „starke“

³⁰⁴ Joachim Hirsch, Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. (Hamburg 1986) S.85.

³⁰⁵ Ebd. S.85.

Währung sowie ein stabiles Preisniveau knüpften, zu einer schwer zu rechtfertigenden sowie haltbaren Situation wurde. Aus diesen Ungleichgewichten und Umständen resultierte schließlich der Zusammenbruch von Bretton Woods, welcher schon eine Entwicklung vorwegnahm, die zu einem der bestimmenden Faktoren der Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre werden würde. Im Laufe der 1970er Jahre wurde ein Ziel des magischen Vierecks der Volkswirtschaftslehre – die Inflationsbekämpfung – zum leitenden Ziel der Fiskal- und Geldpolitik der BRD. Dies widersprach dem 1967 erlassenen „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“³⁰⁶ sowie der keynesianischen Pragmatik, da ein expansives „deficit spending“ und eine deflationäre Politik sich widersprachen. Hier darf nicht vergessen werden, dass die just 1973 einsetzenden Ölpreiskrise natürlich auch einen gewichtigen Faktor in Bezug auf die Preissteigerungen (und Inflation heißt natürlich Preissteigerungen) darstellt.

Die Staatsschulden, welche erstmals in den 1970er Jahren nach vielen Jahren der Überschüsse und großen Investitionen wieder sichtbar wurden, waren nach der keynesianischen Logik der antizyklischen Wirtschaftspolitik systemimmanent und sollten im auf die Krise folgenden Aufschwung (bei konjunktureller Auslegung der Krise) wieder abgebaut werden. Dieses Modell hatte sich im Zuge der kleinen Rezession 1966/67 gut bewährt und somit das Vertrauen in die keynesianischen Instrumente der Krisenbewältigung gefördert. Die Krise der 1970er Jahre trat allerdings gemeinsam mit stark (gesamt-)inflationären Tendenzen sowie eklatanten, einzelnen Preissteigerungen systemrelevanter Produkte und Rohstoffe (Ölpreiskrise) auf. Durch eine gewisse Fehlinterpretation der Krise als weitere Konjunkturschwankung verkannte man zunächst das strukturelle Ausmaß dieser Krise. Hirsch und Roth formulieren dies wie folgt:

„Als die ökonomischen Wachstumsraten nachließen, eine nach keynesianischem Muster ‚aktive‘, d.h. auf staatliche Ausgabenprogramme gestützte Beschäftigungspolitik verlangt war und zugleich die staatlichen Mittel für steuerliche Entlastungen der Unternehmer und Kapitalsubventionen hochschnellten, produzierte der fordistisch-keynesianische Regulierungsmechanismus mit gewisser Notwendigkeit eine inflationäre ‚Krise der Staatsfinanzen.‘“³⁰⁷

³⁰⁶ Bundesamt für Justiz, Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft. <https://www.gesetze-im-internet.de/stabg/BJNR005820967.html> (Zugriff am 15.12.2019).

³⁰⁷ Joachim Hirsch, Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus (Hamburg 1986) S.95.

Weiters betonen sie besonders, dass die Opposition zur fordistischen Arbeitsgesellschaft und des damit verbundenen bürokratischen Sozialstaates nicht nur die dominierenden Kapitalinteressen war, sondern auch eine „alternative“ Opposition dazu erwuchs, „[...] die sich gegen die in ihn eingebaute Ressourcenverschwendung, seine Ineffizienz, vor allem aber gegen seinen entmündigenden, überwachenden und kontrollierenden Charakter richtet“.³⁰⁸

Auch in diesem Zusammenhang gelangt die fordistische Vergesellschaftungsform durch Bedürfnisbefriedigung an ihre Grenzen, da sich eine[...] „reelle Subsumtion“ der Subjekte unter die Bedingungen kapitalistischer Produktion und Reproduktion, d.h. ihre quasi grenzenlosen Zurechtschleifbarkeit“³⁰⁹ als unhaltbar erwiesen hat und „die mit der fordistischen Gesellschaft eingeführte ‚Unendlichkeit der Bedürfnisse‘ und die mit dem Konsummodell selbst gesetzte Grenzenlosigkeit der Konsumansprüche beinhalten die Tendenz zu einer materiellen ‚Anspruchsinflation‘, die den Verwertungszusammenhang zu sprengen droht“.³¹⁰

Somit weist die fordistische Arbeitsgesellschaft – in diesem Stadium – Widersprüche auf, welche auf „herkömmliche“ Art, begründet durch die im Zuge der Krise fallenden Profite sowie die schlechtere Kapitalverwertung, nicht mehr „herkömmlich“ gelöst werden können sowie diese Lösungsansätze auch nicht mehr einfach akzeptiert werden. In Bezug auf die Krisenwahrnehmung und Krisenbewältigung ist hierbei interessant, dass zu Beginn der Krise die Inflation noch nicht als gravierendes Problem wahrgenommen wurde (hierbei könnte man konstatieren, dass die Vollbeschäftigung für eine Weile an die Stelle der Geldwertstabilität als höchstes Ziel der politischen Einflussnahme gerückt ist). Helmut Schmidt sah die Inflation – wohlgermerkt zu dieser Zeit – nicht als wesentliches gesellschaftliches Problem an. Er erklärte in diesem Zusammenhang:

*„Dann darf ich als Sozialdemokrat dazu sagen, 7,8% Preissteigerung ist gefährlich, 5% ist auch viel; aber nur 2% Arbeitslosigkeit wäre schon schlimmer als 5% Preissteigerung. Das ist meine wirkliche Meinung“.*³¹¹

³⁰⁸ Joachim Hirsch, Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus (Hamburg 1986) S.95.

³⁰⁹ Ebd. S. 89.

³¹⁰ Ebd.

³¹¹ Gerard Bökenkamp, Das Ende des Wirtschaftswunders. Geschichte der Sozial-, Wirtschafts-, und Finanzpolitik in der Bundesrepublik 1969-1998 (Stuttgart 2010) S.33.

In dieser Hinsicht existieren mehrere Zitate Helmut Schmidts, welche sich mit den Aussagen von anderen führenden europäischen Sozialdemokraten³¹² decken und ganz dem Zeitgeist entsprachen. Allerdings konstatierte auch Herbert Giersch³¹³ 1974, dass Staatsschulden Bürger reicher machen, Steuern sie hingegen ärmer machen.³¹⁴ Auch die Diskussion um die Ausweitung der Ausgaben des Bundeshaushalts zeigt, dass alle Parteien sich der keynesianischen Argumentation bedienten. Somit wurden die „klassischen“ Methoden noch als wirksam betrachtet und auch angewandt. Auch wurde die Ursache der Inflation – noch – in der Fiskalpolitik verortet. Die wachsenden Ausgaben des Bundeshaushalts wurden daher nicht primär wegen ihrer Wirkung auf die Staatsverschuldung und die daraus folgenden langfristigen Belastungen, sondern – wenn überhaupt – in Hinblick auf die Preissteigerungen kritisiert.³¹⁵ Daraus lässt sich schließen, dass – der keynesianischen Pragmatik folgend – davon ausgegangen wurde, dass die neuen Schulden sich im nächsten Konjunkturzyklus wieder abbauen werden, denn schließlich hatte die Schuldenquote 1969 7,5% des BIP betragen und im Jahr 1973 6,6%. Dies sei aber nur dadurch möglich gewesen, dass die Inflation³¹⁶ und der damit einhergehende Boom für genügend Spielraum gesorgt hat, um die wachsende Ausgabenlast zu bewältigen. Dies sollte sich mit dem starken wirtschaftlichen Einbruch im Herbst 1974 ändern.³¹⁷ Aufgrund der strukturellen Dimension der Krise sollte einerseits der folgende Aufschwung länger auf sich warten lassen und andererseits – wieder im Vergleich zur kleinen Rezession 1966/67 – gegen eine gewisse Sockelarbeitslosigkeit machtlos sein. Die aus der Krise resultierende Arbeitslosigkeit wurde nun zur ultimativen Herausforderung für das fordistisch-keynesianische System. Einerseits entstehen dem Sozialstaat durch Arbeitslosigkeit hohe Kosten und andererseits fehlten die Arbeitslosen – zu Beginn natürlich weniger aber im Laufe der Entwicklung immer mehr – als das System tragende Konsumenten. Die Arbeitslosenquote stieg in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1973 und 1983 von 0,8% auf 6,9% und in Großbritannien von 2,2% auf 10,8%. Damit einhergehend verdreifachte

³¹² Hier sei u.a. auf das berühmte Zitat Bruno Kreiskys verwiesen, welcher eine Inkaufnahme von Staatsschulden mit der Aufrechterhaltung von Vollbeschäftigung rechtfertigt. Inwiefern dies im Zeichen einer konjunkturellen Krisenauslegung geschah, bleibt hier unbeantwortet.

³¹³ Herbert Giersch (1921-2010) deutscher Ökonom, etablierte den Begriff der „Konzertierten Aktion“, wurde allerdings im Verlauf der Krise zum Angebotstheoretiker. (Ähnlicher Verlauf wie der Gesinnungswandel der FDP).

³¹⁴ Gerard *Bökenkamp*, Das Ende des Wirtschaftswunders. Geschichte der Sozial-, Wirtschafts-, und Finanzpolitik in der Bundesrepublik 1969-1998 (Stuttgart 2010) S.34.

³¹⁵ Ebd. S.16.

³¹⁶ Hier im übertragenen Sinne für die keynesianischen Instrumentarien stehend.

³¹⁷ *Bökenkamp*, Das Ende des Wirtschaftswunders S.34.

sich der Anteil derer, die regelmäßig auf Sozialhilfe angewiesen waren in der Bundesrepublik (von etwa 1,2% auf 3,5%) und verdoppelte sich in Großbritannien beinahe (von etwa 7,5% auf 13% Prozent). Dies war aber nur eine Folge dieser Krise.³¹⁸ Als eine weitere und gravierende Folge sollte sich der – durch die auftretende Arbeitslosigkeit induzierte – Bedeutungs- und Machtverlust der Arbeitnehmerverbände und Gewerkschaften erweisen. Dies ging natürlich nicht von heute auf morgen, allerdings verschob sich die Gewichtung der wirtschaftspolitischen Ziele immer mehr in Richtung Preisstabilität, in der BRD sehr auf Betreiben der Bundesbank.³¹⁹ Lutz Raphael fasst das Dilemma der 1970er Jahre folgendermaßen zusammen:

„Von Anfang an standen die Regierungen vor dem Dilemma, zwischen lang- und mittelfristigen wirtschaftspolitischen Zielen, kurzfristigen Industriepolitischen Stabilisierungsbedarf und kurz- wie mittelfristigen sozialpolitischen Interventionen einen Ausgleich zu finden. Bereits diese Zielspannungen erklären, warum in allen drei Ländern³²⁰ immer pragmatische Lösungen gesucht wurden. Eingebettet war die konkrete Wirtschaftspolitik aber in programmatische Neuorientierungen, mit denen die Regierungen Westeuropas die Strukturprobleme der ‚großen Inflation‘ der langen 1970er Jahre – hohe Inflationsraten, die Rezession 1973/74 und 1980-82 und steigende Arbeitslosigkeit sowie eine wachsende Staatsverschuldung – zu überwinden suchten.“³²¹

Die Dimension der durch den Strukturwandel verschwundenen Arbeitsplätze für die Bundesrepublik wird durch ein weiteres Zitat Raphaels deutlich:

„Zwischen 1972 und 1982 gingen in der Bundesrepublik 1,235 Millionen Arbeitsplätze verloren (13,5 Prozent), die Verluste in den 1980er und 1990er Jahren lagen dann bei 11 beziehungsweise 12 Prozent und damit auf einem mit Frankreich vergleichbaren Niveau. Auch in der BRD kam es zu einem beschleunigten und krisengetriebenen Strukturwandel aller Branchen. Hierbei verschwanden nur wenige Industriezweige und Standorte fast vollständig. Textilgewerbe, Schiffsbau, Bergbau und Stahlerzeugung waren die Branchen, welche am stärksten betroffene waren (Wobei auch die Eisen- und Stahlindustrie noch eine vergleichsweise sehr große Anzahl an Mitarbeitern beschäftigte).“³²²

³¹⁸ Winfried Süß, Massenarbeitslosigkeit, Armut und die Krise der sozialen Sicherung seit den 1970er Jahren. Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. In: Thomas Raithel, Thomas Schlemmer (Hrsg.), Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989 (München 2009) S.55ff.

³¹⁹ Weiterführend hierzu vgl. Gerard Bökenkamp, Das Ende des Wirtschaftswunders. Geschichte der Sozial-, Wirtschafts-, und Finanzpolitik in der Bundesrepublik 1969-1998 (Stuttgart 2010).

³²⁰ Großbritannien, Frankreich und die BRD.

³²¹ Lutz Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom (Berlin 2019) S. 64.

³²² Ebd. S. 69.

Daraus lässt sich auch die Auswirkung auf die bestehende Arbeitsgesellschaft – durch die schiere Zahl der verlorenen Arbeitsplätze – abschätzen. Vergleichende Zahlen dazu offenbaren auch die Schwere der Krise und des Strukturwandels in Großbritannien:

„In Großbritannien schrumpfte bereits in der zweiten Hälfte der 1970er und den frühen 1980er Jahren der Anteil des produktiven Gewerbes an Wertschöpfung und Beschäftigung drastisch. Zwischen 1972 und 1982 gingen 1,89 Millionen (oder 24 Prozent der) Industriearbeitsplätze verloren. Der Trend hielt auch die nächsten zehn Jahre an: Bis 1992 verschwanden nochmals 1,457 Millionen Arbeitsplätze (wiederum 24 Prozent), erst in den 1990er Jahren schwächte sich dieser Trend ab: Zwischen 1992 und 2002 ging die Beschäftigtenzahl im Industriesektor nur noch um 544 000 Beschäftigte zurück (13 Prozent).“³²³

Die durch die schwere Rezession auftretende Arbeitslosigkeit wurde hierbei mehr und mehr – trotz heftiger politischer und gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen – akzeptiert. Es sollte sich das Gefühl einstellen, dass die letzten Jahrzehnte der Vollbeschäftigung eher die Ausnahme als die Regel waren. Zu den Auswirkungen dieser hohen Arbeitslosigkeit schreibt Raphael:

„Generell ist zu sagen, dass die neue Massenarbeitslosigkeit zu einer deutlichen Abnahme der Streikhäufigkeit und zu einem plötzlichen und raschen Rückgang militanter Streikaktionen führte, und zwar quer durch alle Branchen. Dieser Trend war angesichts der vielen Arbeitsniederlegungen in den 1970er Jahren vor allem in Frankreich und noch stärker in Großbritannien zu spüren. Umso schärfer treten die spektakulären Streiks und Großdemonstrationen in den Zentren der alten Industrien hervor, die sich in den Jahren zwischen 1977 und 1985 häuften. Der ‚Abschied vom Malocher‘ wurde zu einem mit großen Emotionen und hohem persönlichen Einsatz geführten lokalen beziehungsweise regionalen Kampf gegen die Schließung der Werke vor Ort und für den Erhalt von Arbeitsplätzen in den meist mono-industriellen Regionen. Die regionale Dimension springt besonders ins Auge: Es sind die Standorte der Werftindustrie (Hamburg, Kiel, Bremerhaven, Emden, Glasgow, La Ciotat, Newcastle), der Stahlindustrie (Nord-Pas-de-Calais, Lothringen, Wales, South Yorkshire, Glasgow, Ruhrgebiet, Saarland und Oberpfalz) sowie die britischen Bergbauregionen in Wales, Yorkshire und Schottland, in denen die lokale Protestbewegungen zum Teil erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen konnten. Dabei spielte der Zeitpunkt eine wichtige Rolle. Ende der 1970er Jahre, also noch vor Ausbruch der zweiten Ölkrise, waren die Handlungsspielräume und Erwartungen noch deutlich größer, die Rückkehr zur industriellen ‚Normalität‘ der Boomphase schien noch im Bereich des Möglichen; mit Beginn der 1980er Jahre waren die Aussichten für den Erhalt der lokalen Industriestandorte dann immer schlechter, so dass vielfach nur noch die Wahl bestand zwischen letztem Aufbäumen und stillem Aufgeben.[...]. Sehr schnell kam es in den Jahren danach zu einer Trendwende, und Streiks in Industriebetrieben wurde zur Ausnahme; die britischen [...] Zahlen zu Arbeitskonflikten näherten sich überraschend schnell dem vergleichsweise niedrigen Westdeutschen Niveau an.“³²⁴

³²³ Lutz Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom* (Berlin 2019) S.45.

³²⁴ Ebd. S.172-173.

iii. Wechselwirkungen und Zusammenhänge

Nach 1974 kam sowohl die Eisen- und Stahlindustrie als auch die Arbeitsgesellschaft fordristischer Prägung in die Krise. Die Frage ist nun, ob und inwiefern die Krise der Eisen- und Stahlindustrie mit der Krise der Arbeitsgesellschaft verbunden ist. Der erste Teil dieser Frage ist sehr einfach mit ja zu beantworten. Die weitaus kompliziertere Frage ist, wie sie verbunden sind und ob die Eisen- und Stahlindustrie in den 1970er und 1980er Jahren noch jene Sonderstellung einnahm, welche sie in den 1950er Jahren offensichtlich innehatte.³²⁵

Zwischen den besonderen Rahmenbedingungen der fordristischen Arbeitsgesellschaft und der Eisen- und Stahlindustrie sowie ihren Krisen bestand – insbesondere in der BRD – ein Zusammenhang, denn ein Spezifikum der deutschen Eisen- und Stahlindustrie stellte das Montan-Mitbestimmungsgesetz³²⁶ von 1951 dar, welches ganz mit den Vorstellungen des EGKS-Vertrages – in Bezug auf die Arbeitnehmer³²⁷ – und mit den Prinzipien der fordristischen Akkumulation und Arbeitsgesellschaft konform ging. Allerdings existierte auch in Großbritannien ein ähnliches Gesetz, welches den Mitarbeiter Stimmrechte in den Vorständen zugestand. Dieses Gesetz wurde ebenso wie das Nationalisierungsgesetz 1967 verabschiedet.³²⁸

Wie in obigen Kapiteln bereits dargestellt wurde, ist Vollbeschäftigung für eine Arbeitsgesellschaft im Sinne der fordristischen Arbeitnehmergeinschaft von systemtragender Bedeutung. Dieser Bedeutung wurden auch die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen sowohl in der BRD und in Großbritannien (wobei in Großbritannien die Ziele des „magischen Vierecks“ der Volkswirtschaftslehre schon früher als gleichberechtigt betrachtet wurden als in der BRD³²⁹ – dort geschah dies erst in den 1960er Jahren) im Zuge

³²⁵ Diese Sonderstellung lässt sich z.B. aufgrund der Drei-Sektoren-Hypothese oder den Mitarbeiterzahlen in diesen Jahren bestätigen. Der nachkriegszeitliche Mythos, welcher die Schwerindustrie untrennbar mit dem Wirtschaftswunder in der öffentlichen Wahrnehmung verband, spielte hierbei sicherlich auch eine gewichtige Rolle. Dies lag auch daran, dass Bergleute, Stahlarbeiter und Metallfächerarbeiter in der unmittelbaren Nachkriegszeit als Leitfiguren gewerkschaftlicher Interessensvertretung und linker Politik bestätigt worden waren. Vgl. Lutz *Raphael*, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom* (Berlin 2019) S.150.

³²⁶ Bundesamt für Justiz, Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie. <https://www.gesetze-im-internet.de/montanmitbestg/BJNR003470951.html#BJNR003470951BJNG000100319> (Zugriff am 16.12.2019).

³²⁷ Vgl. Kapitel 2.a.i.3

³²⁸ Wikipedia, 2018. https://en.wikipedia.org/wiki/Iron_and_Steel_Act_1967 (Zugriff am 12.01.2020)

³²⁹ Roland Sturm, Großbritannien. Wirtschaft – Gesellschaft – Politik (Opladen 1997) S.28-30.

einer Politik der Nachfragesteuerung und Stimulierung gerecht. Diese Politik kam natürlich der Eisen- und Stahlindustrie zugute, da viele Programme und Projekte zur Nachfrage- und Konjunkturbelebung im Wesentlichen aus Infrastrukturprojekten bestanden, welche wiederum eine hohe Nachfrage nach dem Produkt erzeugten, welches die Eisen- und Stahlindustrie in den 1960er und 1970er Jahren zum Großteil herstellte, nämlich „Massenstahl“. Dieser Begriff steht für einfachen Bau- und Profilstahl sowie Langprodukte aus unlegiertem Grundstahl, an welchen außer einer gewissen Mindestzugfestigkeit keine Ansprüche gestellt werden können.³³⁰ Dieser wurde im Zuge des Wiederaufbaus und des Infrastrukturausbaus sehr stark nachgefragt. Auch aus dieser intensiven Nachfrage heraus, ist zu erklären, dass der bereits genannte Fokus der Innovation eher auf Prozessinnovationen lag und weniger auf Produktinnovationen. Diese Prozessinnovationen sorgten für rasche Produktionssteigerungen und die begleitende Nachfrage für einen ebenso raschen Kapazitätsausbau. Die Prozessinnovationen sorgen aus ihrer inneren Logik heraus bereits für eine Freisetzung von Arbeitskräften, wenn sie nicht von Produktinnovationen begleitet wurden.³³¹

In der „Schönwetterperiode“ der europäischen Stahlindustrie³³² von 1952 bis 1973 wurde dem quantitativen Wachstum wohl der Vorrang gegenüber dem qualitativen Wachstum gegeben, welcher sich bereits durch die schiere Steigerung von Produktion und Kapazitäten erkennen lässt.³³³ Dies ist zumindest ein „eigener“ Beitrag der Eisen- und Stahlindustrie zur Krise, welcher sich später in den gefährlichen Überkapazitäten manifestierte. Hier könnte man fragen, warum es denn eigentlich zu den Aufgaben der Eisen- und Stahlindustrie zählt, Arbeitsplätze zu erhalten, denn gemäß der kapitalistischen Logik sind nur genauso viele Arbeitskräfte notwendig, wie für das Erzielen von Profit notwendig ist. Aufschluss darüber gibt das Montan-Mitbestimmungsgesetz sowie gewissermaßen auch der EGKS-Vertrag. Beides sind juristische Vereinbarungen, welche in den 1950er Jahre geschlossen wurden – offenkundig während einer Zeit der Mythenbildung rund um die Schwerindustrie in Bezug auf das Wirtschaftswunder in Großbritannien und noch mehr in der BRD. Beide Vereinbarungen

³³⁰ Bundesverband Deutscher Stahlhandel, Kerschgens Stahllexikon. <http://kerschgens.stahl-lexikon.de/m/2038-massenstahl.html> (Zugriff am 17.12.2019).

³³¹ Marcus *Demgenski*, Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel (St.Gallen 1990) S.21-22.

³³² Diesen Begriff verwenden Werner Bühner und Heidrun Abromeit

³³³ Wie bereits erwähnt, wurden in den 1960er Jahren Wachstumszahlen für die Weltrohstahlproduktion publiziert, welche sich offensichtlich an den Wachstumszahlen der 1960er Jahre orientierten. So wurde für das Jahr 2000 eine Produktion von 2 Mrd. t vorhergesagt.

trafen allerdings nur auf die BRD zu – Großbritannien war kein Mitglied in der EGKS. Man könnte konstatieren, dass die innerbetriebliche Vertretung der Arbeitnehmer in Großbritannien die deutlich anders organisierten Gewerkschaften übernommen haben, welche hier einen viel stärkeren Bezug zu ihren Betrieben aufwiesen als in der BRD. Genannte Gesetze und Organisationsstrukturen illustrieren das Vorhaben, die Arbeitnehmer am Unternehmensprozess teilhaben zu lassen sowie nicht nur betriebswirtschaftliche Größen bei Planung und Entscheidungen zu berücksichtigen. Dies führte auch zu *verdeckter* betrieblicher Arbeitslosigkeit, bedingt durch redundanten Arbeitskräfteeinsatz und fehlende Rationalisierungsmaßnahmen.³³⁴ Diese stellen wiederum Maßnahmen dar, welche nur während „Schönwetterperioden“ vertretbar umgesetzt werden konnten. Als sich nun die Krise der Eisen- und Stahlindustrie Mitte der 1970er Jahre intensivierte, kam es zu einer unübersichtlichen Gemengelage. Der weltweite Konjunkturrückgang lies die Nachfrage nach Stahl zurückgehen, ebenso hatten die Stahlerzeuger mit hohen Energiekosten zu kämpfen. Währenddessen entstanden Probleme an neuen Fronten: Stahlerzeuger aus Asien und anderen „Entwicklungsländern“ begannen eine ernsthafte Konkurrenz für die europäische Stahlindustrie darzustellen (für die 1970er Jahre war dies insbesondere die japanische Eisen- und Stahlindustrie). Diese Länder konnten im Bereich des Massenstahls bereits mit europäischen Werken gleichziehen und hatten den großen Vorteil, dass ihre integrierten Stahlwerke dem neuesten Stand der Technik entsprachen, sowie Skaleneffekte³³⁵ trefflich ausgenutzt werden konnten, im Vergleich zu den „gewachsenen“ Stahlwerken Europas³³⁶. Ein beträchtlicher Teil der Wertschöpfung der europäischen Schwerindustrie wurde allerdings auch mit dem Export von gesamten Anlagen³³⁷ – und damit auch von „Know-how“ – in diese Länder erzielt, prominentes Beispiel hierfür ist das große, integrierte Stahlwerk in Rourkela in Indien.³³⁸ Auch bei diesen Aktivitäten sind gewisse Parallelen – bezüglich der Abschätzung der zukünftigen Stahlnachfrage – zu der Stahlplanung in Europa nicht zu übersehen. Aus

³³⁴ Marcus *Demgenski*, Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel (St.Gallen 1990) S.26-29.

³³⁵ Josef *Esser*, Werner *Väth*, Overcoming the Steel Crisis in the Federal Republic of Germany. In: Yves *Meny*, Vincent *Wright*, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S. 625-627.

³³⁶ Natürlich wurden hier auch Stahlwerke während der Nachkriegszeit neu erbaut, wie z.B. die Klöckner Werke in Bremen.

³³⁷ *Esser, Väth*, Overcoming the Steel Crisis in the Federal Republic of Germany. In: *Meny, Wright*, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) S.628.

³³⁸ Die Zeit, Rourkela. Modellfall in Indien. 1961. <https://www.zeit.de/1961/14/rourkela-modellfall-in-indien> (Zugriff 09.11.2019)

genannten Gründen kam es zu hohen Überproduktionsmengen sowie einer großen Unterauslastung der vorhandenen Kapazitäten. Dies führte zu fallenden Produktions- und Auslastungszahlen sowie in weiterer Folge zu sinkenden Beschäftigungszahlen. Daraus resultierte, auch durch den sich ab 1974 beschleunigenden Arbeitskräfteabbau, eine Steigerung der Arbeitsproduktivität, welche trotz sinkender Produktion jährlich stieg. Hieraus lässt sich wiederum ganz gut der technische Fortschritt in der Eisen- und Stahlindustrie ablesen.

Tabelle 7. Die Entwicklung von Produktion und Beschäftigung der OECD-Länder in der OECD Stahlindustrie 1985 gegenüber 1974 und die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität in %.³³⁹

<i>1985/1974</i>	<i>Produktion</i>	<i>Beschäftigung</i>	<i>Arbeitsproduktivität</i>
	total	total	jährliche Steigerung
<i>OECD</i>	-13,7	-37,5	3
<i>EWG</i>	-14	-37,2	2,9
<i>USA</i>	-35,8	-54,4	3,2
<i>Japan</i>	-0,1	-19,9	2
<i>Rest OECD</i>	+14	-28	4,3

Wie auch während des goldenen Zeitalters, beeinflusste die Entwicklung und Krise der Eisen- und Stahlindustrie die Geschicke der Arbeitsgesellschaft, allerdings mit abnehmender Relevanz und Bedeutung. Die Schwerindustrie hatte allgemein, beginnend in den 1970er und – sich noch viel stärker manifestierend – in den 1980er Jahren nicht mehr das gesellschaftliche Gewicht, welches sie in den 1950er Jahren gehabt hatte, als sich supranationale Organisationen *am Keim der Schwerindustrie kristallisierten* und spezielle Gesetze diesen Industriebereichen gewidmet wurden. Eine Aussage von Dieter Spethmann³⁴⁰ aus dem Jahr 1980 bringt diese Entwicklung – obwohl 1980 immer noch 300.000 Arbeitsplätze in der BRD von den Geschicken der Eisen- und Stahlindustrie abhingen – auf den Punkt.

³³⁹ Quelle: Marcus *Demgenski*, Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel (St.Gallen 1990) S.74.

³⁴⁰ Dieter Spethmann (1926 -2016). Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG 1973-1991.

„The steel industry is no longer the kingpin of the industrial world... it is a sector of industry amongst others – no more and no less.“³⁴¹

Und gemäß diesem Zitat existierte sowohl in der BRD als auch in Großbritannien die Eisen- und Stahlindustrie weiter, wobei die Eisen- und Stahlindustrie in Großbritannien in den 1950er Jahren keine solche Aufmerksamkeit erfuhr wie im Zuge der EGKS durch das Gesetz zur Montan-Mitbestimmung in der BRD. Hierbei wurde in beiden Ländern zwischen den beiden Ölpreisschocks 1973 und 1979/80 anfangs versucht, den Problemen und der Krise noch mit herkömmlichen Mitteln des keynesianischen Instrumentenspektrums zu begegnen.³⁴² Wie bereits ausgeführt, waren die 1970er Jahre von dem Zielkonflikt zwischen Inflationsbekämpfung einerseits und andererseits der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit oder – wie zu dieser Zeit noch als Ziel formuliert, wenn auch umstritten – einer Aufrechterhaltung von Vollbeschäftigung bestimmt. In beiden Ländern wurde der Fokus allmählich in Richtung Inflationsbekämpfung verschoben und eine gewisse Arbeitslosigkeit akzeptiert – es sollte sich immer mehr die Erkenntnis durchsetzen, dass es sich bei der Vollbeschäftigung des goldenen Zeitalters eher um eine große Ausnahme gehandelt habe (diese Deutung hatte natürlich unter den neuen, konservativen Mehrheiten Konjunktur, diente sie doch der eigenen politischen Agenda). Dies hatte auch unmittelbare Auswirkungen auf die großen Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie, da mit dieser – allmählichen – Richtungsentscheidung staatliche Subventionen sowie Nachfrageprogramme abnahmen.

³⁴¹ Yves Meny, Vincent Wright, State and Steel in Western Europe. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S. 25.

³⁴² Vertiefend für die BRD Gerard Bökenkamp, Das Ende des Wirtschaftswunders. Geschichte der Sozial-, Wirtschafts-, und Finanzpolitik in der Bundesrepublik 1969-1998. (Stuttgart 2010) Kapitel I. sowie für Großbritannien Dominik Geppert, Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975-1979 (München 2002).

4. Folgen der Krise(n) und Lösungsversuche

a. Eisen- und Stahlindustrie

i. Die BRD

Um auf die Folgen sowie Lösungsversuche der Krise der Eisen- und Stahlindustrie in der BRD einzugehen, werde ich mich exemplarisch auf die zwei großen Zentren der Eisen- und Stahlerzeugung in der BRD konzentrieren. Dies waren das Ruhrgebiet und – mit einigem Abstand in Bezug auf die Produktionsmengen – das Saarland. Beginnen werde ich mit dem Saarland, da hier die Krise auch früher sicht- und spürbar wurde als im Ruhrgebiet.

Im Saarland häuften sich unvorteilhafte Standortfaktoren für die Eisen- und Stahlindustrie. Ursprüngliche Standortfaktoren, wie das Vorkommen von Erzen und Steinkohle, welche zur Ansiedelung der Schwerindustrie in dieser Region geführt hatten, wurden – gemessen an den Anforderungen an den Standort im Maßstab des Weltmarktes – zunehmend wertlos. Auch aufgrund der Monostruktur fehlten dem Saarland stahlverbrauchende Verarbeitungsbetriebe, welche die Produktstruktur erweitert hätten.³⁴³ Dies erhöhte den Druck zum Export weiter. Daraus resultierte bei weltweiten Überkapazitäten und dadurch sehr niedrigen Preisen eine gefährliche Unterauslastung der Anlagen. Fehlende Wasserstraßen, mit welchen die Anlagen verbunden waren („trockene“ Standorte) machten auch den Transport zu den für das Exportgeschäft wichtigen Häfen schwierig und aufwendig. Die aufgesplitterten Besitzverhältnisse³⁴⁴ erschwerten die Kooperation zwischen den Werken und damit auch die Spezialisierung, was dazu führte, dass bei Ausbruch der Krise der Vorrang der Produktion maßgeblicher Stahlunternehmen – auch wegen mangelnder Kapitalkonzentration – noch dem Massenstahl gegeben wurde.

Die alten Standortfaktoren wurden wertlos, da das geringwertige lothringische Eisenerz nicht mehr genutzt und auch die Steinkohle immer mehr importiert wurde. Dafür schlugen nun die durch die „Schönwetterperiode“ verdeckten Standortnachteile sichtbar durch. Diese Konstellation führte bereits 1977 dazu, dass: „[...] *the alternatives were, therefore, either total*

³⁴³ Marcus *Demgenski*, Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel (St.Gallen 1990) S.21.

³⁴⁴ An der Schwerindustrie des Saarlandes waren französisches, deutsches und luxemburgisches Kapital beteiligt.

*collapse, or total government-backed restructuring, so that the old position in the competitive international market could be regained.*³⁴⁵

In den Firmen Neunkirchner Eisenwerke und Röchling-Burbach GmbH waren die die jährlichen Verluste so hoch, dass Maßnahmen, welche notwendig waren, um die zukünftige Existenz zu sichern, nicht mehr von den Firmen allein getragen werden konnten. Es kam zu Massenentlassungen (die Neunkirchner Eisenwerke entließen 900 Mitarbeiter, die Röchling-Burbach GmbH entließ 1.300) und ein Bankrott der Unternehmen schien unvermeidbar. Die Eigentümer verweigerten die notwendigen Mittel, welche für eine Restrukturierung der Industrie notwendig waren und signalisierten ihre Intention, das Eisen- und Stahlgeschäft aufzugeben. Im Jahr 1977 war noch einige Zuversicht, die Eisen- und Stahlindustrie aufrechterhalten zu können, sowie eine gewisse Hoffnung auf einen der Rezession folgenden Aufschwung, im politisch-gesellschaftlichen Diskurs vorhanden. So wurde das Ziel verfolgt, zumindest den Kern („sound nucleus“) der Saarländischen Eisen- und Stahlindustrie zu erhalten, auch aus dem Grund, dass diese Industrie der Hauptabnehmer der saarländischen Steinkohle war, einem Industriesektor, welcher schon länger in einer strukturellen Krise steckte. Zu diesem Zweck wurde ein neuer Eigentümer für die beiden maroden Saarunternehmen gesucht. Die großen Stahlunternehmen an der Ruhr verweigerten sich diesem Vorschlag, auch aus Eigeninteresse, denn ein Verschwinden von Stahlunternehmen würde auch zu einer Reduktion der ruinösen Überkapazitäten führen. Dieses Verschwinden war aber aus Gründen der politischen Stabilität und der Regionalpolitik nicht zu akzeptieren. Um den Problemen zu begegnen und um Wettbewerbsfähigkeit zu den aktuellen Weltmarktbedingungen wiederherzustellen, wurde eine Strategie der Zentralisierung und Konzentration verfolgt (hier vor allem, um die Kleinteiligkeit der Industrie zu beheben sowie eine Kapitalkonzentration vorzunehmen – ganz im Gegenteil zum Krisenmanagement der BSC). Daraus erhoffte man sich eine bessere und effizientere Steuerung der Investitionen in neue Anlagen, welche dringend notwendig waren, da sogar die (Grund)Produktionsanlagen an der Saar – vor allem Hochöfen und Stahlwerke – schon sehr alt, ineffizient und in Bezug auf die die damals günstigen Produktionsgrößen viel zu klein waren. Zu diesem Zweck standen nun eine „private Lösung“, also die Übernahme durch Privatkapital (von der Bundes-SPD, CDU

³⁴⁵ Josef Esser, Werner Väth, Overcoming the Steel Crisis in the Federal Republic of Germany. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S.650.

und FDP favorisiert) oder eine Verstaatlichung (von der Saarländischen SPD und den Gewerkschaften gefordert) zur Option. Eine Verstaatlichung stieß im Modell der deutschen Marktwirtschaft allgemein auf große Widerstände und wäre auch angesichts der allgemeinen Krise eine große Belastung für die öffentlichen Kassen gewesen. Andererseits hatte das Stahlkapital aus dem Ruhrgebiet entsprechende Übernahmevorschlage abgelehnt. Schließlich fand sich mit ARBED³⁴⁶ ein Käufer, welcher mit umfangreichen Staatsgarantien und Subventionen (ohne die eine Übernahme von defizitären Werken bei sich intensivierender Krise schwer möglich gewesen wäre) ein Restrukturierungsprogramm vorlegte. Dieses bestand hauptsächlich aus einer Neuerrichtung von modernen Hochofenwerken und einer Kokerei für die nun zentralisierte Saarländische Eisen- und Stahlindustrie sowie die Konzentration der Walzstahlproduktion auf die drei effizientesten, existierenden Werke. Diese Maßnahmen sahen eine Reduktion der Arbeitskräfte um 10.000, also ein Drittel der vorherigen Arbeitskräfte, vor. Die Entlassungen wurden allerdings von einem Sozialplan begleitet, welcher z.B. Ruhestandsregelungen und Umschulungsprogramme beinhaltete.³⁴⁷ In Bezug auf dieses Vorgehen sprechen Esser und Väth von einem „political regulation cartel“, welches fr das organisatorische Management der Krise verantwortlich ist. Dieses bewegte sich in Richtung einer indirekten Verstaatlichung.

„The term political regulation cartel describes a process in which, for the purpose of controlling the crisis, a functional association of the organs of State and society has developed, in which steel companies, State authorities (at supranational, Federal and land level) and trade unions have organised themselves informally on order to influence the course of the crisis, dividing up functions and making their various contributions accordingly.“³⁴⁸

Die Gewerkschaften waren hier also mit dem Ziel, den industriellen Kern der Eisen- und Stahlindustrie zu erhalten und dafür auch unbequeme Maßnahmen in Kauf zu nehmen, einverstanden. Dafür wurde auch auf eine „soziale Verträglichkeit“ Rücksicht genommen, welche auch aufgrund der politischen Brisanz des Sachverhalts – die durch mehrere, große Demonstrationen der Stahlarbeiter augenscheinlich wurde – notwendig war. Dennoch hatten die Gewerkschaften im „political regulation cartel“ den schwierigsten Stand. Unter den

³⁴⁶ Luxemburgischer Stahlkonzern, heute Teil von ArcelorMittal.

³⁴⁷ Josef Esser, Werner Väth, Overcoming the Steel Crisis in the Federal Republic of Germany. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S. 649-655.

³⁴⁸ Ebd. S. 651.

Gegebenheiten der Krise kann dieses Arrangement auch als „neue konzertierte (Stahl)Aktion“ verstanden werden, welche allerdings nicht mehr die Globalsteuerung von Wirtschaft und Gesellschaft zum Ziel hatte, sondern eher – etwas zynisch formuliert – Schadensbegrenzung betrieb. Eine Vorgehensweise, welche im Lichte kapitalistischer Ökonomie und dem Takt des Weltmarktes folgend, als alternativlos beschrieben werden könnte. Unter Voraussetzung dieser Maxime haben andere Argumentationsmuster keinen Sinn, eine Diagnose, welche auch auf die Analyse und Thesen von Werner Huffschmid zutrifft.

Durch diese Maßnahmen blieb die Eisen- und Stahlindustrie des Saarlandes bis heute erhalten, im Vergleich zu vielen anderen Stahlstandorten in der BRD und Großbritannien, auch wenn dafür eine große Menge an Arbeitsplätzen „geopfert“ werden musste. 1981 lag der Restrukturierungsplan von 1977 im Zeitplan, als durch die Intensivierung der Krise erneut Anpassungen mit dem Ziel von stärkerer Konzentration und erneutem Personalabbau durchgeführt werden mussten. Schlussendlich kostete der „Arbed’s reconstruction plan“ der Bundesrepublik und dem Land 2,2 Milliarden Mark bei einem Investment seitens ARBED von 3 Milliarden Mark, eine Summe, welche locker ausgereicht hätte, um die Eisen- und Stahlindustrie zu verstaatlichen, allerdings war Mitte der 1980er Jahre der Ausblick eher negativ und weitere Staatshilfen wurden als sehr wahrscheinlich erachtet.³⁴⁹

Das bei weitem größte schwerindustrielle Zentrum der BRD war das Ruhrgebiet in Nordrhein-Westfalen mit den bereits genannten großen Eisen- und Stahlerzeugern.³⁵⁰

„With 4.8 Million inhabitants, the Ruhr district has about 8 per cent of the population of Federal Republic of Germany. 1.8 Million are normally employed, and this represents 7 per cent of the total working population of the country, (figures for 1977). The distribution of the various sectors of the economy differs from Federal averages: industry, with more than 53 per cent, lies considerably higher than the Federal average of 45 per cent, whilst the service sector is accordingly under-represented. Within industry, raw material and capital investment goods lead. Manufacturing has, however, grown within this framework, but real diversification has hardly yet been achieved.“³⁵¹

Mit einem Anteil von 53% sind die Industriebeschäftigten im Ruhrgebiet 1977 immer noch auf einem Niveau, welches spätestens in den 1960er Jahren im Zuge des Strukturwandels

³⁴⁹ Josef Esser, Werner Väth, Overcoming the Steel Crisis in the Federal Republic of Germany. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984). (Berlin 1987) S. 662-663.

³⁵⁰ Siehe Tabelle 6.

³⁵¹ Esser, Väth, Overcoming the Steel Crisis in the Federal Republic of Germany. In: Meny, Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) S. 664.

anderswo nicht mehr erreicht wurde. Schon die große Anzahl an Einwohnern verleiht dem Ruhrgebiet ein hohes politisches Gewicht, verstärkt auch durch die große industrielle Konzentration. Noch 1977 war hier die Hälfte der industriellen Arbeiterschaft in Betrieben der Montanindustrie beschäftigt. Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets steht für 20% des gesamten industriellen Umsatzes und beschäftigte 20% der gesamten industriellen Arbeiterschaft der BRD. Aufgrund guter Standortfaktoren in Bezug auf die Lage – im wichtigen Exportgeschäft war eine Lage in der Nähe des Rheins sehr vorteilhaft – und Konzentration der Produktion, des Kapitals und Investmentstrategien, welche auch ein Wachstum in Richtung Weiterverarbeitung und Anlagegüter beinhalteten, wurde die Krise im Ruhrgebiet erst später als in anderen Teilen Deutschlands und insbesondere dem Saarland spürbar. Dies lag auch an der „richtigen“ Größe der Unternehmen. Diese Entwicklungen wurden von einem Prozess der permanenten Modernisierung begleitet, wie dem Austausch des Siemens-Martin-Verfahrens gegen das LD-Verfahren oder dem Einsatz von Stranggussanlagen. Diese Maßnahmen führten – um den Erfolg dieser Rationalisierungsmaßnahmen zu untermalen – zu einer Steigerung der Rohstahlproduktion zwischen 1962 und 1974 um 60% bei einer gleichzeitigen Reduzierung der Arbeitskräfte um 16%.³⁵² Die Krise intensivierte sich im Ruhrgebiet erst um 1980, allerdings lässt sich die eher negative Entwicklung an der Rohstahlproduktion und der Entwicklung der Anzahl der Arbeitskräfte bereits vorher ablesen.

Tabelle 8. Arbeitskräfte und Rohstahlerzeugung der drei großen Stahlerzeugern im Ruhrgebiet (Rohstahl in 1000 Tonnen).³⁵³

	1974	1976	1978	1980
<i>Thyssen AG</i>				
Arbeitskräfte	59.300	56.608	52.661	50.700
Rohstahlerzeugung	16.395	13.562	12.122	12.410
<i>Fried. Krupp AG</i>				
Arbeitskräfte	26.757	25.513	24.225	24.986

³⁵² Josef Esser, Werner Väth, Overcoming the Steel Crisis in the Federal Republic of Germany. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S. 660-670.

³⁵³ Quelle: Josef Esser, Werner Väth, Overcoming the Steel Crisis in the Federal Republic of Germany. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S. 666.

Rohstahlerzeugung	4.495	4.125	5.061	5.364
<i>Hoesch AG</i>				
Arbeitskräfte	27.200	25.000	23.516	21.419
Rohstahlerzeugung	6.800	5.600	5.100	5.200

Die drei genannten Stahlerzeuger waren die größten im Ruhrgebiet und hatten den Hauptteil ihrer Anlagen und Betriebsstätten in Duisburg (Thyssen), Bochum (Krupp) sowie Dortmund (Hoesch). Die Arbeitslosenzahlen dieser Städte spiegeln gut die Entwicklung dieser Firmen sowie den Impact der Krise auf diese Städte wider. An den Beschäftigtenzahlen und an den Produktionsmengen für Rohstahl lässt sich der Krisenverlauf gut nachverfolgen. Diese Zahlen zeigen, dass es am Ende des Jahrzehnts eine leichte Erholung in der Stahlbranche gab, welche allerdings durch die erneute Rezession 1980-1982 sogleich wieder zunichte gemacht wurde.

Tabelle 9. Arbeitslosigkeit in Städten des Ruhrgebiets mit dominierender Eisen- und Stahlindustrie, verglichen mit denen des Landes und des Bundes in %.³⁵⁴

	9/75	9/79	9/81	2/82
<i>Duisburg</i>	4,8	6,3	8,0	10,2
<i>Bochum</i>	5,2	5,6	7,6	9,9
<i>Dortmund</i>	5,1	5,4	8,7	11,7
<i>NRW</i>	4,6	4,0	6,5	8,7
<i>BRD</i>	4,4	3,2.	5,4	8,1

Als die Krise auch an der Ruhr offensichtlich wurde, traten auch hier Gegenmaßnahmen in Kraft. Die grundlegenden Muster der Krisenmaßnahmen – welche bereits im Saarland angewandt worden waren – kamen an die Situation im Ruhrgebiet angepasst und hauptsächlich auf Krupp und Hoesch bezogen dort auch zum Einsatz. Hier war wieder das korporative Krisenmanagement in Form des „political regulation cartel“ das Mittel zur Bekämpfung der Krise. Eine Anpassung der Krisenstrategie musste nur insofern vorgenommen

³⁵⁴ Quelle: Josef Esser, Werner Vöth, Overcoming the Steel Crisis in the Federal Republic of Germany. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S. 667.

werden, als im Ruhrgebiet etwas andere ökonomische Umstände, eine andere Zusammensetzung der Kapitaleseite und eine sehr viel zentralere Stellung der Eisen- und Stahlindustrie im sowohl geografischen als auch politischen Kontext vorlag. Für die Regierung stellte die Krise an der Ruhr nun eine neue Situation dar, da diese sich nun nicht mehr als regionales Phänomen, welches ihre Wurzeln in speziellen historischen Gegebenheiten dieser Region hatte, darstellte und auch nicht mehr so erklärbar war. Diese Krise wurde spätestens jetzt systemisch. Sowohl der zeitliche als auch der finanzielle Spielraum bezüglich einer Krisenlösung war im Ruhrgebiet größer als im Saarland. Der Branchenprimus Thyssen war von der Krise weniger betroffen als die Firmen Hoesch und Krupp, welche beide auf eine lange Tradition der Stahlerzeugung zurückblicken können. Im Zuge der Strategie einer nicht nur firmenbezogenen, sondern auch einer „suprabetrieblichen“ Rationalisierung und Konzentration wurde ein Zusammenschluss der beiden Firmen zur Ruhrstahl AG angestrebt, in welche die jeweils effizientesten alten Konzernbestandteile der Firmen eingegliedert werden sollten. Hierfür wurde geplant in Dortmund, ein LD-Stahlwerk nach dem neuesten Stand der Technik zu errichten, um den Standort abzusichern – im Gegenzug sollten ein massiver Arbeitskräfteabbau und eine Kapazitätsreduktion durchgeführt werden. Diesen Planungen entsprechend sollte es bei Hoesch 1987 nur mehr 13.000 Arbeitsplätze geben. Allerdings sollte auch bei Krupp eine große Anzahl an Arbeitskräften abgebaut werden. In diesem Stadium der Krise kam es zwar an der Basis der Gewerkschaftsbewegung noch zu lautstarken Protesten und Demonstrationen, die IG Metall als das zentrale Organ der Interessensartikulation war aber in das korporative Krisenmanagement inkludiert und beteiligte sich an den Krisenplänen. Die geplante Zusammenlegung der Firmen scheiterte allerdings 1984 auch daran, dass große Summen an staatlichen Subventionen und Unterstützungen von den Firmen gefordert wurden und auch notwendig gewesen wären. Der wichtigere Grund ist allerdings der, dass diese Firmen bereits große Komplexe mit sämtlichen Stahlkompetenzen darstellten und sich durch eine Partnerschaft unter Gleichen eine andere Situation darstellte, als im Saarland, wo ein großes Unternehmen mehrere kleinere übernahm. Es lag also auch an einem gewissen Konkurrenzdenken, welches eine Zusammenarbeit und

Fusion schließlich scheitern ließ.³⁵⁵ Alle, über diesen Untersuchungszeitraum hinausgehenden Entwicklungen werden in der Conclusio behandelt.

ii. Großbritannien

Der Vergleich der Eisen- und Stahlindustrie der beiden Staaten in diesem Kapitel ist durch eine ähnliche Ausgangssituation in Bezug auf die Investitionen innerhalb der Industrie bestimmt, denn ähnlich wie in der BRD wurden auch in Großbritannien am Übergang von den 1960er zu den 1970er Jahren große Investitionen in die Eisen- und Stahlindustrie getätigt. Diese Investitionen folgten hier allerdings einem anderen Muster und einer anderen Motivation. Die Ähnlichkeit der beiden Industrien endet hier somit schon wieder. In Großbritannien bestand die Eisen- und Stahlindustrie zu 90% aus einem staatlichen Unternehmen – was die Untersuchung vereinfacht –, während in der BRD viele private Unternehmen existierten. Wobei, wie im vorherigen Kapitel dargelegt, auch in der BRD bereits eine gewisse Konzentration stattgefunden hatte. Es etablierte sich ebenso eine Art Regulationskartell, allerdings war dieses deutlich anders gestaltet, auch durch die unterschiedliche Besitzstruktur in beiden Staaten bedingt. Die 1967 zum Großteil verstaatlichte britische Eisen- und Stahlindustrie versuchte in den 1970er Jahren einem zentralen Zweck ihrer Verstaatlichung nachzukommen. Hierfür wurde 1970-71 der „Corporation’s Development Plan“³⁵⁶ entwickelt.

„The Development Plan envisaged that by 1980 British steel production would be more than 40 million tonnes per annum. A major element would be a massive new ‚greenfield‘ works, producing about 15 million tonnes per annum. The remainder of the steel would be produced at five large coastal works – Teesside, Anchor (Scunthorpe), Ravenscraig, Llanwern and Port Talbot.“³⁵⁷

Die notwendige Konzentration der Eisen- und Stahlindustrie war ein Faktor, für den die Verstaatlichung durchgeführt wurde und wofür auch der Entwicklungsplan aufgelegt wurde. Ganz im Stil der in den 1970er Jahren herrschenden Idealvorstellungen der „Economics of Scale“ war ein Ziel davon, große, integrierte Stahlwerke – durch Zusammenlegungen oder

³⁵⁵ Josef Esser, Werner Väth, Overcoming the Steel Crisis in the Federal Republic of Germany. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S. 667-686.

³⁵⁶ J.J. Richardson, G.F. Dudley, Steel Policy in the U.K. The Politics of Industrial Decline. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S.317.

³⁵⁷ Ebd.

durch Neuerrichtungen („greenfield works“) – aufzubauen. Durch die gute ökonomische Lage zu dieser Zeit schien dies auch durchaus angebracht, hatte doch die europäische Stahlproduktion und -nachfrage 1974 ihren Höhepunkt. Danach allerdings sank die Nachfrage nach Stahl kontinuierlich. Dies hatte schwerwiegende Auswirkungen auf die europäische Eisen- und Stahlindustrie im Allgemeinen und noch schwerwiegendere auf die BSC aufgrund ihrer spezifischen Struktur sowie ihres vermeintlichen „Existenzzweckes“.

„In this context, the role of the BSC can be treated by government as being primarily that of a supplier to manufacturing industry. The BSC is inevitably dependent on the commercial success of its customers, and its own assessments for future steel demand are tied in with official growth forecasts in general. The basic duty of the Corporation was made explicit in the 1967 Iron and Steel Act, which set up the Corporation: It shall be incumbent on the Corporation to promote the efficient and economical supply by the Corporation and the publicly-owned companies of iron and steel products, and to secure that such products produced by the Corporation and the publicly-owned companies are available in such quantities, and are of such types, qualities and sizes, and are available at such prices, as may seem to the Corporation best calculated to satisfy the reasonable demands of the persons ... who use such products for manufacturing purposes and to further the interests in all respects...“³⁵⁸

Die Rezession der 1970er Jahren sowie ausländische Konkurrenz wurden schließlich für die gesamte britische Wirtschaft zu einem großen Problem, was nahezu zwangsläufig zu einer verringerten Nachfrage nach Stahl im Inland (und im Ausland sowieso) führte. Die BSC bündelte weiters beinahe die gesamten britischen Massenstahl-Kapazitäten. Dieses Produktsegment war am stärksten vom Nachfragerückgang – auch im Zuge des Strukturwandels – betroffen³⁵⁹. Der Großteil der Edel- und Spezialstahlkapazitäten – welche auch nach 1974 noch Wachstum und Profit mit sich brachten – verblieb in den eher kleineren, privaten Firmen.

„What must above all be avoided are solutions which are politically convenient in the short term, but industrially damaging for a generation. We are still suffering the effects of a political decision of the 1950s to have two sub-optimal size steel plants in Scotland and Wales.“³⁶⁰

Genau für diese Fehlentwicklung war die britische Eisen- und Stahlindustrie anfällig. Grund dafür war nicht zuletzt auch das Gewicht der Gewerkschaften, auch wenn die

³⁵⁸ J.J. Richardson, G.F. Dudley, Steel Policy in the U.K. The Politics of Industrial Decline. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S. 320.

³⁵⁹ Marcus Demgenski, Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel (St.Gallen 1990) S. 44-47.

³⁶⁰ Richardson, Dudley, Steel Policy in the U.K. In: Meny, Wright, The politics of Steel, S.308.

Stahlgewerkschaften eher zurückhaltend agierten. Diese beiden Punkte sorgten einerseits für zusätzliche Schwierigkeiten und einen erschwerten Krisenverlauf. Der Development Plan von 1971 war schließlich andererseits unzweifelhaft verantwortlich für einen schwereren Krisenverlauf³⁶¹, lagen dem Plan doch grundlegend falsche Schätzungen in Bezug auf das industrielle Wachstum zugrunde.

„In the event, the forecasts for future industrial growth proved to be hopelessly over-optimistic, and by the 1980s many of the industries which provided the main markets for the steel industry's products (e.g. construction, engineering and vehicle manufacture) were in a state of great depression. World-wide over-capacity in steel and tendencies towards protectionism left little scope for increased exports, while cheap imports created difficulties for the British steel industry in maintaining its share of home markets. The crisis had a great effect in concentrating steelmakers' minds on improvements in productivity, but the lack of demand threatened further contractions within the steel industry.“³⁶²

Ein Unterschied zwischen dem Krisenmanagement in Großbritannien und der BRD war die Rolle und die Einbindung der Gewerkschaften. Dies lag auch an dem anderen Selbstverständnis der Gewerkschaften in Großbritannien. Im Prozess der Implementierung des *Development Plan* waren die Gewerkschaften von der „Joint Steering Group“ (JSG)³⁶³ ausgeschlossen. Dies lag unter anderem daran, dass sich mehrere konkurrierende Arbeitnehmerverbände nicht auf gemeinsame Linie einigen konnten sowie dem Dilemma von Rationalisierungen für die Gewerkschaften, welche einerseits bessere Wettbewerbsfähigkeit bedeuten sollten, aber andererseits meist auch Entlassungen, welche die Gewerkschaften naturgemäß nicht gutheißen konnten.³⁶⁴ Zwar gab es auch bei der BSC einen „Arbeitsdirektor“ (Workers Director) im Vorstand des Konzerns, allerdings war dessen Einflussmacht ähnlich groß wie die von Ministern (einer staatseigenen Firma) oder anderen Staatsbeamten in Großbritannien. Maßgebliche Entscheidungsmacht lag beim Vorstand (Board) des Konzerns. Diese Struktur erwies sich vor allem in Bezug auf die Planung von Investitionen sowie Modernisierungen als problematisch, da politische Anforderungen an eine sehr große, stahlproduzierende Firma natürlich nicht deckungsgleich sind mit den Anforderungen eines Konzernvorstandes an den Konzern. Eine gewisse Deckungsgleichheit trifft hier maximal auf

³⁶¹ J.J. Richardson, G.F. Dudley, Steel Policy in the U.K. The Politics of Industrial Decline. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S. 321.

³⁶² Ebd. S. 310.

³⁶³ Komitee zur Implementierung des Zehn-Jahres-Plans.

³⁶⁴ Richardson, Dudley, Steel Policy in the U.K. In: Meny, Wright, The politics of Steel, S.324.

eine Zeit der großen Prosperität zu, welche nun – Anfang der 1970er Jahre – endgültig auslief.³⁶⁵

Im Jahr 1972 wurde Peter Walker neuer englischer Industrieminister. Auch beraten durch eine Studie des Beratungsunternehmens McKinsey wurde in diesem Jahr ein neuer Plan für die Entwicklung der BSC mit dem Titel „Steel. British Steel Corporation: Ten Year Development Strategy“ aufgelegt. In dieser neuen „Ten Year Strategy“ wurde geplant, die fünf bereits bestehenden, britischen Küstenstandorte auszubauen sowie auch Edelstahlkapazitäten in Schottland sowie „Ministahlwerke“ mit Elektrolichtbogenöfen zu schaffen. Diese Strategie sah ein Investment von 3.000 Mio. Pfund über zehn Jahre vor. Für die Rohstahlkapazitäten wurden 28 bis 36 Mio. t als Ziel angegeben (wodurch hier „Platz“ für sowohl eine optimistische als auch eine pessimistische Entwicklung war). Die McKinsey Prognose für eine Entwicklung des Weltbedarfes an Stahl ergab eine Empfehlung von 23 Mio. t pro Jahr – eine deutlich vorsichtiger Empfehlung (aber auch noch bei weitem zu hoch, wie sich zeigen sollte). Für die Inlandsnachfrage wurde diesem Plan ein um 50% schnelleres Wachstum des Stahlbedarfs in Großbritannien in den 1970er Jahren zugrunde gelegt, dies auch trotz gegenteiliger Erfahrungen in der Vergangenheit, wuchs doch die Stahlnachfrage in Großbritannien um 1,7 % durchschnittlich in den Jahren 1955-1970 (während des Nachkriegsbooms). Die Annahmen, welche dem Investmentprogramm noch 1967 zugrunde lagen, beliefen sich auf ein jährliches Wachstum des BIP von 3%.³⁶⁶ Richardson und Dudley verweisen in ihrer Studie auf die große Tragweite und Auswirkung der „ten year strategy“, welche 1972 beschlossen wurde.

„Clearly the ten year strategy, agreed for BSC in 1972, was a tremendously important landmark in the development of the UK steel industry (probably more so than nationalisation/denationalisation). More importantly for our study, it proved to be, as suggested earlier, of central importance in determining the scope and nature of the steel ‚crisis‘ in the late 1970s and early 1980s.“³⁶⁷

Diese Annahmen weisen darauf hin, dass eine umfassende Krise, wie sie sich nach 1974 einstellte, in den Zukunftsplänen der britischen Stahlindustrie keinesfalls berücksichtigt wurde (Der britische Zugang wird eher als überoptimistisch beschrieben, da die Eisen- und Stahlindustrie sich schwächer entwickelte als in anderen Ländern). Auch von einem Ende des

³⁶⁵ J.J. *Richardson*, G.F. *Dudley*, Steel Policy in the U.K. The Politics of Industrial Decline. In: Yves *Meny*, Vincent *Wright*, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S.324-328.

³⁶⁶ Ebd. S. 327-331; Vgl. Tabelle 4.

³⁶⁷ Ebd. S. 331.

guten Wirtschaftswachstums wurde – siehe obige Planungen – nicht ausgegangen. Es herrschte mehr die Ansicht, dass die Probleme der britischen Industrie – und hier vor allem der Eisen- und Stahlindustrie – eher „hausgemacht“ waren und nun durch ein ambitioniertes und allzu optimistisches Investitionsprogramm behoben werden sollten. So lässt sich der Optimismus der frühen 1970er Jahre erklären – neben politischen Dünkeln, da ein erfolgreicher Staatsbetrieb der regierenden Partei meist zum Vorteil gereicht. Dennoch regte sich auch gegen die im Zehnjahresplan geplante Reduzierung der Beschäftigtenanzahl von 230.000 auf 180.000 – durch gänzliche Schließungen von älteren, ineffizienten Standorten – Widerstand auf lokaler Ebene, welcher gegen die Schließungen ankämpfte und sie dadurch verzögern konnte. 1974 – mitten im großen Miner's Strike – gewann die Labour Party die Unterhauswahlen – sie war auch mit dem Versprechen angetreten, alle für eine Schließung infrage kommenden Standorte nochmals zu überprüfen (alle Hüttenwerke befanden sich in traditionellen Labour-Wahlbezirken). Durch den Nachfrageboom im Jahr 1974 – bei dem es auch zu Lieferengpässen seitens der BSC kam – wurden Schließungen allgemein wieder in Frage gestellt. Die neue Labour-Regierung überprüfte nun die vorgeschlagenen Schließungen von Hüttenwerken erneut. Ergebnis war der Beswick-Report.³⁶⁸ Dieser benannte einen zentralen Interessenskonflikt dieser Zeit:

„The inevitable closure of older steelmaking plants to make way for the development of large coastal works highlighted the Labour Party dilemma of how to preserve the BSC strategy, while at the same time protecting the interests of workers threatened with redundancy“.³⁶⁹

Dieser Umstand traf in besonderem Maß auf die Labour Party zu (allerdings auch auf die Conservative Party nach 1979), vor allem nach den Ereignissen rund um den Miner's Strike. Dennoch änderte sich durch den Beswick-Report – bis auf Verzögerungen von Schließungen und kleinen Zugeständnissen in Bezug auf die geplanten Entlassungen – nicht viel an der 1972 beschlossenen *ten year strategy*. Es zeigte sich, dass es für die Regierung schwieriger war, die Schließungs- und Modernisierungspläne zu rechtfertigen als für die den Vorstand der BSC, welcher natürlich – fast – rein nach ökonomischen Zwecken handeln konnte. Die Regierung musste ihr Verhalten und ihre Handlungen allerdings immer gegenüber den Wählern

³⁶⁸ ³⁶⁸ J.J. Richardson, G.F. Dudley, Steel Policy in the U.K. The Politics of Industrial Decline. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984). (Berlin 1987) S. 331ff.

³⁶⁹ Ebd. S. 333.

rechtfertigen, sodass sie meist *bremsend* gegenüber den Modernisierungsplänen auftrat. Dies änderte sich, als im Jahr 1975 die weltweite Stahlnachfrage spürbar zurückging und der Vorstand der BSC klar die Initiative übernahm.³⁷⁰

Bereits Ende 1975 lag die Rohstahlproduktion der BSC bei 17 Mio. t und einige Hüttenwerke – vor allem flachstahlproduzierende Werke – arbeiteten mit nur 50% Auslastung. Dennoch ging der neue Industrieminister – Eric Varley – weiterhin von einer benötigten Produktionsmenge von 37 Mio. t in den 1980er Jahren aus. Dies ist daraufhin zurückzuführen, dass man zu Beginn der Krise – wie überall in Europa – davon ausging, dass es sich um eine konjunkturelle Krise handele, welche bald überwunden sei – ähnlich wie bei der kleinen Rezession 1966/67. 1976 führte die BSC eine neue Organisationsstruktur ein, welche einen Wechsel von einer Aufteilung des Konzerns nach Produktdivisionen hin zu regionalen, räumlich aufgeteilten Divisionen vorsah. Dies bedeutete auch, dass es zu einer gewissen Abkehr von der zentralen Planung und Steuerung – gewissermaßen eine der Gründungsintentionen der BSC – kam. Durch diesen Schritt kam es zu einer Dezentralisierung, wobei einige Entscheidungskompetenzen – hierbei konnten die Divisionen eigenmächtig über Investitionen bis zu 2 Mio. Pfund entscheiden – auf untere Konzernebenen verlegt wurden. Zentrale und übergeordnete Kompetenzen (z.B. strategische Planung und Lohnpolitik) verblieben allerdings bei den Vorständen.³⁷¹ Diese Schritte können als erste Schritte in Richtung einer Privatisierung gedeutet werden, da der Zweck der Verstaatlichung ja die zentrale Steuerung der Stahlaktivitäten in Großbritannien war. Die Krise der Eisen- und Stahlindustrie erschwerte das Erreichen dieser Ziele allerdings enorm, wodurch nun allmählich eine andere Richtung eingeschlagen wurde. Ein weiterer Schritt in Richtung Dezentralisierung war die Etablierung von „Profit Centers“³⁷² welche nun für Produktion und Verkauf selbst verantwortlich sind und eher an ihre Divisionen als an das übergeordnete Management gebunden sind. Anfang 1976 beliefen sich die Verluste der BSC auf 8,4 Mio. Pfund pro Woche. Darauf reagierte die BSC mit einer Serie an Kürzungen und Einsparungen, welche sich auf die Reduzierung der Arbeitskräfte um 40.000 sowie arbeitszeitbezogene Maßnahmen beliefen. Eine Konfrontation mit den sprunghaften britischen Gewerkschaften blieb hier –

³⁷⁰ J.J. Richardson, G.F. Dudley, Steel Policy in the U.K. The Politics of Industrial Decline. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S. 335.

³⁷¹ Ebd. S. 336.

³⁷² Ebd.

seltsamerweise – aus. Dies mag einerseits daran liegen, dass den Gewerkschaften mehr Einbezug in die Verhandlungen bezüglich der Rationalisierungen auf lokalem Level zugesichert wurde und andererseits daran, dass nach wie vor vonseiten aller Beteiligten davon ausgegangen wurde, dass es sich nach wie vor um einen konjunkturell bedingten, zyklischen Rückgang handelte. Ein weiteres Problem war die international schlechte Wettbewerbsfähigkeit der britischen Eisen- und Stahlindustrie. Der damalige Vorsitzende begründete dies mit der spezifischen Positionierung der BSC im Verbund der britischen Wirtschaft einerseits – Finniston sagte hierbei, dass die BSC durch die verordneten niedrigen Stahlabsatzpreise einen Verlust von 750 Mio. Pfund erlitten hätte³⁷³ – als auch mit einer durch eine zu hohe Beschäftigtenanzahl verursachten niedrigen Arbeitsproduktivität. Dennoch wurde weiterhin an dem Entwicklungsplan festgehalten, von welchem nun angenommen wurde, dass er bis zu 7.000 Mio. Pfund kosten würde.³⁷⁴

Mitte 1977 verschlechterte sich die finanzielle Situation der BSC weiter. Nun ging man dazu über, Arbeitern attraktive Kompensations- und Abfindungsangebote zu machen und dadurch Belegschaften zu reduzieren und Stahlwerke zu schließen, gesteuert durch schrittweise Verhandlungen auf lokaler Ebene. Im Mai 1977 wurde die ursprüngliche Zehnjahresstrategie für ein Kapazitätsziel von 30 Mio. t 1982 aufgegeben. Nach einer weiteren Verschlechterung der finanziellen Position des Konzerns und einer durch die Regierung in Auftrag gegebenen Studie wurde nun zum ersten Mal akzeptiert, dass es sich um einen nachhaltigen, weltweiten Nachfrageschwund handelte und dass gewisse Absatzmärkte wahrscheinlich verloren waren. Man verabschiedete sich nun mehr und mehr von längerfristiger Planung und setzte auf kurzfristige Anpassungen an sich ändernde Situationen. Viele geplante Ausbau- und Modernisierungsprojekte wurden unter diesen Eindrücken auf unbestimmte Zeit verschoben.³⁷⁵ 1978 wurde der Davignon-Plan³⁷⁶ als Antwort auf die immer offensichtlicher werdende Dauerkrise aufgelegt. Dieser Plan sah eine Regulierung der europäischen Stahlproduktion mit den Instrumenten der Importrestriktion sowie der staatlichen

³⁷³ J.J. *Richardson*, G.F. *Dudley*, *Steel Policy in the U.K. The Politics of Industrial Decline*. In: Yves *Meny*, Vincent *Wright*, *The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984)* (Berlin 1987) S. 337.

³⁷⁴ Ebd.

³⁷⁵ Ebd. S. 338.

³⁷⁶ Benannt nach Etienne Davignon (1932-), dem europäischen Kommissar der damaligen EWG für die inneren Märkte und Industrielle Angelegenheiten.

Subventionen vor.³⁷⁷ Dabei begünstigte der Plan konkurrenzschwächere Länder wie Großbritannien und benachteiligte konkurrenzstärkere Länder wie die BRD, welche sich zu Beginn auch gegen diesen Plan stellten, um die bestehenden Konkurrenzverhältnisse zu wahren. Unter diesem Regime erhöhte sich die Produktion wieder leicht und eine relative Stabilität kehrte in die europäische Stahlindustrie ein, allerdings befand sie sich nach wie vor in einer Art Abwehrkampf und auch der Davignon-Plan an sich hatte Restrukturierung und Rationalisierung zum Ziel. Dabei wurde die Genehmigung von Subventionen – seitens der europäischen Kommission und des Staates – an die Bedingung des Kapazitätsabbaus geknüpft. Diese Vorgehensweise ähnelte dem Krisenmanagement im Saarland (Saarmodell), allerdings hatte für die britische Eisen- und Stahlindustrie die Europäische Kommission eine größere Relevanz, da sie von diesem Regime profitierte und die gleichen Ziele verfolgt wurden. Im britischen Regulationskartell kam somit noch ein vierter Spieler – die Europäische Kommission und die Hohe Behörde der Montanunion – hinzu. Im Jahr 1979 fanden in Großbritannien Unterhauswahlen statt. Die regierenden Sozialdemokraten gingen unter sehr schwierigen Bedingungen in diesen Wahlkampf. Einerseits kam es im „Winter of Discontent“ zu mit erbitterter Härte geführten Arbeitskämpfen, andererseits war ein Verlustbringer in Staatsbesitz eine optimale Angriffsfläche für eine konservative Partei, welche allen Nationalisierungsprojekten bisher schon skeptisch gegenübergestanden war, allen voran, weil die regierende sozialdemokratische Partei die treibende Kraft hinter den Projekten zur Nationalisierung gewesen war. In den 1970er Jahren war ein, hohe Verluste bringendes, großes Staatsunternehmen ein gewaltiger Ballast für eine Regierungspartei. Die BSC bot der sich in Opposition befindlichen Konservativen Partei damit eine optimale Angriffsfläche.

*„This was left to the government which took office in May 1979: the Secretary of State, Sir Keith Joseph, boldly announced that the government would not finance any of the BSC's losses after March 1980.“*³⁷⁸

Daran schuld war unter anderem auch, dass der Sinn der Verstaatlichung in einer umfassenden Reorganisierung sowie einer Modernisierung der Stahlindustrie unter der

³⁷⁷ Für den Davignon-Plan sowie der Krisenregulation auf europäischer Ebene vgl. Manfred Rasch, Kurt Düwell (Hrsg.), Anfänge und Auswirkungen der Montanunion auf Europa. Die Stahlindustrie in Politik und Wirtschaft (Essen 2007); Patrick A. Messerlin, The European Iron and Steel Industry and the World Crisis. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987).

³⁷⁸ Heidrun Abromeit, British Steel. An Industry between the State and the Private Sector (New York 1986) S. 141.

Führung des Staates bestand. Da – schon in den eher noch prosperierenden 1960er Jahren – notwendige Schritte der Reorganisation, Modernisierung sowie Konzentration unterblieben waren, war das geplante Programm zur Modernisierung sehr ambitioniert und damit auch sehr teuer. Durch die oben bereits dargelegten Schätzungen bezüglich der zukünftigen weltweiten Stahlnachfrage waren auch etwaige Kalkulationen bezüglich einer Tilgung dieser Schuldenlast völlig überdimensioniert. Dazu kommt, dass die Entwicklung in den 1970er Jahren dazu führte, dass die BSC in eine Partnerschaft mit den noch existierenden kleineren Stahlproduzenten kam, in welcher die BSC die immer weniger profitablen Aufgaben der sehr kostenintensiven Roheisen- und Rohstahlerzeugung übernehmen sollte.³⁷⁹ Wie Demgenski darlegt, war es nicht die gesamte Palette der Eisen- und Stahlprodukte, die in den 1970er Jahren aufgrund von Überkapazitäten und Absatzschwierigkeiten in eine Krise kam, sondern vor allem die wenig verarbeiteten, technologiearmen Produkte, wie einfacher Lang- und Profilstahl oder auch einfacher, unverarbeiteter Walzstahl. Spezialstähle und hochtechnologische Produkte blieben weiterhin profitabel.³⁸⁰ Die Kalkulation, welche von einer weiteren Steigerung der weltweiten Nachfrage und der Inlandsnachfrage ausging, erwies sich als falsch und die Überkapazitäten und der hohe Beschäftigungsstand des Staatsbetriebes brachten – zusätzlich zu der „geburtsbedingten“ Verschuldung – weitere, hohe Verluste mit sich.

Ein weiteres Problem der geplanten Reorganisation der Stahlindustrie war, dass eine Modernisierung und Konzentration der vorhandenen Anlagen – auch ohne eine Krise – eine große Zahl an Arbeitskräften freisetzen würde. Das liegt einerseits daran, dass einige wenige moderne Anlagen viele ältere ersetzen konnten, durch deutlich größere und effizientere Produktionsgrößen (gut sichtbar z.B. an den Hochofenwerken, welche durch Größenzunahme und Rationalisierungsmaßnahmen eine enorme Steigerung der Produktionsmenge erfuhren). So gab es in der Bundesrepublik Deutschland 1960 136 Hochofenanlagen und im Jahr 2005 nur mehr 16, bei allerdings nur wenig geringerer Roheisenproduktion.³⁸¹ Da die neuen Anlagen allerdings nicht unbedingt mehr Personal erforderten, war dies ein Grund, warum hier Arbeitskräfte freigesetzt wurden. Auch der technische Fortschritt, also die Elektrifizierung

³⁷⁹ Heidrun *Abromeit*, *British Steel. An Industry between the State and the Private Sector* (New York 1986) S. 136-137.

³⁸⁰ Marcus *Demgenski*, *Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel* (St.Gallen 1990) S. 47.

³⁸¹ Wikipedia, Liste europäischer Hochofenwerke. 2019
https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_europ%C3%A4ischer_Hochofenwerke (Zugriff am 05.01.2020)

und Automatisierung vielfältiger Prozesse, die elektronische Datenverarbeitung sowie ein Fokus der Forschungsausgaben auf Prozessinnovation führten zu einer zunehmenden Freisetzung von Arbeitskräften in diesen sehr arbeits- und kapitalintensiven Industrien. Im Zuge der weltweiten Überkapazitäten bedingt durch die sinkende Nachfrage nach Stahl und Stahlprodukten aufgrund der Wirtschaftskrise, fuhr die BSC enorme Verluste ein. Gemeinsam mit einer großen Geburtshypothek sorgte dies für ein sehr schlechtes Bild des Unternehmens in der Öffentlichkeit. Die Verluste der BSC stiegen von 309,4 Mio. Pfund 1978/79 auf 545 Mio. Pfund 1979/80. Diese Verlustzahlen veranlassten nun das Management der BSC zu drastischen Schritten. So wurden die Stahlgewerkschaften 1979 darüber informiert, dass 52.000 Jobs innerhalb eines Jahres abgebaut werden würden sowie die Produktionsrate auf 15 Mio. t Stahl verringert werden sollte. Für die neue, konservative Regierung unter Margaret Thatcher war es nun einfacher mit den Vorgaben der europäischen Kommission – Subvention nur für Rationalisierungen, nicht aber für Kompensation von Verlusten – zu arbeiten. So verlautbarte der neue Industrieminister, dass die Regierung keine Verluste der BSC mehr finanzieren würde. Diese, auch ideologische fundierte Maßnahme führte dazu, dass anfangs auch Gelder der EWG zum Abfedern der massiven Entlassungen abgelehnt wurden mit Verweis auf den Nutzen von Subventionen. Durch die großen Probleme der BSC – und der öffentlichen Empörung darüber – wurde diese Haltung der Regierung aber schnell wieder aufgegeben.³⁸²

Die Ankündigung der Entlassungen, gepaart mit niedrigen Lohnzuwächsen – zwei Prozent allgemeine Lohnerhöhung sowie eine Chance auf individuelle, produktionsabhängige Lohnerhöhungen auf lokaler Ebene – ließ die traditionell – im Vergleich zu anderen britischen Gewerkschaften – moderate Stahlgewerkschaft ISTC (Iron and Steel Trades Confederation) auf den Plan treten, welche nun zu einem allgemeinen Streik im Jänner 1980 aufrief. Dies führte zu einem 13-wöchigen Streik der Stahlarbeiter im Frühjahr 1980. Daraus resultierten weitere Marktanteilverluste zugunsten von Importen, was die Position der BSC weiter verschlechterte.³⁸³ Auch verausgabte sich dadurch die ISTC stark und war zu weiteren größeren Arbeitskämpfen nicht mehr in der Lage, dennoch versuchte sie nun einen gewichtigeren Platz in den Entscheidungsprozessen einzunehmen, dies aber mit den Mitteln

³⁸² J.J. *Richardson*, G.F. *Dudley*, *Steel Policy in the U.K. The Politics of Industrial Decline*. In: Yves *Meny*, Vincent *Wright*, *The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984)* (Berlin 1987) S. 343.

³⁸³ Ebd. S. 343.

der Bildung von Allianzen mit anderen Gewerkschaften sowie der Erinnerung an die wirtschaftlichen Konsequenzen eines Streiks.³⁸⁴

Im Mai 1980 wurde schließlich Ian MacGregor Vorsitzender der BSC. MacGregors Vertrag besagte, dass seine Bezahlung abhängig wäre von der Verfassung der BSC nach drei Jahren seiner Führung. Implizit kann man sagen, dass die Einsetzung MacGregors die Vorbereitung zur Reprivatisierung der BSC war, nachdem die ursprüngliche Strategie und der Verstaatlichungszweck durch die krisenhaften Entwicklungen ad absurdum geführt worden waren.³⁸⁵ MacGregor setzte unverzüglich – ganz im Stil der neuen konservativen Regierung – ein massives Programm zur Schließung von Kapazitäten und Produktionsstätten sowie einen drastischen Personalabbau durch.

„Its main efforts [des Programmes von MacGregor M.S.], though, were devoted to the programme of capacity reduction, and here it achieved, compared with the rest of Western Europe, outstanding results: numerous, even modern and efficient plants were mercilessly closed, and the workforce, 186.000 in 1979, was reduced to 120.000 in the year 1980/1, to 103,700 in 1981/2 and 81,100 in 1982/3. Liquid steel-making capacity was run down to 14,4m tonnes per annum[...].“³⁸⁶

Wobei auch unter dem Vorgänger von MacGregor bereits 75.000 Arbeitsplätze abgebaut worden waren und das Produktionsziel von 15 Mio. t bereits feststand.³⁸⁷ Durch die zu Beginn der 1980er Jahre erneut an Fahrt aufnehmende Krise belief sich im Jahr 1982/83 die Anzahl der Beschäftigten der BSC auf 81.100 bei einer Rohstahlproduktion von 14.4 Mio. t. 1972 produzierte die BSC noch 23 Mio. t Rohstahl mit einer Belegschaft von 230.000 Personen, die damals im Zehnjahresplan gesteckten Ziele beliefen sich aber auf eine Produktion von 28 bis 35 Mio. t Rohstahl bei einer Belegschaft von 180.000 Personen. Arbeiteten im Jahr der Verstaatlichung 1967 noch 350.000 Menschen in der gesamten britischen Eisen- und Stahlindustrie, so waren es schließlich im Jahr 2016 nur mehr 25.000.³⁸⁸

³⁸⁴ J.J. Richardson, G.F. Dudley, Steel Policy in the U.K. The Politics of Industrial Decline. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984) (Berlin 1987) S. 344.

³⁸⁵ Ebd. 344-345.

³⁸⁶ Heidrun Abromeit, British Steel. An Industry between the State and the Private Sector (New York 1986) S.142.

³⁸⁷ Richardson, Dudley, Steel Policy in the U.K. In: Yves Meny, Vincent Wright, The politics of Steel, S.345.

³⁸⁸ Gabriel Rath, Industrie. Die Briten im chinesischen Stahlgewitter. Die Presse, 2016. <https://www.diepresse.com/4931351/industrie-die-briten-im-chinesischen-stahlgewitter> (Zugriff am 13.12.2019)

b. Arbeitsgesellschaft

Diese Krise(n) der 1970er und 1980er Jahre bedeutete(n) schließlich für die Arbeitsgesellschaft, dass Arbeit nach wie vor ein zentraler Bestandteil des Lebens der Menschen war, aber mit Arbeit nun keine garantierte gesellschaftliche Inklusion mehr verbunden war und auch Vollbeschäftigung als Ziel in den Hintergrund gerückt ist.³⁸⁹ Weiters legten im Verlauf der Krise die meisten konservativen Parteien das konsensuale Handeln, welches für das goldene Zeitalter und auch noch die 1970er Jahre charakteristisch war, weitgehend ab und „besannen“ sich wieder auf ihre konservativ-bürgerlichen Wurzeln. Dieser Konsens – so könnte man argumentieren – entstand auch aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und – für die BRD – des Dritten Reiches und waren in der Nachkriegszeit politisch opportun. Nach der Überwindung der Nachkriegszeit und der Krise der fordistischen Arbeitsgesellschaft war nun die Fokussierung auf andere Inhalte wieder möglich. Bei der Conservative Party war diese Entwicklung eindeutig durch die Übernahme des Parteivorsitzes von Margaret Thatcher sowie ihrer Regierungsübernahme 1979 auszumachen³⁹⁰. In Bezug auf die BRD sind hier die CDU/CSU und die FDP von Bedeutung. Die Unionsparteien befanden sich bereits seit 1969 in Opposition und hatten dadurch bereits einen gewissen Antagonismus gegenüber der regierenden sozialliberalen Koalition aufgebaut. Der Regierungswechsel 1982 wurde in diesem Zusammenhang auch als Beginn einer „geistig- moralischen Wende“³⁹¹ angekündigt. Auch innerhalb der sozialliberalen Koalition schien die FDP wieder zu ihren liberalen Wurzeln zurückzufinden. Hierfür verantwortlich schien Otto Lambsdorff, welcher später Wirtschaftsminister wurde. Prominentes Zeugnis hierfür ist natürlich das bereits erwähnte Lambsdorff-Papier. Für von Natur aus konservativ-liberal orientierte Parteien, ist diese Wende ja nachvollziehbar. In Bezug auf die sozialdemokratischen Parteien der beiden Länder stellte die in den 1980er und 1990er Jahren vollzogene Wende allerdings ein Novum dar. Im Zuge der Intensivierung der Krise zwischen 1981-1983 wurden überall in Europa

³⁸⁹ Harald Werner meint, dass die durch den Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft diese hauptsächlich ihre *guten* Seiten verliere, da Erwerbszwang nach wie vor eine zentrale Notwendigkeit in den europäischen Gemeinschaften ist, aber hinreichende Erwerbsmöglichkeiten weniger werden. In einem Beispiel sagt er auch, dass die z.B. durch die neuen Strukturen die Stahlvermarktung nun eine größere Profitquelle darstellte als die Stahlerzeugung, welche das Groß der Tätigkeiten der „alten“ Stahlindustrien ausmachte. Der Kern ist aber nach wie vor die Stahlerzeugung. Vgl. Harald *Werner*, Was kommt nach der Arbeitsgesellschaft? Berliner Debatte INITIAL 11/4 (Berlin 2000).

³⁹⁰ Vgl. dazu: Dominik *Geppert*, Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975-1979 (München 2002).

³⁹¹ Dieser Begriff wurde stark mit der Person Helmut Kohl assoziiert.

ambitionierte, „klassische“ sozialdemokratische Politiken langsam aufgegeben.³⁹² Daraus folgte, dass

[...] sich Labour in den späten 1980er und dann endgültig in den frühen 1990er Jahren ganz ähnlich wie ihre französischen und deutschen Schwesterparteien zu einer marktliberalen Reformpartei mauserte. Die letzten Reste von Klassenrhetorik, Linkskeynesianismus und Sozialismus wurden beseitigt, und man machte sich stattdessen, wie wir zu Beginn dieses Kapitels am Beispiel des Blair-Schröder-Papieres gesehen haben, die liberalen Deutungsmuster gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung zu eigen. Der pragmatische Anspruch, besser zu regieren, und das vage Versprechen, die sozialen Kosten abzufedern, welche die nun geforderte Flexibilisierung von Kapital und Arbeit verursachte, wurden zu Kernelementen einer neuartigen sozialdemokratischen Sprache, wie sie vor allem von Tony Blair erfolgreich und medienwirksam praktiziert wurde.³⁹³

Jenes Blair-Schröder-Papier³⁹⁴ wird oftmals im Erbe des Lambsdorff-Papiers³⁹⁵ gesehen, nur eben auf die Sozialdemokratie zugeschnitten. Einen ähnlichen Weg beschritt auch die SPD. Bei ihr war dieser Weg allerdings geradliniger, da sie bereits mit dem Godesberger Programm von 1959 sämtliche „Residuen linker Klassenrhetorik“ und Programmatik aus der Partei verbannt hat. Das Spannungsfeld zwischen linkem und rechtem Flügel war infolge dessen weit kleiner als in der Labour Party, welche eine breitere ideologische Aufstellung im Sinne der verschiedenen Meinungen aufwies. Die Partei rückte bereits früher als ihre britische Schwester in die politische und soziale Mitte, was sich auch anhand der Mitgliederstruktur – bezogen auf die Situierung ihrer Mitglieder in der Gesellschaft – zeigte.³⁹⁶ Diese Entwicklung kulminierte schließlich im Blair-Schröder-Papier, welches eigentlich die Agenda 2010³⁹⁷ vorwegnahm. Auch die gesellschaftliche Artikulation der aus verschiedenen Berufsgruppen bestehende „Klasse“ der industriellen Arbeiterschaft wurde – gemeinsam mit der

³⁹² Stefan Eich, Adam Tooze, The Great Inflation. In: Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael, Thomas Schlemmer, Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom (Göttingen 2016) S.191.

³⁹³ Lutz Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom. (Berlin 2019) S.125-126.

³⁹⁴ Rolf Hosfeld, Was hat das Schröder-Blair-Papier der Sozialdemokratie gebracht? Deutschlandfunk, 2009. https://www.deutschlandfunkkultur.de/was-hat-das-schroeder-blair-papier-der-sozialdemokratie.1005.de.html?dram:article_id=158912 (Zugriff am 11.12.2019)

³⁹⁵ Weiterführend zum Lambsdorff Papier vgl. Lars P. Feld, Zur Bedeutung des Manifests der Marktwirtschaft oder Das Lambsdorff-Papier im 31. Jahr, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, No. 13/9, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung (Freiburg 2013).

³⁹⁶ Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl S.127-130.

³⁹⁷ Die Agenda 2010 war ein Maßnahmenpaket der regierenden SPD in den 2000er Jahren. Für eine Nachbetrachtung der Agenda 2010 vgl. Henry Goecke et.al, Zehn Jahre Agenda 2010. Eine empirische Betrachtung ihrer Wirkungen (Köln 2013).

gesellschaftlichen Bedeutung dieser „Klasse“ – immer leiser und geringer. Der neue Mittelstand war nun die zentrale Fokusgruppe der Parteien der neuen Sozialdemokratie.³⁹⁸ Die Gewerkschaften als weitere Stütze einer Arbeitsgesellschaft wurden in Großbritannien – ebenso wie die klassischen vertretenen Industriebereufe – marginalisiert und die Berufe der für Großbritannien so wichtigen „new economy“ waren nicht mehr auf gewerkschaftliche Vertretung angewiesen. In der BRD blieben die Gewerkschaften – prominentestes Beispiel ist hierfür die IG Metall – auch nach der Krise eine wichtige Vertretungsinstanz der Arbeitnehmer, dies liegt einerseits auch am höheren Anteil industrieller Produktion in der BRD verglichen mit Großbritannien und auch an dem höheren Grad der Einbindung in das politisch-gesellschaftliche System sowie einem höheren Kooperationsbewusstsein in der BRD. Anhand einer Abnahme der Berufe, welche unter die Tarifbindung³⁹⁹ fallen, lässt sich allerdings auch ein gewisser Bedeutungsverlust der deutschen Gewerkschaften feststellen. Beide Staaten lassen sich noch als Sozialstaaten beschreiben auch wenn diese durch die Umsetzung der Idee der genannten Papiere, die Regierung Thatcher sowie die Agenda 2010 schwer in Mitleidenschaft gezogen und ihre Leistungen drastisch reduziert wurden. Vor allem die Agenda 2010 war ein herber Anschlag auf das ursprüngliche Set an Bedeutungen, welches Arbeit in einer Arbeitsgesellschaft für die Menschen hatte.⁴⁰⁰

5. Conclusio und Ausblick

Mitte der 1980er Jahre befanden sich die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien in einem grundlegenden Wandlungsprozess. Die einst dominante Eisen- und Stahlindustrie hatte in Hinsicht auf Wirtschaftsleistung sowie auch Beschäftigung stark an Bedeutung verloren und befand sich in beiden Staaten in einem beständigen Krisenbewältigungsprozess, für welchen 1985 noch kein Ende in Sicht schien. Auch die Bergbauindustrie hatte gewaltig an Einfluss verloren. Die Entwicklung verlief in der BRD und in Großbritannien ähnlich. Nach der Überwindung der kleinen Rezession 1966/67 wurde weiterhin von einem starken und langfristigen Wirtschaftswachstum ausgegangen, welches in der BRD die Privatunternehmen und in Großbritannien den Staat dazu veranlasste, große Investitionsprogramme aufzulegen,

³⁹⁸ Lutz *Raphael*, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom.* (Berlin 2019) S.140.

³⁹⁹ WSI-Tarifarchiv. 2020. https://www.boeckler.de/wsi-tarifarchiv_2257.htm# (Zugriff am 02. 01 2020)

⁴⁰⁰ Vgl. Henry *Goecke et.al*, *Zehn Jahre Agenda 2010. Eine empirische Betrachtung ihrer Wirkungen.* (Köln 2013).

welche hauptsächlich Kapazitätssteigerungen und Prozessinnovationen zur Folge hatten. Diese steigerten die Produktivität der gleichen Produkte und erhöhten die Produktionsmenge. Produktinnovation waren hierbei nachrangig, vor allem in einer verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie, deren Aufgabe es war, primär die heimische Wirtschaft mit günstigen Stahlprodukten zu versorgen. Dennoch waren auch in der BRD die Produktinnovationen nicht vorrangig, auch weil die Unternehmer sich durch die Prozessinnovationen, Rationalisierungen und Modernisierungen einen Wettbewerbsvorteil erhofften und dies zu ihrer Unternehmensstrategie im Krisenprozess gehörte. Die hohen Kapazitäten bedeuteten für die sehr kapitalintensiven Industrien durch Unterauslastungen im Zuge der Wirtschaftskrise schließlich hohe (Abschreibungs-)Verluste. Dadurch setzte in der Eisen- und Stahlindustrie – analog zu vielen Industrien des sekundären Sektors – ein Deindustrialisierungs- und Konzentrationsprozess ein, welcher sich gewissermaßen analog zu den „Konzentrierungsprozessen“ auf dem Gebiet der Sozialpolitik vollzog. Die Strategie, einen „sound nucleus“ der Eisen- und Stahlindustrie zu erhalten, wurde dabei von beiden Staaten angewandt. Hierbei agierte ein „political regulation cartel“, welches alle beteiligten Interessensgruppen – mit unterschiedlicher Gewichtung – einband. Allen an dieser Art des Krisenmanagements beteiligten Gruppen war – oder wurde zumindest im Verlauf der Krise – somit klar, dass eine Eisen- und Stahlindustrie in der bisherigen Größe nicht mehr möglich wäre.

Die Konzentration und Zentralisierung der Stahlindustrie setzte sich – auch wegen einer durch die andauernde Krise verschlimmerten ökonomischen Situation der einzelnen Unternehmen – in der BRD weiter fort.⁴⁰¹ Die durch das Saarmodell geschaffenen Unternehmensstrukturen wurden – auch wenn einige Eigentümerwechsel vollzogen wurden – beibehalten und produzieren heute noch. Im Ruhrgebiet setzte sich der Konzentrationsprozess trotz der fehlgeschlagenen Fusionsbestrebungen weiter fort. Im Jahr 1987 verlautbarte die Krupp Stahl AG, dass ihr integrierter Hüttenstandort in Duisburg-Rheinhausen geschlossen werden sollte. Die Hüttenkapazitäten der Unternehmen Krupp und Mannesmann sollten am rechten Rheinufer zusammengelegt werden und dafür der Standort in Rheinhausen geschlossen

⁴⁰¹ Die umfangreiche Datengrundlage der Krisenbewältigung an der Ruhr und Saar sowie in Großbritannien entstammt einem umfangreichen Werk aus dem Jahr 1987. Es ist interessant über Entwicklungen zu lesen, welche sich in der Vergangenheit vollzogen haben und ab einem Punkt dann nicht mehr weitererzählt und diskutiert werden können, weil die damalige Gegenwart das Jahr 1987 war. Vgl. Yves Meny, Vincent Wright, *The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984)* (Berlin 1987).

werden (aus diesem Zusammenschluss entstand HKM, ein heute noch produzierendes, integriertes Hüttenwerk). Gegen diese Entscheidung kam es zu einem langen, umfangreichen und hart geführten Arbeitskampf, welcher schließlich das Ende der Hütte noch bis ins Jahr 1993 verzögerte.⁴⁰² Dieser Arbeitskampf, welcher mit einer für die BRD ungewöhnlichen Härte und Reichweite geführt wurde – es wurden Autobahnen und Brücken blockiert, sowie eine Aufsichtsratssitzung gestürmt und zahlreiche Gewerkschaften anderer Branchen schlossen sich den Kämpfen an – führte hier „nur“ dazu, dass der Standort erst einige Jahre später geschlossen werden sollte sowie 1500 Mitarbeiter bis dahin ihren Arbeitsplatz behalten konnten. Trotz dieses Erfolges der Akteure – hier wurde an allen bedrohten Standorten der Industrie mobilisiert, an den Protestaktionen nahmen nicht nur Streikende der Stahlindustrie teil, sondern auch Vertreter anderer Branchen sowie Zivilpersonen – stand dennoch das Ende des Standortes fest, *mehr* konnte auch durch die „Mobilisierung aller Kräfte“ – in diesem Stadium von Strukturwandel und Deindustrialisierung – nicht herausgeholt werden.⁴⁰³ Dieses Ereignis markiert eine neue Dimension der Stahlkrise in der BRD, da hier ein gesamter Standort aufgegeben wurde und dies für die betroffene Region große Auswirkungen hatte, auch aufgrund der sehr langen Tradition des Hüttenstandortes und allen Problemen, welche in Bezug auf die Monostruktur entstanden.

Im Jahr 1991 kam es zur ersten feindlichen Übernahme eines Unternehmens in der BRD, bei der die Krupp Stahl AG den Konkurrenten Hoesch AG in Dortmund übernahm (ein Prozess, welcher 1984 als gemeinschaftliche Fusion scheiterte). Somit existierten im Ruhrgebiet nur noch zwei große Stahlerzeuger – die Thyssen AG und Krupp-Hoesch (abgesehen von HKM, welches gewissermaßen auch zu Krupp gehörte). Im Jahr 1997 folgte schließlich die Fusion zur heutigen ThyssenKrupp AG, dem größten Stahlerzeuger Deutschlands.⁴⁰⁴ Am Ende des Konzentrationsprozesses der Eisen- und Stahlindustrie in Deutschland (im Jahr 2000) existieren nur noch wenige eigenständige Stahlproduzenten. Diese waren ThyssenKrupp, die Stahlindustrie unter einem Dach im Saarland (Dillinger/Saarstahl), die ehemals staatliche Salzgitter AG bei Braunschweig sowie einige Betriebsstätten des weltweit größten

⁴⁰²Willi Mohrs, Vor 25 Jahren kämpften die Kruppianer um ihr Werk in Rheinhausen. (Der Westen, 2012). <https://www.derwesten.de/staedte/duisburg/vor-25-jahren-kaempften-kruppianer-um-ihr-werk-in-rheinhausen-id7313564.html> (Zugriff am 18.12.2019)

⁴⁰³ Lutz *Raphael*, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom (Berlin 2019) S.182-186.

⁴⁰⁴Jutta Hoffritz. Deutschlands erste feindliche Übernahme. Deutschlandfunk. 2017 https://www.deutschlandfunk.de/fusion-vor-25-jahren-deutschlands-erste-feindliche.871.de.html?dram:article_id=392059 (Zugriff am 02.01.2020).

Stahlerzeugers ArcelorMittal (in Bremen, Hamburg und Eisenhüttenstadt; ArcelorMittal machte eine ähnliche Geschichte der Konzentration durch, wie Thyssenkrupp, allerdings in noch größerem, supranationalen Maßstab). Aus Städten wie Dortmund ist die Eisen- und Stahlindustrie beinahe vollständig verschwunden. Während 1960 38.000 Stahlarbeiter in der Stadt beschäftigt waren, gab es 2017 noch 1.200 Arbeitsplätze, welche sich auf die Weiterverarbeitung von Stahl konzentrierten – sämtliche Produktionskapazitäten⁴⁰⁵ wurden kurz nach der Fusion aufgegeben und die damals weltweit modernste Kokerei Kaiserstuhl nach China verkauft.⁴⁰⁶ Allerdings sei dieser radikale Schnitt – im Zuge der Entstehung von ThyssenKrupp wurde Dortmund generell als integrierter Standort aufgegeben – für den Strukturwandel in Dortmund förderlich gewesen, denn nun sei ein engagierter Mittelstand an die Stelle der großen Konzerne getreten. Diese Interpretation wird gestützt durch Daten zur Regionalentwicklung – hier schneidet Dortmund um einiges besser ab als Duisburg, welches weiterhin einer der größten Stahlstandorte weltweit ist.⁴⁰⁷

Die Geschehnisse der britischen Eisen- und Stahlindustrie wurden nach harten Jahren der Sanierung und Schrumpfung im Jahr 1988 wieder in private Hände gelegt. Die British Steel Corporation fusionierte 1999 mit der niederländischen Firma Hoogovens zur Corus Group. 2007 wurde die Corus Group von der indischen Firma Tata Steel übernommen.⁴⁰⁸ Spätestens hier endete die lange Geschichte der eigenständigen britischen Eisen- und Stahlerzeugung. Im Vergleich dazu gibt es in Deutschland weiterhin eigenständige Stahlunternehmen, welche sich auf wenige große Firmen mit zentralen Standorten beschränken. Kleinere Unternehmen wurden sukzessive übernommen, nach der ersten großen Welle der Übernahmen in den 1980er und 1990er Jahren auch in den 2000er Jahren, als die Übernahmen nun weltweite Ausmaße annahmen, und – ganz ähnlich wie in Großbritannien – auch ein weltweit agierender Stahlkonzern – ArcelorMittal – kleinere Werke und Produktionsstätten übernahm.

⁴⁰⁵ Auch Flüssigphasen genannt, also Hochofen und Stahlwerkskapazitäten.

⁴⁰⁶ Zu diesen Geschehnissen gibt es einen Dokumentarfilm vgl. Ulrike Franke, Michael Loeken, Losers and Winners. Dokumentarfilm (Deutschland 2006). In Bezug auf Deindustrialisierungsprozesse im Zusammenhang mit Globalisierung ist dieser Film sehr empfehlenswert.

⁴⁰⁷ Jutta Hoffritz. Deutschlands erste feindliche Übernahme. Deutschlandfunk. 2017 https://www.deutschlandfunk.de/fusion-vor-25-jahren-deutschlands-erste-feindliche.871.de.html?dram:article_id=392059 (Zugriff am 18.12.2019).

⁴⁰⁸ Handelsblatt. Der Niedergang der britischen Stahlindustrie. 2007. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/chronik-der-niedergang-der-britischen-stahlindustrie/2763982.html?ticket=ST-41180851-H0EQdHgIFBBkauP2GkWW-ap6> (Zugriff am 02.01.2020).

In den 1970er Jahren konnte man anhand verschiedener Parameter sagen, dass die BRD und Großbritannien Arbeitnehmergeellschaften waren. Diese Parameter waren die allgemeine Vollbeschäftigung, die hohe Anzahl an unselbstständigen Beschäftigten sowie die hohe Anzahl an Arbeitnehmern, welche in Normalarbeitsverhältnissen beschäftigt waren. Arbeitsgesellschaften im Sinne von Arbeitnehmergeellschaften zeichnen sich durch eine Vielzahl an Eigenschaften aus, welche in Kapitel 2 bereits entwickelt wurden. Eine sozialreformerische Politik sowohl in Großbritannien als auch der BRD zählt hier dazu. In der BRD führte großer Reformeifer am Übergang zu den 1970er Jahren sowie Planungseuphorie im Zuge der Erfolge der Globalsteuerung zu einer Ausdehnung der sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Aktivitäten sowie des Einflusses der Gewerkschaften. Diese Maßnahmen sollten sich als passend für eine *Schönwetterperiode* von Wirtschaft und Gesellschaft erweisen und in der darauffolgenden langen Krise an ihre Belastungsgrenzen kommen. Insbesondere die Globalsteuerung mit dem Ziel der Realisierung des magischen Vierrecks der Volkswirtschaftslehre sollte sich nur unter Schönwetterbedingungen ansatzweise realisieren lassen. Im Verlauf der Krise kamen insbesondere die Ziele der Inflationsbekämpfung und der Vollbeschäftigung in Konflikt. Hohe Lohnforderungen trugen ebenfalls zu einer beschleunigten Inflation bei und stellten die Gewerkschaften im Laufe der Krise vor ein Dilemma, welches erst recht durch einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit im Zuge der Krise verschlimmert wurden. Die Schwerindustrie als industrieller Kern der Arbeitsgesellschaft hatte daran einen großen Anteil, beschäftigte sie doch direkt eine sehr große Anzahl an Arbeitskräften und war indirekt für eine weitere große Anzahl an Arbeitskräften verantwortlich. Die regionalen Auswirkungen des Strukturwandels und der Schrumpfung der Schwerindustrie waren hierbei allerdings größer als die systemischen und landesweiten Auswirkungen. Hierbei folgte die Eisen- und Stahlindustrie dem allgemeinen Trend der alten Industrien, welche spätestens in den 1980er Jahren durch technischen Fortschritt, internationale Konkurrenz sowie ein Ende des Nachkriegsbooms in Bezug auf die Anzahl ihrer Arbeitskräfte sowie ihrer Produktionsmenge kontinuierlich schrumpften und teilweise komplett verschwanden. Eine Sonderstellung der Eisen- und Stahlindustrie lässt sich nur in Bezug auf die große Zahl an Arbeitskräften – welche für eine Politik der Vollbeschäftigung durchaus relevant war – sowie eine große regionale und kulturelle Bedeutung für die Stahlstandorte konstatieren. Diese Standorte waren aufgrund der Monostruktur, welche die klassische Schwerindustrie meist bedingte, stark vom Niedergang

dieser Industrien geprägt und von hohen Arbeitslosenzahlen und allen Begleiterscheinungen gekennzeichnet. Klassische Beispiele hierfür sind das Saarland oder das Ruhrgebiet (hier vor allem Duisburg, aber auch Städte wie Gelsenkirchen) oder Gebiete im Norden Großbritanniens wie Sheffield, Birmingham oder Glasgow.

1982 konstatierte Ralf Dahrendorf für die BRD eine „Krise der Arbeitsgesellschaft“. Dabei bezog er sich auf die sich immer stärker manifestierende Instabilität der sozio-ökonomischen Fundamente, auf denen das „Modell Bundesrepublik“ – wie auch das Modell der anderen modernen Industriegesellschaften – beruhte. Die Krise bestand in einem Abschied von der Vollbeschäftigung sowie dem Schreckgespenst der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“, welche die bekannte nivellierte Mittelstandsgesellschaft abzulösen schien.⁴⁰⁹

Es stellte sich die Frage, ob die Gesellschaft der BRD zu diesem Zeitpunkt noch als Arbeitsgesellschaft zu bezeichnen war. Die Rationalisierung der Arbeitswelt durch fortschreitende Technisierung und Automatisierung trug zwar weiterhin zum Anwachsen des allgemeinen Wohlstands bei. Aber sie spaltete zugleich den Arbeitsmarkt in begehrte, hochqualifizierte und stabile Arbeitsplätze einerseits sowie in prekäre, befristete Beschäftigungsverhältnisse und fluktuierend besetzte Stellen andererseits. Diese Entwicklung lief – gemeinsam mit dem Ende der Vollbeschäftigung – den Prinzipien der bisherigen Definition einer Arbeitsgesellschaft zuwider. Im Zuge des Prioritätenwandels hin zu einer Politik der Geldwertstabilität und der Inflationsbekämpfung profilierten sich in der BRD und in Großbritannien Politiker und Einflussgruppen, welche mit der bisherigen, interventionistischen Politik nicht vollständig einverstanden waren, diese allerdings aus pragmatischen Gründen mittrugen. In der BRD war dies die FDP und dort besonders der Finanzminister Otto Lambsdorff, welcher mit seinen Vorstellungen und Konzeptionen im Lambsdorff-Papier die Grundlage für den Koalitionsbruch 1982 legte. Die darauffolgende Regierung zwischen den Unionsparteien und der FDP orientierte sich an einer Wirtschaftspolitik mit den Schwerpunkten in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, Exporte sowie Geldwertstabilität.⁴¹⁰ Der Sozialstaat, welcher in vorherigen Kapiteln als von einer Vollbeschäftigung abhängig dargestellt wurde, existierte trotz der teilweise hohen

⁴⁰⁹Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung zur Gegenwart* (München 1999) S.609.

⁴¹⁰Ebd. S. 704f.

Arbeitslosenzahlen weiterhin, wenn auch in abgeschwächter Form⁴¹¹. Ein Grund dafür, dass der Sozialstaat weiterhin existiert, war nicht zuletzt die im Vergleich zu den 1970er Jahren sehr hohe Staatsverschuldung der betrachteten Staaten, welche im Gegenzug in Kauf genommen wurde und mangels Erwähnung im magischen Viereck nicht wirklich im Fokus der Wirtschafts- und Sozialpolitik gestanden war.

In Großbritannien ereignete sich der entscheidende Regierungswechsel im Jahr 1979 mit einem großen Wahlsieg der Conservative Party unter Margaret Thatcher. Dieser Wahlsieg resultierte nicht zuletzt auch aus dem *Winter of Discontent*. Durch die Wahl Thatchers wurden auch die Forderungen der Gewerkschaften und der durch diese vertretenen Arbeitnehmer abgeschwächt bzw. abgelehnt. Die Conservative Party trat mit einem dezidiert konservativ-liberalen Programm an, welches – ähnlich wie die deutsche FDP – den Fokus auf eine angebotsorientierte Politik sowie eine Politik der Inflationsbekämpfung legte. Aufgrund der Schwäche der britischen verarbeitenden Industrie wurde versucht, den Fokus auf Zukunftsbranchen zu legen und günstige Bedingungen z.B. für die Finanzbranche zu schaffen, was schließlich im Jahr 1985 im Zuge des „Big Bang“⁴¹² auch geschah. In Bezug auf die britische Eisen- und Stahlindustrie wurden Subventionen nur gewährt, um den Staatskonzern auf eine Privatisierung vorzubereiten. Diese angebotsorientierte Politik resultierte auch aus dem Fokus auf die Inflationsbekämpfung, da eine Nachfragebelebung weiterhin die Preise antrieb. Bei stagflationären Tendenzen wurde die Effektivität einer Nachfragepolitik allgemein infrage gestellt, da sie Wachstum und Vollbeschäftigung nicht mehr zu garantieren vermochte. Der Übergang zu einer angebotsorientierten Politik konnte somit mit einem Mangel an Alternativen als auch gewissermaßen ideologisch begründet werden.⁴¹³

Der Einfluss der Stahlkrise auf die politischen Entwicklungen am Übergang zu den 1980er Jahren kann hierbei als untergeordnet oder indirekt beschrieben werden. Die Stahlkrise ordnete sich viel mehr in den allgemeinen Strukturwandel in den westlichen Industriestaaten ein und war gemeinsam mit der Krise des Kohlebergbaus eines seiner sichtbarsten Anzeichen.

⁴¹¹ Besondere Einschnitte ergaben hierbei die Reformen im Zuge der Agenda 2010, welche oftmals als die Weiterführung der Ideen und Konzepte Lambsdorffs interpretiert wird.

⁴¹² Mit dem Big Bang wird die Deregulierung und Öffnung der City of London für Finanzmarktaktivitäten bezeichnet. Vgl. Stefan *Eich*, Adam *Tooze*, *The Great Inflation*. In: Anselm *Doering-Manteuffel*, Lutz *Raphael*, Thomas *Schlemmer*, *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom* (Göttingen 2016) S.190f.

⁴¹³ Geoff *Eley*, *End of the Post-war? The 1970s a Key Watershed in European History*. In: Andreas *Wirsching*, *The 1970s and 1980s as Turning Point in European History?* *Journal of Modern European History*, 2011, Vol.9(1) S. 17.

Die Besonderheit der Krise der Eisen- und Stahlindustrie bestand vielmehr in ihrer großen Sichtbarkeit, einem traditionell wie emotional aufgeladenen Blick auf diese Industrie⁴¹⁴ und den großen Auswirkungen auf die Standorte dieser Industrien. Der Strukturwandel, die Stahlkrise und die Krise der Arbeitnehmergesellschaft, welche in den 1970er Jahren ihren Ausgang nahmen, läuteten jedenfalls die „Post“-Zeit ein.⁴¹⁵ Dies bezieht sich darauf, dass der krisenhafte Strukturwandel zwar gewisse Orientierungsstrukturen in der Form von „historischen Blöcken“⁴¹⁶ ihrer Gültigkeit beraubte, sich allerdings noch kein neuer hegemonialer historischer Block gefunden hat. Deshalb wird die in den 1980er Jahren beginnende und bis heute andauernde Zeit mit Begriffen wie Post-Fordismus oder Post-Moderne oder als postindustrielle Gesellschaft beschrieben (Colin Crouch bringt mit diesem Zeitpunkt auch den Beginn einer postdemokratischen Gesellschaft in Zusammenhang).⁴¹⁷ Arbeit spielt zwar auch in dieser Gesellschaftsform eine zentrale Rolle, aber eine andere als zu Zeiten der Hochindustrie. Die Verbindung der Begriffe Arbeit – im Sinne der bereits diskutierten Arbeitsgesellschaft – und Industrie zu einer Gesellschaftsform scheint nur auf die Phase des goldenen Zeitalters von 1948 bis 1975 anwendbar zu sein. Die Diskussionen, welche bereits im Zuge der *Neuen sozialen Bewegungen* entstanden – hier sei vor allem auf die Umweltbewegung verwiesen – hätten ein kohärentes Wachstum der Schwerindustrie ebenfalls konterkariert, lag doch der höchste CO₂-Ausstoß der BRD im Jahr 1979. Der Umweltschutzdiskurs, aus welchen auch die Partei der Grünen resultierte, fand schließlich Eingang in parlamentarische Diskussionen und Debatten. Allerdings sollte dieses Thema erst 35 Jahre später im Zuge der Klimadebatte einen zentralen Platz in der gesellschaftlich-politischen Diskussion einnehmen. Gut sichtbar ist diese Problematik am aktuellen Diskurs

⁴¹⁴ Aus aktuellem Anlass; Premal Desai, der Vorstandschef von ThyssenKrupp Steel Europe sagte hierzu in einem Interview mit der Welt am 04.02.2020: „Die Politik muss sich entscheiden: Will sie eine Stahlproduktion in Deutschland und Europa? Oder soll Stahl in Zukunft nur noch importiert werden – Ohne Stahl gibt es keine Industriegesellschaft“. Natürlich liegt hier aufgrund seines Berufes eine gewisse Befangenheit vor, allerdings zeigt diese Aussage auch ganz gut, welche Emotionen und Blickweisen mit der Eisen- und Stahlindustrie nach wie vor verbunden sind. Carsten *Dierig*, Mit dem Trecker durch Berlin – und schon gibt es eine Milliarde Euro. Die Welt, 04.02.2020

<https://www.welt.de/wirtschaft/article205599345/Stahlindustrie-Landwirte-als-Vorbild-fuer-Finanzhilfen-aus-Berlin.html> (Zugriff am 04.02.2020).

⁴¹⁵ Harald Werner weist hier darauf hin, dass im gesellschaftlich-politischem Diskurs nicht klar ist, wie die neue(n) Gesellschaft(en) zu definieren sind und spricht von einer „Inflation ihrer immer neuen Bezeichnungen“. Vgl. Harald *Werner*, Was kommt nach der Arbeitsgesellschaft? Berliner Debatte INITIAL 11/4 (Berlin 2000).

⁴¹⁶ Vgl. Kapitel 2.b.

⁴¹⁷ Colin Crouch beschreibt damit zusammenhängend auch den Beginn einer Zeit der Postdemokratie. Vgl. Colin Crouch, Postdemokratie (Frankfurt (Main) 2008).

über die Zukunft der europäischen (Braun-)Kohleverstromung, welcher für die betroffenen Bergbauregionen ähnliche Auswirkungen hat wie der Strukturwandel in den 1980er Jahren.

6. Literatur- und Quellenverzeichnis

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1. Diagramm zur Struktur der Schwerindustrie. Eigene Grafik.	S.12
Abbildung 2. Die drei Sektoren, gewichtet nach der Beschäftigtenanzahl im Deutschen Reich und in der BRD.	S.20
Abbildung 3. Stahlumsatz in der BRD. 1950-1989. Volkmann 1991	S.75
Abbildung 4. Relative Entwicklung von Bruttosozialprodukt und Rohstahlerzeugung in der BRD	S.76
Tabelle 1. Durchschnittliche Einkommenszuwächse, Inflationsraten und Produktivitätsanstieg in Großbritannien 1961-1990	S.37
Tabelle 2. Durchschnittliche Wachstumsraten des realen BIP von Japan, Deutschland, Großbritannien im Vergleich	S.53
Tabelle 3. Entwicklungen der Rohölpreise zwischen 1961-1980	S.59
Tabelle 4. Inflations- und Arbeitslosenraten zwischen 1971-1983 in Großbritannien.	S.70
Tabelle 5. Inflations- und Arbeitslosenraten zwischen 1971-1983 in der BRD.	S.71
Tabelle 6. Stahlunternehmen in der BRD 1979	S.86
Tabelle 7. Die Entwicklung von Produktion und Beschäftigung in der OECD Stahlindustrie 1985 gegenüber 1974 und die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität in %.	S.103
Tabelle 8. Arbeitskräfte und Rohstahlerzeugung der drei großen Stahlerzeugern im Ruhrgebiet.	S.109
Die 9. Arbeitslosigkeit in Städten des Ruhrgebiets mit dominierender Eisen- und Stahlindustrie, verglichen mit denen des Landes und des Bundes in %.	S.110

Quellen

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft („Globalsteuerung“) <https://www.gesetze-im-internet.de/stabg/BJNR005820967.html> (Zugriff am 14.11.2019)

Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie („Montan-Mitbestimmung“)

<https://www.gesetze-im-internet.de/montanmitbestg/BJNR003470951.html#BJNR003470951BJNG000100319>
(Zugriff am 15.11.2019)

Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit („Lambsdorff-Papier“, „Scheidungsbrief“)

https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0079_lam&object=pdf&st=&l=de (Zugriff am 29.12.2019)

Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten („Schröder-Blair-Papier“)

<http://www.albanknecht.de/materialien/Schroeder-Blair-Paper.pdf> (Zugriff am 30.12.2019)

Iron and Steel Act 1967

https://en.wikipedia.org/wiki/Iron_and_Steel_Act_1967 (Zugriff am 02.02.2020)

Literaturverzeichnis

Monographien

Heidrun *Abromeit*, British Steel. An Industry between the State and the Private Sector (New York 1986).

Lambert *Beckers*, Die Struktur der Stahlindustrie der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit den übrigen Montanunionländern, den USA, Großbritannien und Japan (Aachen 1969).

Werner *Bührer*, Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945-1952 (München 1986).

Werner *Bührer*, Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945-1952 (München 1986).

Colin *Crouch*, Postdemokratie (Frankfurt (Main) 2008).

Marcus *Demgenski*, Die europäische Stahlindustrie im weltwirtschaftlichen Strukturwandel (St.Gallen 1990).

Anselm *Doering-Manteuffel*, Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970 (Göttingen 2008).

Karl *Eckart*, Die Eisen- und Stahlindustrie in den beiden deutschen Staaten (Stuttgart 1988).

Dominik *Geppert*, Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975-1979 (München 2002).

Manfred *Görtemaker*, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung zur Gegenwart (München 1999).

Anke *Hassel*, Gewerkschaften und sozialer Wandel. Mitgliederrekrutierung und Arbeitsbeziehungen in Deutschland und Großbritannien (Baden-Baden 1999).

Michael *Hirsch*, Die Überwindung der Arbeitsgesellschaft. Eine politische Philosophie der Arbeit (Wiesbaden 2016).

Joachim *Hirsch*, Roland *Roth*, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus (Hamburg 1986).

Eric *Hobsbawn*, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts (München 1998).

Jens *Hohensee*, Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa (Stuttgart 1996).

Hartmut *Kaelble*, Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert (Frankfurt/New York 1999).

Matthias *Klopmeier*, Entwicklung, Krise und Zukunft der Arbeitsgesellschaft: Modell ohne Alternative?! (Hamburg 2014).

Oliver *Nachtwey*, Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party (Wiesbaden 2009).

Alexander *Nützenadel*, Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949-1974 (Göttingen 2005).

Lutz *Raphael*, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom (Berlin 2019).

Anton *Rauscher*, Arbeitsgesellschaft im Umbruch. Ursachen, Tendenzen, Konsequenzen (Berlin 2002).

Burkhardt *Röper* (Hrsg.), Wettbewerb und Anpassung in der Stahlindustrie (Berlin 1989).

Tim *Schanetzky*, Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982 (Berlin 2007).

Roland *Sturm*, Großbritannien. Wirtschaft-Gesellschaft-Politik (Opladen 1997).

Sammelbände und Beiträge aus Sammelbänden

Rudolf *Burger* (Hrsg.), *Verarbeitungsmechanismen der Krise* (Wien 1988).

Stephan *Schulmeister*, *Zur Krise der Weltwirtschaft in den 70er und 80er Jahren – ein Rekonstruktionsversuch*. In: Rudolf *Burger* (Hrsg.), *Verarbeitungsmechanismen der Krise* (Wien 1988)

Stefan *Creuzberger*, Dierk *Hoffmann* (Hrsg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“. *Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik* (München 2014).

Anselm *Doering-Manteuffel*, Lutz *Raphael*, Thomas *Schlemmer* (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom* (Göttingen 2016).

Stefan *Eich*, Adam *Tooze*, *The Great Inflation*. In: Anselm *Doering-Manteuffel*, Lutz *Raphael*, Thomas *Schlemmer* (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom* (Göttingen 2016).

Hans-Georg *Wehling* (Hrsg.), *Großbritannien* (Stuttgart 1992).

Hans *Kastendiek*, *Vom Nachkriegskonsens zum Thatcherismus*. In: Hans-Georg *Wehling* (Hrsg.), *Großbritannien* (Stuttgart 1992)

Wolf *Gaebe*, *Großbritannien. Ein wirtschafts- und sozialgeographischer Überblick*. In: Hans-Georg *Wehling* (Hrsg.), *Großbritannien* (Stuttgart 1992)

Hans *Kastendiek*, Karl *Rohe*, Angelika *Volle* (Hrsg.), *Großbritannien. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft* (Frankfurt (Main) 1994).

Hans-Christoph *Schröder*, *Die Geschichte Englands. Ein Überblick*. In: Hans *Kastendiek*, Karl *Rohe*, Angelika *Volle* (Hrsg.), *Großbritannien. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft* (Frankfurt (Main) 1994).

Sidney *Pollard*, *Struktur- und Entwicklungsprobleme der britischen Wirtschaft*. In: Hans *Kastendiek*, Karl *Rohe*, Angelika *Volle* (Hrsg.), *Großbritannien. Geschichte-Politik -Wirtschaft-Gesellschaft* (Frankfurt (Main) 1994).

Hans *Kastendiek*, „Collective Bargaining“ und gewerkschaftliche Interessensvertretung. In: Hans *Kastendiek*, Karl *Rohe*, Angelika *Volle* (Hrsg.), *Großbritannien. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft*. (Frankfurt (Main) 1994).

Franz *Kritzinger* (Hrsg.), *Stahlkrise. Entwicklung und Situation in der Stahlindustrie* (Linz 1979).

Jörg *Huffschmid*, *Zur Krise der Stahlindustrie*. In: Franz *Kritzinger* (Hrsg.), *Stahlkrise. Entwicklung und Situation in der Stahlindustrie* (Linz 1979).

Yves *Meny*, Vincent *Wright* (Hrsg.), *The politics of Steel. Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984)* (Berlin 1987).

Josef *Esser*, Werner *Väth*, *Overcoming the Steel Crisis in the Federal Republic of Germany*. In: Yves *Meny*, Vincent *Wright* (Hrsg.), *The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984)* (Berlin 1987).

Yves *Meny*, Vincent *Wright*, *State and Steel in Western Europe*. In: Yves *Meny*, Vincent *Wright* (Hrsg.), *The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984)* (Berlin 1987).

Patrick A. *Messerlin*, *The European Iron and Steel Industry and the World Crisis*. In: Yves *Meny*, Vincent *Wright*, *The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984)* (Berlin 1987).

J.J. *Richardson*, G.F. *Dudley*, *Steel Policy in the U.K. The Politics of Industrial Decline*. In: Yves *Meny*, Vincent *Wright*, *The politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974 – 1984)* (Berlin 1987).

Thomas *Raithel*, Thomas *Schlemmer* (Hrsg.), *Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989* (München 2009).

Christoph *Boyer*, *Nach dem Boom. Schwierige Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung*. In: Thomas *Raithel*, Thomas *Schlemmer* (Hrsg.), *Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989* (München 2009).

Kim Christian *Priemel*, *Gewerkschaftsmacht? Britische und westdeutsche Gewerkschaften im Strukturwandel*. In: Thomas *Raithel*, Thomas *Schlemmer* (Hrsg.), *Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989* (München 2009).

Martin *Werding*, *Einbahnstraße in die Beschäftigungskrise? Arbeitsmarktentwicklung und Arbeitsmarktinstitutionen in den OECD-Staaten seit 1960*. In: Thomas *Raithel*, Thomas *Schlemmer* (Hrsg.), *Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989*. (München 2009).

Winfried *Süß*, *Massenarbeitslosigkeit, Armut und die Krise der sozialen Sicherung seit den 1970er Jahren. Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*. In: Thomas *Raithel*, Thomas *Schlemmer* (Hrsg.), *Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989* (München 2009).

Manfred *Rasch*, Kurt *Düwell* (Hrsg.), *Anfänge und Auswirkungen der Montanunion auf Europa. Die Stahlindustrie in Politik und Wirtschaft* (Essen 2007).

Aufsätze, Zeitungsartikel und Webseiten

Uwe *Andersen*, Wichard *Woyke* (Hrsg.). Bundeszentrale für politische Bildung. 2013.
<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202076/neokorporatismus> (Zugriff am 11. 12 2019).

Bundesverband Deutscher Stahlhandel, Kerschgens Stahllexikon.
<http://kerschgens.stahl-lexikon.de/m/2038-massenstahl.html> (Zugriff am 12. 11 2019).

Carsten *Burhop*, Julian *Becker*, Max *Bank*, Deutschland im Weltwährungssystem von Bretton Woods *Geschichte und Gesellschaft* 39, 197-239 (Göttingen 2013).

Ulrich *Busch*, Rainer *Land*, Deutschland zwischen 1950 und 2009 – Wirtschaftsentwicklung und Teilhabe (2009).

Carsten *Dierig*, Mit dem Trecker durch Berlin – und schon gibt es eine Milliarde Euro. Die Welt, 04.02.2020
<https://www.welt.de/wirtschaft/article205599345/Stahlindustrie-Landwirte-als-Vorbild-fuer-Finanzhilfen-aus-Berlin.html> (Zugriff am 04.02.2020)

Handelsblatt, Der Niedergang der britischen Stahlindustrie. Handelsblatt, 2007.
<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/chronik-der-niedergang-der-britischen-stahlindustrie/2763982.html?ticket=ST-2248908-veegwuc3TxyxKycx1vbq-ap6> (Zugriff am 21.12.2019)

Jutta *Hoffritz*, Deutschlands erste feindliche Übernahme. Deutschlandfunk , 27. 07 2017.
https://www.deutschlandfunk.de/fusion-vor-25-jahren-deutschlands-erste-feindliche.871.de.html?dram:article_id=392059 (Zugriff am 05.01.2020)

Rolf *Hosfeld*, Was hat das Schröder-Blair-Papier der Sozialdemokratie gebracht? Deutschlandfunk, 10. 11 2009. https://www.deutschlandfunkkultur.de/was-hat-das-schroeder-blair-papier-der-sozialdemokratie.1005.de.html?dram:article_id=158912 (Zugriff am 03.01.2020)

Lars P. *Feld*, Zur Bedeutung des Manifests der Marktwirtschaft oder Das Lambsdorff-Papier im 31. Jahr, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, No. 13/9, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung (Freiburg 2013).

Lexikon der Geographie. Sektorentheorie. 2001.
<https://www.spektrum.de/lexikon/geographie/sektorentheorie/7164> (Zugriff am 10. 11 2019).

Arno *Georg*, Helmut *Martens* et. Al., Die Eisen- und Stahlindustrie im demographischen Wandel. Hans-Böckler-Stiftung, Projektbericht (Dortmund 2007).

Henry *Goecke* et.al, Zehn Jahre Agenda 2010. Eine empirische Betrachtung ihrer Wirkungen. IW Policy Paper, No. 7/2013, Institut der deutschen Wirtschaft (Köln 2013).

Jörg *Jasper*, Gabler Wirtschaftslexikon. 2018.
<https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/diskontsatz-30198> (Zugriff am 11. 11 2019).

Rainer *Metz*, Gesis, Histat: Historische Statistik . 2005.
<https://histat.gesis.org/histat/de/table/details/39EFFC2C6740F2C5495EF7644B7549E0>
(Zugriff am 10. 10 2019).

Willi *Mohrs*, Vor 25 Jahren kämpften Kruppianer um ihr Werk in Rheinhausen. Der Westen, 21. 11 2012.
<https://www.derwesten.de/staedte/duisburg/vor-25-jahren-kaempften-kruppianer-um-ihr-werk-in-rheinhausen-id7313564.html> (Zugriff am 19.12.2019)

Gabriel *Rath*, Industrie: Die Briten im chinesischen Stahlgewitter. Die Presse , 2016.
<https://www.diepresse.com/4931351/industrie-die-briten-im-chinesischen-stahlgewitter>
(Zugriff am 19.11.2019)

Lutz *Raphael*, Arbeitsbiografien und Strukturwandel „nach dem Boom“. Lebensläufe und Berufserfahrungen britischer, französischer und westdeutscher Industriearbeiter und -arbeiterinnen von 1970 bis 2000. Geschichte und Gesellschaft 43. 2017, S. 32-67 (Göttingen 2017).

Der Spiegel, Klar zum Gefecht.Der Spiegel, Nr. 26, 1966, S. 22-31.
<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46407680.html> (Zugriff am 12.12.2019)

Jürgen *Weber*, Gabler Wirtschaftslexikon . 2018.
<https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/vollbeschaeftigung-48770/version-272018>
(Zugriff am 10. 10 2019).

Harald *Werner*, Was kommt nach der Arbeitsgesellschaft? Berliner Debatte INITIAL 11/4 (Berlin 2000).

Wikipedia. Liste europäischer Hochofenwerke. 2019.
https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_europ%C3%A4ischer_Hochofenwerke (Zugriff am 11. 17 2019).

Wikipedia. Reichswerke Hermann Göring. 2019
https://de.wikipedia.org/wiki/Reichswerke_Hermann_G%C3%B6ring (Zugriff am 03.12.2019)

Wikipedia. Reproduktion (Soziologie). 2019.
[https://de.wikipedia.org/wiki/Reproduktion_\(Soziologie\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Reproduktion_(Soziologie)) (Zugriff am 10.12.2019)

Wikipedia. Schwerindustrie. 2019
<https://de.wikipedia.org/wiki/Schwerindustrie> (Zugriff am 20.01.2020)

Worldsteel Association. 2000.
<https://web.archive.org/web/20120212212408/http://worldsteel.org/statistics/statistics-archive.html> (Zugriff am 15. 10 2019).

Andreas Wirsching, The 1970s and 1980s as Turning Point in European History? Journal of Modern European History Vol.9(1), 2011: S.8-22.

WSI-Tarifarchiv. WSI-Tarifarchiv. 2020. https://www.boeckler.de/wsi-tarifarchiv_2257.htm# (Zugriff am 02. 01 2020).

Zeit, Die. „Rourkela: Modellfall in Indien.“ Die Zeit, 1961.
<https://www.zeit.de/1961/14/rourkela-modellfall-in-indien> (Zugriff. 10.11.2019).

7. Anhang

Abstract

Das Ziel der vorliegenden Diplomarbeit war, die 1970er und 1980er Jahre in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland als gesellschafts- und wirtschaftspolitische Wendezeit zu untersuchen. Im Fokus standen dabei die Veränderung dieser beiden Gesellschaften im Sinne von Arbeitnehmergeinschaften sowie der Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie – welche in beiden Ländern einen großen Stellenwert einnahm – und die Verknüpfungen und Interaktionen zwischen den Arbeitsgesellschaften und diesen Industrien. Begriffe wie Fordismus und Keynesianismus verknüpften ihre Geschicke miteinander. Tatsächlich begann sowohl für die Arbeitsgesellschaft als auch die Eisen- und Stahlindustrie ab Mitte der 1970er Jahre ein Strukturwandel, welcher sich durch krisenhafte Symptome auszeichnete. Diese Krise stellte sich als der Beginn eines weitreichenden Strukturwandels dar, welcher bis mindestens in die 2000er Jahre anhielt. Die Krise der Eisen- und Stahlindustrie war dabei symptomatisch für die Krise der *alten Industrien*, welche unter dem Strukturwandel litten. Dabei kam es zu einer drastischen Verkleinerung dieser Industrien in betrachteten Ländern. Ein besonderer Einfluss auf den Verlauf der Entwicklung durch die Krise der Eisen- und Stahlindustrie ist allerdings nicht feststellbar, sie war *nur* aufgrund ihrer Tradition und Größe ein sehr sichtbares Zeichen dieses Strukturwandels. Die Krise der Arbeitsgesellschaft äußerte sich durch beständige, hohe Arbeitslosigkeit und hohe Inflation und infolgedessen einer politischen Rückreihung des Ziels der Vollbeschäftigung hinter das Ziel der Inflationsbekämpfung. Im Zuge dieser Zielkorrektur kam es am Übergang zu den 1980er Jahren zu Regierungswechseln in der BRD und in Großbritannien. Die Gewerkschaften – vor allem jene der Schwerindustrie – waren in beiden Ländern traditionell sehr stark, insbesondere in Großbritannien konnte der Eindruck entstehen, dass der Regierungswechsel 1979 aus der Auseinandersetzung zwischen den Gewerkschaften und der Regierung resultierte. Allerdings war es doch so, dass die zuvor regierenden Sozialdemokraten auf die zahlreichen Krisen der späten 1970er und 1980er Jahre keine passenden, den herkömmlichen Methoden entsprechenden Antworten mehr aufweisen konnten und somit offensichtlich neue Akteure mit neuen Antworten auf die Krise gesucht wurden. Die Krise der Eisen- und Stahlindustrie war auf den Strukturwandel zurückzuführen, ebenso die Krise der Arbeitsgesellschaft, allerdings war diese politisch zumindest toleriert.

Ich versichere:

- dass ich die Diplomarbeit selbstständig verfasst habe, andere als die angegeben Quellen und Hilfsmaterialien nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfe bedient habe,
- dass ich dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt hab
- und dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.
